



Universität
Bremen

Masterarbeit

github.com/gargardos/MA2025

Chancen und Risiken von Fremdmaterial

**Eine beispielhafte Analyse und Wertung von Unterrichtsmaterial
der Arbeitnehmerkammer Bremen für den Politikunterricht an
berufsbildenden Schulen in Bremen**

Paul Aljoscha Klein

* 20.07.1995

4134166

Abgabe: 16. Juli 2025

Erstprüfer: Prof. Dr. Andreas Klee

Zweitprüferin: Dr. Eva Anslinger



Abstract

blub Bre steht das hier auch in vsc?

Inhaltsverzeichnis

Abstract	i
Abbildungsverzeichnis	iv
Tabellenverzeichnis	iv
Abkürzungsverzeichnis	iv
1. Einleitung & Theoretischer Hintergrund	1
1.1. Von der Theorie in die Praxis	1
1.2. Forschungsfrage	3
1.3. Lerngegenstände & Unterrichtsmaterial	4
1.4. Politische Bildung und verwandte Kategorien	7
1.5. Beutelsbacher Konsens	7
1.6. Bremer Bildungsplan	8
1.6.1. Exkurs: Schlechte Quellenangaben und unzureichende Vor- bildfunktion. Beginnt Medienkompetenz im Bildungsplan? . .	9
1.7. Kompetenzen in der politischen Bildung	12
1.8. Arbeitnehmerkammer Bremen (ANK)	18
1.9. Medienkompetenz und die unbedingte Verknüpfung zu „Wahrheit“ .	19
1.10. „Wahrheit“, „Wahrhaftigkeit“ und „Richtigkeit“	19
1.10.1. Die Zerteilung der Welt durch Worte	20
1.10.2. Quellen	21
1.11. Zielgruppe	21
1.11.1. Schüler*innenvorstellungen	22
1.12. Was sagt die Wissenschaft zu politischer Bildung an (Berufs)schulen?	22
1.13. Ökonomische versus politische Sozialisation?	23
1.14. Mehr Platz für Emotionalität	23
1.15. Veröffentlichungreichweite, Auffindbarkeit, Preis, Einsetzungsreich- weite	23
1.15.1. MUSS WOANDERS HIN	23
1.15.2. MUSS Ebenfalls WOANDERS HIN	24
1.15.3. MUSS AUCH WOANDERS HIN	24
2. Analysemaßstab	26
2.1. Fragen an das Material	26
2.2. Bildungsplan als Analysemaßstab	29
2.3. Politische Bildung in der Fachliteratur – Ein Auszug	29
2.4. Quellenangaben	29

3. Analyse der Unterrichtsvorschläge	29
3.1. Demokratie	31
3.1.1. Demokratie A - „Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?“	32
3.1.2. Demokratie B - „Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?“	38
3.2. Arbeitsleben	44
3.2.1. Arbeitsleben A – „Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?“	44
3.2.2. Arbeitsleben B – „Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?“	53
3.2.3. Arbeitsleben C – „Mitbestimmen oder nur dabei sein?“	57
3.3. Den Themenfeldern gemeinsame Beobachtungen	58
3.3.1. Arbeitsblatt-Charakter	59
3.4. Vorbildfunktion, (Beobachtungs)-lernen und Fake Partizipation . . .	60
3.5. Subjektive Einschätzung	62
3.6. Reflexion der Materialkarten, ihrer Quellen <i>Mn</i> und der Metaebene .	62
3.7. Handlungsfähigkeit = Reproduktion des Status quo VERSUS Handlungsfähigkeit = Überwindung von Resignation und Zynismus	64
4. Schlussbetrachtung	64
4.1. Ausblick und Evaluationsschwierigkeiten	65
Literaturverzeichnis	67
A. Appendix	74
A.1. Lizenzierung: Copyright (©) oder Copyleft?: CC BY-SA 4.0	74
A.2. Kommentar zu Lizenzen	74
B. Anhang der Materialkarten	76
B.1. Angedachtes Layout der Materialkarten	77
B.2. Demokratie A1	78
B.3. Demokratie A2	79
B.4. Demokratie A3	80
B.5. Demokratie B1	82
B.6. Demokratie B2	83
B.7. Demokratie B3	84
B.8. Arbeitsleben A1	85
B.9. Arbeitsleben A2	86
B.10. Arbeitsleben B1	87

B.11.Arbeitsleben B2	88
B.12.Arbeitsleben B3	89
B.13.Arbeitsleben C1	90
B.14.Arbeitsleben C2	90
C. Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen	92
D. Eigenständigkeitserklärung	95

Abbildungsverzeichnis

1. „Kompetenzbereiche“ der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) (Detjen/Kuhn et al. 2004: 13). Genauso auch im Bildungsplan (Block et al. 2023: 10) zu finden.	13
2. „Basis- und Fachkonzepte der Politik“ (Weißeno et al. 2010: 12) . . .	14
3. Basis- und Fachkonzepte der politischen Bildung der Autorengruppe Fachdidaktik (2011: 170) zitiert (zit.) nach Gloe und Oeftering (2020: 109)	16
4. „Modell der Politikkompetenz“ (Detjen/Massing et al. 2012: 15) . . .	17
5. Absatzungsbetrag in Abhängigkeit zum Einkommen laut den Angaben aus <i>M3</i> und des dort verlinkten Merkblattes (Bundesagentur für Arbeit 2025: 59–62).	50

Tabellenverzeichnis

1. Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen – Documentation of the Use of AI-based Applications and Tools	93
--	----

Abkürzungsverzeichnis

© Copyright

Abb. Abbildung

Abs. Abschnitt

ANK Arbeitnehmerkammer Bremen

ArbSchG Arbeitsschutzgesetz

bap Bundesausschuss Politische Bildung e. V.

BBK Beutelsbacher Konsens

BGBI Bundesgesetzblatt

BMAS Bundesministerium für Arbeit und Soziales

bpb Bundeszentrale für politische Bildung

bspw. beispielsweise

bzw. beziehungsweise

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

DOI Digital Object Identifier

etc. et cetera

EU Europäische Union

GP oder GuP Gesellschaft und Politik

GPJE Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung

i. d. R. in der Regel

KI Künstliche Intelligenz

KMK Kultusministerkonferenz

LIS Landesinstitut für Schule

LLM Large Language Model

m. E. meines Erachtens

NW Naturwissenschaften

o. Ä. oder Ähnliche(s)

OCR Optical Character Recognition

S. Seite

s. siehe

Sek. Sekundarstufe

SGB Sozialgesetzbuch

SuS Schülerinnen und Schüler

SuUB Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

u. A. unter Anderem

URL Universal Ressource Locator

u. U. unter Umständen

vgl. vergleiche

WUK Welt-Umweltkunde

zap Zentrum für Arbeit und Politik

z. B. zum Beispiel

zit. zitiert

z. T. zum Teil

1. Einleitung & Theoretischer Hintergrund

Die Ansprüche an Schulbildung und an politische Bildung sind seit jeher Bestandteil reger Diskurse. Verschiedene Einflüsse und eine Welt, die sich rapide verändert, schaffen eine herausfordernde Lage. In der Unterrichtspraxis stehen Lehrkräfte hingegen vor alltäglichen Entscheidungen und Aufgaben. Eine davon ist die Auswahl von Themen und die Vorbereitung von entsprechendem Material, um damit einen guten Unterricht zu planen.

Die Auswahl des Materials ist nicht beliebig und bedingt die Planung wie der Unterricht gelungen durchgeführt werden kann. Da das Ziel ist, dass alle Schüler*innen bestimmte Kompetenzen ausbilden, bietet es sich an, Material nicht für jede Unterrichtsstunde von Grund auf neu zu erstellen. Fremdes Material bietet daher Chancen, bringt aber auch Risiken mit sich. In dieser Arbeit sollen einige dieser Chancen und Risiken exploriert werden.

Ein Fokus wird dabei auf den Umgang mit Quellenarbeit gelegt. Es wird argumentiert, weshalb der Umgang mit der Herkunft von Wissen eng mit dem Begriff *Wahrheit* verknüpft ist. Die gesamtgesellschaftliche Relevanz von Wissensproduktion und Verbreitung und damit auch die Relevanz für die Bildung, sind die Hintergründe.

Die Arbeitnehmerkammer Bremen (ANK) Bremen plant für den schulischen Politikunterricht Materialkarten mit fertig geplantem Unterricht zu veröffentlichen. Beispielhaft werden zwei ausgewählte Handlungsfelder analysiert und gewertet. In den Materialkarten selbst werden in weiten Teilen Materialien der ANK als Grundlage für die Schüler*innen-Aufgaben angeboten. Besondere Aufmerksamkeit findet der Umgang mit Quellen in diesem Material und was die Aufgaben daraus machen. Da der erfolgreiche Einsatz von Quellmaterial, von der Einbettung in Aufgabenstellung und Unterricht abhängt, wird auch grundsätzlich untersucht welche Möglichkeiten und Grenzen in dem Angebot zu finden sind.

1.1. Von der Theorie in die Praxis

Es gibt extensive Forschung in den Erziehungswissenschaften und der Fachdidaktik. Insbesondere der Bereich der politischen Bildung ist darüber hinaus mit zahlreichen interdisziplinären Brücken in die Sozialwissenschaften und über einen schulischen Bildungsbegriff hinaus, ein Forschungsfeld, welches in seiner Gänze nicht einmal von Menschen zu überblicken ist, die ihr ganzes (Arbeits-)Leben der politischen Bildung gewidmet haben. Gleichzeitig sind sowohl die Möglichkeiten zur weiteren Erforschung, als auch der konkrete Forschungsbedarf im Detail von nicht zu überblickender Größe.

In unserer hochkomplexen Welt gilt dies sicherlich für das Gros an Forschungsbe-

reichen. Die Eingrenzung und damit Abgrenzung von Forschungsgegenständen ist daher stets zwangsläufiger Bestandteil des Forschens. In der Praxis bedeutet das, immer wieder aushandeln zu müssen, inwieweit Querverbindungen zu anderen Bereichen notwendig sind und an welcher Stelle der Fokus wieder auf das Wesentliche zu legen ist. Diese Entscheidungen sind optimalerweise nachvollziehbar zu begründen. In der Forschung ergibt sich das bestenfalls aus der Sache. Der Versuch eine ursächliche Variable zu isolieren, um ihre Erklärungskraft für ein zu isolierendes Phänomen messbar zu machen, ist häufig der Modus des wissenschaftlichen Arbeitens. Wenn beispielsweise (bspw.) der Einfluss eines bestimmten Proteins auf die Wahrscheinlichkeit Krebs zu bekommen untersucht wird, sind zahlreiche Entscheidungsmöglichkeiten aus der Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes natürlicherweise ausgeschlossen worden. Genau wie wenn in der Statistik Einkommens- und Vermögensverhältnisse mitabgefragt werden, um ihre Verbindung zum Wahlverhalten berücksichtigen zu können. Wenn gleichzeitig Bildungsstand, Alter, Geschlecht, Wohnort et cetera (etc.) abgefragt werden, dient das auch der Notwendigkeit, in einer komplexen Welt, nur näher an die Wahrheit zu kommen, indem Stück für Stück viele Variablen untersucht werden. Trotz der angesprochenen Isolierung, nimmt fast nie nur eine Variable Einfluss auf das Ergebnis. Das führt näher zu dem inhärenten Entscheidungen treffen. Um die Wechselwirkung von Variablen untersuchen zu können, ist es notwendig viel zu forschen. Weshalb nun genau dieses Protein untersucht wird oder für die Statistik nicht auch die Körpergröße abgefragt wird¹ ist dann immer noch eine Entscheidung.

Analog zu den Entscheidungen, die Forschende treffen müssen, um handlungsfähig zu sein, das heißt fokussiert ihre Forschung vorantreiben zu können, ist die begründete Eingrenzung eines Lerngegenstandes ebenfalls mit Entscheidungen verbunden. Lehrende befinden sich diesbezüglich also in einer ähnlichen Situation wie Forschende. Es ließe sich allerdings argumentieren, dass die Notwendigkeit im Unterrichten von Weltwissen Entscheidungen zu treffen – wie es im Schulkontext stattfindet – auf einer vageren Datengrundlage stattfindet. In der Forschung wird sich wegen der zuvor beschriebenen Notwendigkeit der Eingrenzung zunehmend spezialisiert. Im schulischen Weltverstehen-Lernen hingegen ist in weiten Teilen (noch) kein hochspezialisiertes Verständnis gefordert. Stattdessen steht ein allgemeines Zusammenhänge-

¹Die damit aufgeworfene Frage nach Kausalität wird nicht weiter aufgegriffen. Körpergröße hat womöglich wenig direkten Kausalzusammenhang zum Wahlverhalten, korreliert aber bspw. mit dem Geschlecht. In diesem kann durchaus ein Kausalzusammenhang mit dem Wahlverhalten vermutet werden. Darüber hinaus lässt sich durchaus vermuten, dass die Körpergröße zum Beispiel (z. B.) einen Einfluss auf den Erfolg von Karrieren nimmt, was wiederum weitere Variablen, wie das Einkommen beeinflussen dürfte. Sollte jetzt also immer die Körpergröße mitabgefragt werden? Nun, genau daran zeigt sich, dass begrenzte Ressourcen Entscheidungen erfordern, welche Aspekte am erfolgsversprechenden sind und welche daher erstmal ausgeklammert werden müssen.

verstehen-Lernen im Vordergrund. Das setzt Lernen an exemplarischen Lerngegenständen voraus. Dies gilt insbesondere für die politische Bildung – nicht nur in allgemeinbildenden Schulen, sondern auch für Politikunterricht in der dualen Berufsbildung (vgl. Abschnitt (Abs.) 1.6, Seite (S.) 8 & Block et al. 2023: 4, 9–13). In der Ausbildung zum Lehramt wird Wert darauf gelegt, Entscheidungen, welche Lerngegenstände ausgewählt werden, umfassend begründen zu können. In der Praxis des Lehrens wird Wert darauf gelegt, tatsächlich zu unterrichten. In der wissenschaftlichen Literatur wurde dieses ständige im Widerspruch stehen, dem Lehrkräfte an verschiedenen Stellen ausgesetzt sind, erkannt und als Antinomie bezeichnet (vergleiche (vgl.) z. B. Helsper 2001).

Das Treffen von Entscheidungen und die Konsequenzen von schlechter werdenden Entscheidungen durch Erschöpfung ist für Professionelle im medizinischen Bereich unter dem Begriff *decision fatigue* seit längerem Forschungsgegenstand (Maier et al. 2025). Einen guten Überblick über *decision fatigue* in verschiedenen anderen Bereichen gibt ein Artikel aus dem New York Times Magazine (Tierny 2011). Ich würde argumentieren, dass auch Lehrberufe zu den Professionen gehören, bei denen Entscheidungen, sowohl in der Vorbereitung als auch im Unterrichtsgeschehen, eine entscheidende Rolle einnehmen. Ähnlich wie Konzepte der *Handlungsfähigkeit* ebenfalls Relevanz für Pflege- und für Lehrprofessionen haben.

Den kompletten Wissensstand der unterrichteten Domäne von einzelnen Lehrkräften fachwissenschaftlich oder didaktisch im kompletten Überblick zu behalten, ohne dass Teile des Alltagsgeschäfts hintenüber fallen, erschiene als eine utopische Forderung. Darin liegt das Potential in der Verbreitung von Unterrichtsmaterial. Viele Entscheidungen und deren bereits erarbeiteten Begründungen lassen sich an diversen Stellen sinnvoll einsetzen. Aufgrund der Arbeit, die in solche Entscheidungsprozesse (in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften lässt es sich das als *didaktische Reduktion* bezeichnen) einfließen können, bedeutet das auch, dass gesparte Ressourcen anderweitig für den Unterricht frei werden können.

Entsprechend ist es eine willkommene Abwechslung, in dieser Arbeit zwar nicht zur Erleichterung des Handwerks des Unterrichtens beizutragen, wohl aber eine Initiative zum Untersuchungsgegenstand zu haben, die womöglich mehr Ressourcen dafür frei werden lässt.

1.2. Forschungsfrage

In dieser Arbeit soll diskutiert werden ...

- ... welche Maßstäbe zur Bewertung von Unterrichtsmaterial angelegt werden könnten.
- ... weshalb gerade diese Maßstäbe relevant sind.

- ... wie die Metaebene um das eigentliche Unterrichtsmaterial herum den Erfolg und die Verbreitung von Unterrichtsmaterial beeinflusst.

Um sich von den theoretischen Überlegungen der Praxis anzunähern, soll dazu auch beispielhaft darauf eingegangen werden ...

- ... wie die Qualität des Unterrichtsmaterials, welches bei der Arbeitskammer Bremen veröffentlicht werden soll, bewertet werden könnte. Das schließt eine Überprüfung auf mögliche Fehler und Ungenauigkeiten, sowie das Anschneiden von möglichen Alternativen ein.

1.3. Lerngegenstände & Unterrichtsmaterial

Unterrichten an Bildungsinstitutionen passiert hauptsächlich unter Zuhilfenahme von Medien im engeren Sinne. Die Planung ist im besten Fall verschriftlicht oder anderweitig aufgezeichnet, z. B. durch Grafiken. Die Planung des Unterrichts und die Auswahl oder Erstellung der zum Unterrichten verwendeten Materialien beanspruchen dabei eine Menge Ressourcen der Lehrkräfte².

Das Zurückgreifen auf bestehende Medien ist dabei natürlicher Bestandteil des Lernens. So ist die (Primär-)Quellenanalyse im Geschichtsunterricht, das Lesen eines Haikus in Deutsch, die Analyse einer Inszenierung, das Basteln an einem Motor oder das Erhitzen von Chemikalien die natürliche Benutzung von Unterrichtsmaterial.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) definiert *Lehrmittel* als Materialien der Schule und *Lernmittel* als Materialien der Schüler*innen (Kultusministerkonferenz 2024). Gerade im Hinblick auf Verbrauchsmaterial und dessen Finanzierung ist das bestimmt eine sinnvolle Unterscheidungsdimension. Papier und Stifte stammen in der Regel von Schüler*innen, die abbrechende Bohrspitze im Werkunterricht und das Gas zur Erhitzung der Chemikalie im Naturwissenschaftsunterricht, sind häufig aus der Schule oder werden auch mal aus den privaten Ressourcen der Lehrkräfte finanziert. Herausgestellt werden soll, dass Lernen in weiten Teilen in Verbindung mit der dinglichen Welt stattfindet.

Um diversen Gegebenheiten gerecht zu werden, ist das Material jedoch häufig abstrahiert. Eine Dampfmaschine steht womöglich nicht zur Verfügung. In so einem Fall kann z. B. auf eine Explosionszeichnung, einen Film, ein Modell oder eine Beschreibung zurückgegriffen werden. Eine Beschreibung in Worten erfordert dabei eine höhere Abstraktionsebene als ein Modell und birgt die Gefahr, schlechtere Lernergebnisse zu erzielen. Das sollte dann durch entsprechende Einbettung oder die

²Am maßgeblichsten ist vermutlich Zeit. Aber wie in Abs. 1.1 (S. 1) aufgeworfen wurde, können auch Dinge wie Entscheidungsfähigkeit und in Verbindung damit Aufmerksamkeit etc., als endliche Ressource betrachtet werden.

Ergänzung weiterer Materialien, wie einem Schema oder einem Film, versucht werden zu kompensieren. Wie anhand dieses Beispiels bereits deutlich wird, erfordert bereits die Auswahl der Lehrmaterialien Arbeit, bevor überhaupt mit den Lernenden in Interaktion getreten wird. Wenn nun in der politischen Bildung eine Rede analysiert wird, sind die naheliegenden Möglichkeiten überschaubar. Eine Verschriftlichung und eine Videoaufnahme bieten sich an.

Gerade in der politischen Bildung liegt der Lerngegenstand jedoch häufig auf noch ferner liegenden Abstraktionsebenen. Es geht um hochkomplexe Konzepte (wie z. B. *Demokratie*), die in der physischen Welt schwer greifbar sind. Entsprechend viele nah- und fernliegende Möglichkeiten bestehen bei der Auswahl an Unterrichtsmaterial³.

Der Begriff Unterrichtsmaterial wird in dieser Arbeit nicht vollständig kongruent zur Definition auf der Website der Kultusministerkonferenz (2024) für Lehr- und Lernmittel verwendet werden. Auf den Materialkarten der ANK selbst, sind Themenzuordnungen, Erklärtexpte und Aufgabenstellungen, die sich häufig auf Quellmaterial beziehen, zu finden – das ist alles *Material*. Das Quellmaterial ist fast ausschließlich anhand eines Universal Ressource Locator (URL), also Weblinks, angegeben. Diese führen zu verschiedenen Medienformen. Meist Text, häufig mit Grafiken und bisweilen Videos. Die Trennunschärfe des *Material*begriffs wird hier nicht durch überbordende Kategorisierung versucht aufzulösen. In den Materialkarten selbst wird sich auf das Quellmaterial mit *M1*, *M2* etc. bezogen. Diese Abkürzungen werden genutzt und sollten zur Unterscheidung ausreichen.

Herkunft von Lerngegenständen In Deutschland gibt es eine Lernmittelfreiheit (ebd.). Welches Unterrichtsmaterial am Ende auch in Kontakt mit den Schüler*innen kommt, liegt hauptsächlich in den Händen der Lehrer*innen. Die Lehrkräfte selbst sind bei der Auswahl des Materials jedoch einigen Einschränkungen ausgesetzt:

- Zeitliche Zwänge: Der Tag hat nur 24 Stunden und Menschen sind Tiere mit zahlreichen biologischen und sozialen Bedürfnissen. Diese zu erfüllen ist Voraussetzung für eine gute Arbeitsleistung, nimmt jedoch, genau wie Arbeit selbst, Zeit in Anspruch.
- Finanzielle Zwänge: Schulen stehen begrenzte Budgets zur Verfügung, z.B. sind Schulbücher häufig nicht die „besten“ und aktuellsten am Markt und Exkursionen müssen für alle bezahlbar sein.

³Das soll nicht bedeuten, dass die Vorbereitungen im Mathematikunterricht zum ergänzenden Material einer eindeutigen Rechenaufgabe, z. B. durch kleinschrittiges Vorgehen, grafische Darstellung oder Darstellungen in der physischen Welt, nicht ebenfalls hochkomplex sind und zahlreiche Entscheidungen erfordern. Aber viele Lerngegenstände der politischen Bildung sind an sich schon derart abstrahiert, dass dort die Beschäftigung mit der Darstellung unvermeidlich ist.

- Bereits am Markt existierendes Material ist entweder kostspielig und/oder unterliegt nur unzureichenden Qualitätskontrollen. Die Prüfung und Umgestaltung, um im Unterricht eingesetzt werden zu können, nimmt wiederum viel Zeit in Anspruch.
- Die vielfältigen Möglichkeiten Unterricht aufzubauen, und welches Material dafür benutzt werden kann, gehen ins Endlose. Daher kann nur exemplarisch gelernt werden. Das heißt, dass jede Unterrichtsplanung immer von Entscheidungen geprägt ist. Das wiederum impliziert immer auch Entscheidungen gegen Alternativen.

Es besteht als Lehrkraft zwar meist die Möglichkeit weite Teile des Unterrichtsmaterials selbst zu erstellen. Aber Unterrichtsmaterial, für welches bereits Entscheidungen bezüglich des exemplarischen Lerngegenstandes und der didaktischen Reduktion getroffen wurden, hat gewaltiges Potential, eine Arbeitserleichterung darzustellen. Beispielsweise indem es für die Zielgruppe und die Zielvorgaben aus einem Lernplan bereits vorausgewählt und für eine ansprechende Darstellung aufbereitet wurde.

Die Notwendigkeit des Lernens, eben auch Lerngegenstände zu haben, hat verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Intentionen auf den Plan gerufen, welche Unterrichtsmaterial anbieten. Einsteigend hervorzuheben sind dabei die privatwirtschaftlichen Schulbuchverlage, welche dem klassischen Bild von Unterrichtsmaterial entsprechen. Jedoch haben auch andere Institutionen das Potential einer Einflussnahme auf Lernende durch Material entdeckt. Wirtschaftsverbänden oder großen Unternehmen kann dabei bisweilen eine andere Intention, als eine altruistische, unterstellt werden, die durch, auf den ersten Blick kostenfreies, Material verfolgt wird. So braucht man in der Forschung von Reinhold Hedtke bisweilen nicht weiter als bis zu den römischen Seitenzahlen zu lesen, um darauf zu stoßen, dass Schulen „sich zunehmend gegen weltanschauliches, wissenschaftliches, wirtschaftliches und politisches Lobbying aus Unternehmen und ihrem Umfeld wehren“ müssen (Hedtke 2016: i).

Im Falle von komplett selbst erstellten Unterrichtsstunden, kann von einer Lehrkraft erwartet werden, dass sie hehre Intentionen verfolgt und sich mindestens an die Vorgaben der KMK beziehungsweise (bzw.) die Umsetzung jener Vorgaben von den Bundesländern, sowie insbesondere an ihr eigenes, vernünftiges Urteil hält.

Arbeit zieht deswegen auch vorgefertigtes Material nach sich, da die Beurteilung der Qualität und die Eignung, sowie die Anpassung für die Lerngruppe gemacht werden müssen. Das Material muss dazu nicht nur durchgesehen werden, um es für die eigenen Schüler*innen aufzubereiten, es sollte auch so intensiv bearbeitet werden, dass geschickt versteckte Beeinflussungsversuche von außen nicht unreflektiert bleiben.

1.4. Politische Bildung und verwandte Kategorien

Politische Bildung, Sozioökonomische Bildung, Arbeit, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Recht – ein interdisziplinäres Begriffs Wirrwarr

Politische Bildung ist im Schulkontext häufig nicht nur in den Fächern Politik, Sozial- oder Gemeinschaftskunde verortet, sondern auch häufig in Fächern mit Bezeichnungen, in denen „Politik“ gleichbedeutend neben „Wirtschaft“ genannt wird. So finden sich im Sachstandsbericht der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags (2016: 5) Fächerbezeichnungen wie „Politik / Gesellschaft / Wirtschaft“ für Hamburg, „Politik und Wirtschaft“, „Politik-Wirtschaft“ & „Wirtschaft/Politik“ in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein oder „Gemeinschaftskunde / Rechtserziehung / Wirtschaft“ für Sachsen. Damit ist in 5 von 16 Bundesländern politische Bildung schon in der Fächerbezeichnung an Wirtschaft gekoppelt (vgl. zu der tatsächlichen Zeit, die für politische Bildung im Unterricht an allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung steht auch Gökbudak/Hedtke 2020: 14 & 16).

Materielle Bedingungen in der Sphäre des Politischen sind nicht von der Hand zu weisen. Die Beschäftigung mit materiellen Verhältnissen in der politischen Bildung respektive mit Wirtschaft ist also naturgegeben. Als Forschungsfeld wird daher gerne auch von Sozioökonomischer Bildung gesprochen. Insbesondere zu diesem Begriff lässt sich Forschung zu Unterrichtsmaterial und Einflussnahme externer Akteur*innen finden.

Die Bezeichnungen sowohl von Forschungsdisziplinen als auch von Schulfächern versuchen dieser interdisziplinären Verknüpfung mal mehr, mal weniger gerecht zu werden. Da die Trennschärfe solcher Begriffe Gefahr läuft, eine philosophische und linguistische Debatte über die Unzulänglichkeiten von Sprache zu eröffnen, wird in dieser Arbeit stets versucht, ein nach Ansicht des Autors möglichst passenden Begriff für den gerade gemeinten Gegenstand zu nutzen, welcher aber explizit nicht beansprucht, dass andere Begriffe aus leicht verändertem Blickwinkel nicht ebenso passend wären. Einen Begriff zu wählen, stellt lediglich eine notwendige Entscheidung dar.

Als Tatsache kann angesehen werden, dass sich Gesellschaft und Kultur mit Wirtschaft und Politik alle wechselseitig beeinflussen.

1.5. Beutelsbacher Konsens

Da insbesondere durch die Schulpflicht (Bremische Bürgerschaft 2022) die schulische (politische) Bildung mit Zwang verbunden ist, liegt es nahe, dass versucht wird, diese durch Regeln, trotz des Zwanges, mit freiheitlichen, demokratischen Grundwerten zu vereinbaren. Auch an Berufsschulen, für die das hier untersuchte Material primär entworfen ist, besteht noch ein starkes, strukturvorgegebenes Machtgefälle, welches

derartige Überlegungen stets aktuell sein lässt.

Ein wichtiges historisches Dokument im Rahmen derartiger Fragestellungen ist der Beutelsbacher Konsens (Geßner et al. 2016: 29; Wehling 1977) – so wichtig, dass auch über den deutschen Raum hinaus auf den Beutelsbacher Konsens (BBK) Bezug genommen wird. So wurde im Rahmen der *Aktionstage Politische Bildung* vom 23. April bis 9. Mai 2024 in Österreich formuliert, dass der BBK „[v]on internationaler Bedeutung [...] ist“ (Parlament Österreich 2023). Entsprechend leitet auch der Bremer Bildungsplan zentrale Kompetenzen aus dem BBK ab und gibt die wichtigste Stelle sogar „im Wortlaut“ wieder (Block et al. 2023: 11–12). Zusammengefasst hat Wehling im BBK drei konsensuale Punkte herausgearbeitet:

1. *Überwältigungsverbot*: Selbstständige Urteile sollen mit dem Ziel der Mündigkeit ermöglicht und nicht verhindert werden.
2. *Kontroversitätsgebot*: Durch das Verbot von Indoktrination ergibt sich quasi die Notwendigkeit alles was „in Wissenschaft und Politik kontrovers ist“ auch „im Unterricht kontrovers erscheinen“ zu lassen. Das sorgt auch dafür, dass die Meinung der Lehrkraft unerheblicher wird.
3. *Handlungsorientierung*: Als „logische Konsequenz“ müssen Schüler*innen „in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und [die] eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne [der eigenen] Interessen zu beeinflussen.“ Dazu müssen realistischer Weise *operationale Fähigkeiten* gelehrt werden.

(Wehling 1977: 179–180)

1.6. Bremer Bildungsplan

Der aktuelle Bremer Bildungsplan für politische Bildung⁴ für berufsbildende Schulen ist mit der Erscheinung 2023 (Block et al.) vergleichsweise aktuell. Die Bremer Bildungspläne für politische Bildung an der Sekundarstufe (Sek.) I und II der allgemeinbildenden Schulen sind alle etwa im vorletzten Jahrzehnt, zwischen 2006 (Löwer 2008; Vogel 2006a,b) und 2010 (Vogel 2010a), erschienen. Die Fächerbezeichnungen sind innerhalb der Bremer Bildungspläne nicht kongruent. Die unstete Bezeichnung der Fächer – welche politische Bildung, häufig neben anderen Bereichen, mit abdecken – wird in Abs. 1.4 (S. 7) weiter diskutiert.

Politik ist neben Deutsch im Jahr 2024/2025 aktuell das einzige andere Fach im Land Bremen, welches für den berufsbildenden Bereich fächerübergreifend für alle Schülerinnen und Schüler unterrichtet wird (vgl. Website des LIS 2024). Direkt im

⁴Als Fach vom Landesinstitut für Schule (LIS) nur als Politik bezeichnet

Bildungsplan (Block et al. 2023: 4) wird darauf eingegangen, dass zwar an „heterogene[...] Voraussetzungen der Schüler:innen“ angeknüpft wird, was auch „die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Bildungsgänge“ berücksichtigen soll, aber als Teil der „allgemeinbildenden Fächer“ sollen die „Zielsetzungen politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und methodische Fähigkeiten“ immer die Grundlage bilden. Allgemeine politische Kompetenzen sind daher die hauptsächlichen Ziele (ebd.: 9–13).

Für die „Kompetenzdimensionen in der politischen Bildung“ orientiert sich der Bildungsplan stark an den Ausarbeitungen der GPJE. Da in dieser Arbeit (siehe (s.) Abs. 1.15, S. 23) auch auf die Verfügbarkeit und Nutzfreundlichkeit von Unterrichtsmaterial eingegangen wird, bietet es sich an, an dieser Stelle ein strukturelles Einzelfallbeispiel aufzuzeigen:

1.6.1. Exkurs: Schlechte Quellenangaben und unzureichende Vorbildfunktion. Beginnt Medienkompetenz im Bildungsplan?

Der Bildungsplan selbst wird von fiskalisch finanzierten Stellen erarbeitet und für einen Bildungsbereich veröffentlicht, welcher sich auch als öffentlich versteht – sowohl in Form von öffentlichen Geldern finanziert als auch in Form von öffentlich zugänglich – da es sich um einen verbreiteten, staatlich vorgezeichneten (Weiter-)Bildungsweg handelt. Der Bildungsplan ist auf der Website des LIS (2024) auch öffentlich zugänglich im etablierten .pdf-Format vorzufinden und bietet allen Menschen die Möglichkeit, mit diesem öffentlich erarbeiteten Wissen zu arbeiten. Soweit erscheint das Vorgehen kohärent und sinnvoll.

Der Bildungsplan orientiert sich unter Anderem (u. A.) an den Bildungsstandards der GPJE. Konkret wird das u. A. an Fußnote 13 im Bildungsplan (ebd.: 9) deutlich, vergleichbar zu folgender Fußnote⁵. Da ein Zitierstil nicht nur kontextabhängig, traditionsabhängig und subjektiv ist, soll dahingehend selbstverständlicherweise keine Wertung stattfinden. Allerdings sind in diesem Fall bereits mehrere zitierstilübergreifende Grundsätze missachtet worden. Sich dafür zu entscheiden, einen Fußnoten-zitierstil zu nutzen und an späterer Stelle ein komplettes Quellenverzeichnis, wäre eine solide Wahl. Auch wenn als dabei übliche Kurzform in der Fußnote ausschließlich einen kompletten Weblink anzugeben schon wild ist. Nur dass es schlicht kein komplettes Quellenverzeichnis gibt! Es gilt, ausreichend Informationen (lieber eine zu viel als eine zu wenig) zum Auffinden anzugeben, insbesondere und mindestens Äquivalente zu Autor*innen oder Herausgeber*innen, sowie Erscheinungsjahr und Titel und das Zugriffsdatum, falls Weblinks angegeben sind. Als findige*r Konsument*in von Text lassen sich nun Teile von Titel und Namen sowie das Akronym

⁵<http://gpje.de/wp-content/uploads/2017/01/Bildungsstandards-1.pdf>

der Herausgebenden im Link herauslesen. Allerdings führt der Link im Mai 2025 auf eine weiße Seite und ist damit ein Paradebeispiel, weshalb u. A. wenigstens ein Zugriffsdatum zur eigenen Absicherung angegeben sein sollte.

Als bemühter Autor einer universitären Abschlussarbeit findet man jedoch unter diesem Link⁶ einen Download mit diesem Link⁷, dessen URL entsprechend der Zahlen, die ein Datum darstellen könnten, womöglich eine aktuellere Version zu der im Bildungsplan (Block et al. 2023: 9) referierten verspricht. Laut Website und Untertitel soll es sich zwar lediglich um einen Entwurf handeln. Wobei „Entwurf“ sich an dieser Stelle wohl eher als Synonym für *Vorschlag* lesen lässt. Das Dokument kann jedoch nach wie vor in seiner Veröffentlichungsform strukturell kritisiert werden:

- Das in der URL suggerierte Datum impliziert nun eine Veröffentlichung oder Version vom Juli 2024, im Dokument selbst ist ein Copyright (©) vom Wochenschau Verlag von 2004 angegeben. Es handelt sich höchstwahrscheinlich um eine Version der viel zitierten 2. Auflage von 2004. Nur dass im Bildungsplan nicht ersichtlich ist, ob er sich tatsächlich auf diese Version bezieht. Höchstwahrscheinlich bezog sich die alte URL, in der „2017“ zu lesen ist, auf dieselbe Version, wie die, welche hier mit „2024“ in der URL aufgefunden wurde.
- Es gibt keinen Versionsverlauf, auf der eigenen Website der GPJE ließ sich eine Version von 2017, wie die URL im Bildungsplan (ebd.: 9) suggeriert, nicht finden. Die Zahlen 2017 und 2024 scheinen in diesem Fall schlicht keine andere Version zu kennzeichnen. Denkbar ist, dass es nur intern erneut hochgeladen wurde.
- Wenn die URL nicht gerade eine Digital Object Identifier (DOI) oder Ähnliche(s) (o. Ä.) ist, ist diese Fußnote als einzige Quellenangabe daher ein Paradebeispiel, weshalb meist schon zu Beginn einer universitären Ausbildung darauf hingewiesen wird, dass man sich nicht ausschließlich auf eine URL verlassen sollte.
- Es gibt auch keine vernünftige Suchfunktion auf der Website. Eine miese Suchfunktion und intransparente, nicht anpassbare Sortierungen scheinen allerdings gerade bei Websites mit in Teilen fiskalischer Finanzierung Best Practice zu sein.

Zur Verteidigung sei angemerkt, dass es sich in diesem Fall um eine gemeinnützige Organisation handelt. Dass bei solchen bisweilen die Ressourcen knapp sind, ist keine Seltenheit.

⁶<https://gpje.de/publikationen/> (06.05.2025)

⁷<https://gpje.de/wp-content/uploads/2024/07/Bildungsstandards-1.pdf> (05.05.2025)

- Das Dokument über die Bildungsstandards der GPJE ist soweit schreibgeschützt, dass sich Text nicht kopieren lässt. Besonders hinsichtlich der zahlreichen Möglichkeiten, den Kopierschutz auf verschiedenen Websites entfernen zu lassen – um im Jahre 2025 nicht die Verlegenheit kommen zu müssen abzuschreiben – erscheint das erstens unnötig und zweitens kontraproduktiv. Es kann dazu verleiten, das Dokument auf ohne große Prüfung hastig herausgesuchte Websites hochzuladen. Das wäre wahrscheinlich nicht die Intention, die mit dem Hinzufügen eines Kopierschutzes verfolgt wurde.
- In der Satzung der GPJE (2000) ist unter „§1 Zweck der Gesellschaft“ zu lesen, dass es sich bei der Organisation um eine „wissenschaftliche Fachgesellschaft, die der Förderung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Fragen der schulischen und außerschulischen politisch-gesellschaftlichen Bildung in Forschung und Lehre dient“ handelt. Ferner verfolgt die GPJE laut ihrer Satzung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke [...] Sie leistet dies insbesondere durch:
 - a. Förderung des wissenschaftlichen Diskurses, der Forschung und der wissenschaftlichen Kooperation,
 - b. Veranstaltung von Fachtagungen und Kongressen,
 - c. wissenschaftliche Publizistik,
 - d. Intensivierung der europäischen und der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit,
 - e. Förderung der Lehre an Hochschulen und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
 - f. das wissenschaftlich-politische Engagement für den Ausbau der Disziplin an den Hochschulen.

Hinsichtlich der in der Satzung formulierten Ziele, weiß der Widerspruch zwischen Form und Inhalt humoristisch zu begeistern. Bildungsstandards einer wissenschaftlichen Gesellschaft, welche mit der Intention, von verschiedenen – auch und insbesondere öffentlichen – Bildungsinstitutionen genutzt zu werden, sind auf der eigenen Website schwer zugänglich (Kopierschutz), es gibt keine Suchfunktion und keinen stabilen Link (oder Versionsverlauf, wenn es sich um verschiedene Versionen handeln würde). Das erschwert wissenschaftlich korrektes Zitieren unnötig – was sich tatsächlich auch in einem offiziellen Bildungsplan (Block et al. 2023: 9) niederschlägt, der diese Situation allerdings erst durch die unsaubere Arbeit derart verschärft hat.

- Man stelle sich vor, man ist etwa Schüler*in, Lehrkraft, Elternteil oder Student*in und wirklich daran interessiert, in die Tiefe der Bildungsstandards einzusteigen, und ist soweit wie oben beschrieben gekommen – dann kommt man möglicherweise auf die Idee sich sicherheitshalber die wissenschaftliche Publizistik der GPJE anzuschauen, um nachzuprüfen, ob es doch verschiedene und womöglich aktuellere Versionen gibt. Die Publizistik wird im Wochenschau Verlag vertrieben und ist nicht frei zugänglich.

Man könnte auf die Idee kommen, in einer Veröffentlichung von 2017 z. B. (Görtler et al.) könnte ja eine passende Version von 2017 zu finden sein. Das auf Vertriebswebsites frei einsehbare Inhaltsverzeichnis reicht, um das zu verneinen. Was hilfreich ist. Denn auch wenn dem Band eine Tagung an der Universität Bremen von 2016 zur Grundlage liegt, ließen sich digitale (und physische) Versionen – auch im Universitäts-Netzwerk der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SuUB) eingeloggt sitzend – nur gegen Geld erwerben. Die SuUB besagter Bremer Uni führt immerhin ein physisches Exemplar auf Ebene 3 (Stand 06.05.2025).

- An dieser Stelle ist dann womöglich ausreichend Sicherheit darin gefunden, dass die Version von 2004, die aktuelle ist, auf die sich bezogen wird.
- Immerhin gibt es überhaupt eine kostenlose online Version und es müssen nicht tausende Menschen, die was mit dem Bildungssystem in Bremen am Hut haben, auf irgendein physisches Exemplar in einer Bibliothek verwiesen werden.

Einem Bildungssystem, dessen Regelungen und Grundlagen nicht hürdenarm, frei und öffentlich zugänglich sind, lassen sich nämlich strukturelle Unzulänglichkeiten im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie unterstellen.

An späterer Stelle in dieser Arbeit (s. Abs. 1.9: S. 19ff.) wird das an dieser Stelle dargelegte Beispiel insofern aufgegriffen, als das erläutert wird, weshalb Medienkompetenz und gute Quellenarbeit für die politischen Handlungskompetenzen sowohl Voraussetzung als auch Lerninhalt und damit Vorbildfunktion darstellen.

1.7. Kompetenzen in der politischen Bildung

Im Bildungsplan wurden diverse Entscheidungen getroffen. Insbesondere das Rahmenwerk, wie Kompetenzen für politische Bildung auszuformulieren sind, war und ist Bestandteil des (wissenschaftlichen) Diskurses. Die historische Entwicklung von politischer Bildung soll an dieser Stelle weitestgehend ausgespart werden. Markus Gloe und Tonio Oeftering steigen zwar mit einem Überblick tiefer in die Materie ein (Gloe/Oeftering 2020: 95–100), aber hangeln sich dann über den BBK (ebd.:

101–103, in dieser Arbeit s. Abs. 1.5: S. 7) zu den heute maßgeblichen Kompetenzen (Gloe/Oeftering 2020: 104–114). Sie umreißen in ihrem Beitrag einen Diskurs bezüglich verschiedener Kompetenzmodelle in der politischen Bildung. Da Unterricht – und damit auch Unterrichtsmaterial – das Ziel der Kompetenzentwicklung hat, wird nun angelehnt an Gloe/Oeftering ein Überblick gegeben:

Das Modell der GPJE mit der früheren Veröffentlichung 2004 hat den Diskurs geprägt und findet deswegen womöglich auch besondere Erwähnung im Bildungsplan – weniger des Inhalts, aber der Form wegen (vgl. dazu Abs. 1.6.1, S. 9). Dieses Modell besteht aus den drei untereinander vernetzten Kompetenzen *Politische Urteilsfähigkeit*, *Politische Handlungsfähigkeit* und *Methodische Fähigkeiten*, welche von *Konzeptuellem Deutungswissen* gerahmt werden:

<i>Konzeptuelles Deutungswissen</i>	
Politische Urteilsfähigkeit Politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sachaspekten und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen können	Politische Handlungsfähigkeit Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen können
Methodische Fähigkeiten Sich selbstständig zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können	

Abbildung 1: „Kompetenzbereiche“ der GPJE (Detjen/Kuhn et al. 2004: 13). Genauso auch im Bildungsplan (Block et al. 2023: 10) zu finden.

Gloe und Oeftering (ebd.: 106–107) skizzieren weiter, wie zu dieser Zeit auch „die eher sozialwissenschaftlich geprägten Vertreter[*innen] der Fachdidaktik Günter C. Behrmann, Tilman Grammes, Sibylle Reinhardt und Peter Hampe Kernkompetenzen“ der politischen Bildung als fünf „Demokratie-Kompetenzen“ vorschlagen:

- Wahrnehmung und Übernahme der Handlungsperspektiven Anderer, auch Dritter, zum Wechsel der eigenen Perspektive, zur Vermittlung des Eigeninteresses mit den Interessen Nah- und Fernstehender und dessen Ausweitung in Richtung auf allgemeinere Interessen (Perspektivenübernahme);

- diskursiven Klärung konkurrierender und konfligierender Ideen und Interessen und zum Aushandeln von Konfliktregelungen und -lösungen (Konfliktfähigkeit);
- problemorientierten Analyse struktureller Bedingungen und institutioneller Ordnungen sozialen, insbesondere politischen und wirtschaftlichen Handelns und zum Gebrauch sozialwissenschaftlicher Begriffe und Methoden (sozialwissenschaftliches Analysieren);
- Einschätzung und Bewertung gesellschaftlicher Problemlagen, politischer Forderungen, Handlungschancen und -alternativen sowie zum reflektierten Gebrauch von Urteilskriterien (politische Urteilsfähigkeit);
- Beteiligung an bürgerschaftlicher Selbstverwaltung, sozialen und politischen Initiativen, innerbetrieblicher und -organisatorischer Mitbestimmung, informellen und formalisierten Prozessen öffentlicher Meinungs- und Willensbildung (Partizipationsfähigkeit/demokratische Handlungskompetenz)

(Behrmann et al. (2004: 337 f.) zit. nach Gloe und Oeftering (2020: 106–107))

2010 veröffentlichten Georg Weißen, Joachim Detjen, Ingo Juchler, Peter Mas-sing und Dagmar Richter *Konzepte der Politik: Ein Kompetenzmodell*. Das darin vorgebrachte Kompetenzmodell sorgte für einen neuen Diskussionsanstoß. Wie in

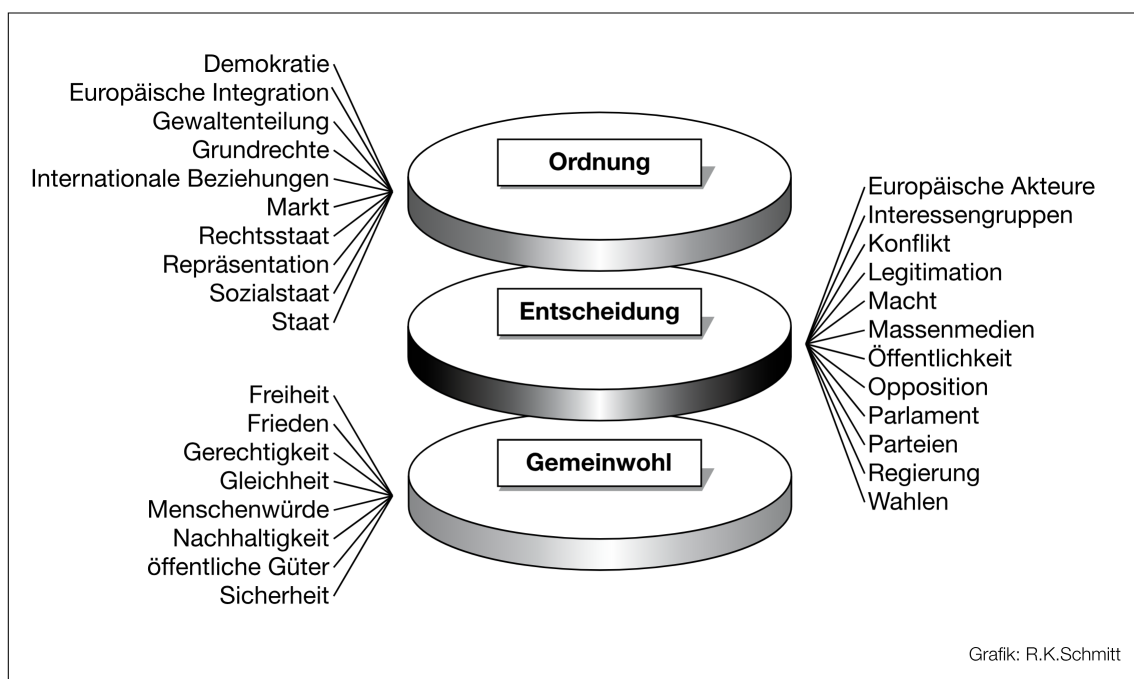


Abbildung 2: „Basis- und Fachkonzepte der Politik“ (Weißen et al. 2010: 12)

Abbildung (Abb.) 2 (S. 14) zu sehen, sind 30 Fachkonzepte drei Basiskonzepten

zugeordnet. Es wird Wert darauf gelegt, mit Schüler*innen-Vorstellungen zu arbeiten. An Aussagen wie „Für erfolgreiches Lernen gilt, dass die Schüler/-innen mit dem in dieser Darstellung vorgestellten Fachvokabular angemessen umgehen können“ (Weißeno et al. 2010: 13) lässt sich jedoch Kritik üben. Für die Messung des Outputs ist Fachvokabular sicherlich hilfreich, aber es ist nicht zwingend notwendige Bedingung, um die Wirkungsmechanismen von Macht zu verstehen oder das Zustandekommen von kollektiv verbindlichen Entscheidungen nachvollziehen und beeinflussen zu können – was womöglich auch Dimensionen von Kompetenzen der politischen Bildung sind. Entsprechend vielfältiger Möglichkeiten Kritik zu üben, skizzieren Gloe und Oeftering (2020: 108–109) wie sich die Autorengruppe Fachdidaktik⁸ zusammenfand und in ihrem Werk *Konzepte der politischen Bildung* – wie der Untertitel *Eine Streitschrift* impliziert – auch entsprechend Kritik am Modell um Weißeno et al. üben.

Auch die Autorengruppe Fachdidaktik hat der Komplexität der Realität folgend eine wortreiche und zahlreich gegliederte Graphik in ihrer Streitschrift abgebildet. Diese ermöglicht einen schnelleren Überblick auf deren vorgeschlagene Einteilung der Kompetenzen der politischen Bildung in Basis- und Fachkonzepte, auch wenn sie keine strengen Vorgaben zur begrifflichen Einteilung geben möchte (Abb. 3, S. 16).

Der entfachte Diskurs fruchtete in einem überarbeiteten Modell (Abb. 4, S. 17).

Im Rahmen dieses erneuten Modells, wurde sich weiter abgearbeitet. So führt Massing (2012: 27) aus, wie *Artikulieren*, *Argumentieren*, *Verhandeln* und *Entscheiden* die „Kompetenzfacetten“ des *kommunikativen*- und *partizipativen politischen Handelns* bilden. Insbesondere für das *partizipative politische Handeln* führt Massing (ebd.: 27) aus, dass beim *Verhandeln* Machtpotenziale, Konfliktfähigkeit, ökonomische Ressourcen oder Tausch genutzt werden können, um „Verhandlungsprozesse abzukürzen und zu hierarchisch autoritären oder hierarchisch majoritären Entscheidungen zu gelangen. Diese lassen sich im Unterricht zwar nicht erfahren, sollten aber gewusst werden“. Mit einem kreativeren Ansatz ließe sich zwar überlegen, inwiefern z.B. mit einer interdisziplinären Verstrickung mit dem Fach Darstellendes Spiel nicht auch ein ausreichend geschützter Rahmen geschaffen werden kann, in welchem Machtpotenziale durchaus erfahren werden können. Für *Entscheiden* wird jedoch ausgeführt, dass „Entscheiden durch kooperative oder handlungsorientierte Methoden geübt werden kann“, es aber „gegenüber der realen Politik unterkomplex“ bleibt (ebd.: 27). Diese Kritik bleibt berechtigt und eine ähnlich gelagerte Problemstellung wird in Abs. 3.4 (S. 60) aufgegriffen.

DEN BELEIDIGTEN FROSCH VERFOLGE ICH WEITER; WENN NOCH

⁸Anja Besand, Tilman Grammes, Reinhold Hedtke, Peter Henkenborg, Dirk Lange, Andreas Petrik, Sibylle Reinhardt und Wolfgang Sander

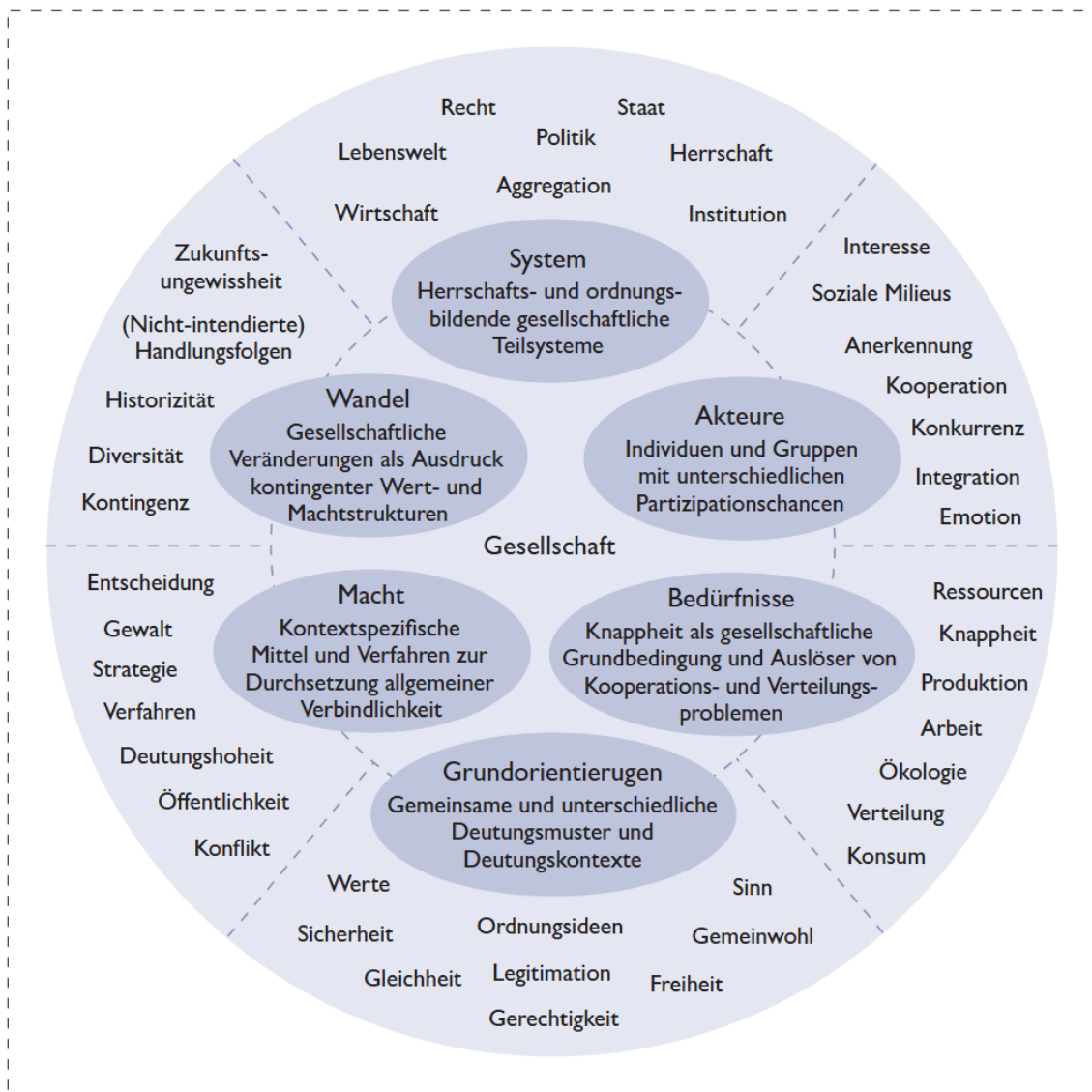


Abbildung 3: Basis- und Fachkonzepte der politischen Bildung der Autorengruppe Fachdidaktik (2011: 170) zit. nach Gloe und Oeftering (2020: 109)

ZEIT IST

Dieser Diskurs um die Ausformulierung von Kompetenzen in Worte und zweidimensionale, druckbare Modelle, welche wiederum mit rahmenden Worten das vernetzte, interdependente und quasi dreidimensionalere der Realität eingebaut bekommen, wurde intensiv geführt. Es bleibt mit gewissem Abstand aber zu erkennen, dass sich die Modelle in weiten Teilen dann doch ähneln. Die einen (Weißeno et al. 2010) hatten den Fokus auf klare und hilfreiche Strukturen gelegt und sind daher das Wagnis eingegangen, sehr konkrete Begrifflichkeiten zu finden. Um als Lehrkraft oder Schüler*in Orientierung zu bekommen, ist das sicherlich hilfreich. Den Anderen (Autorengruppe Fachdidaktik 2011) war womöglich wichtiger, dass klar wird, dass nicht zwangsweise Fachwissen im Fokus stehen muss, da Zusammenhänge auch oh-

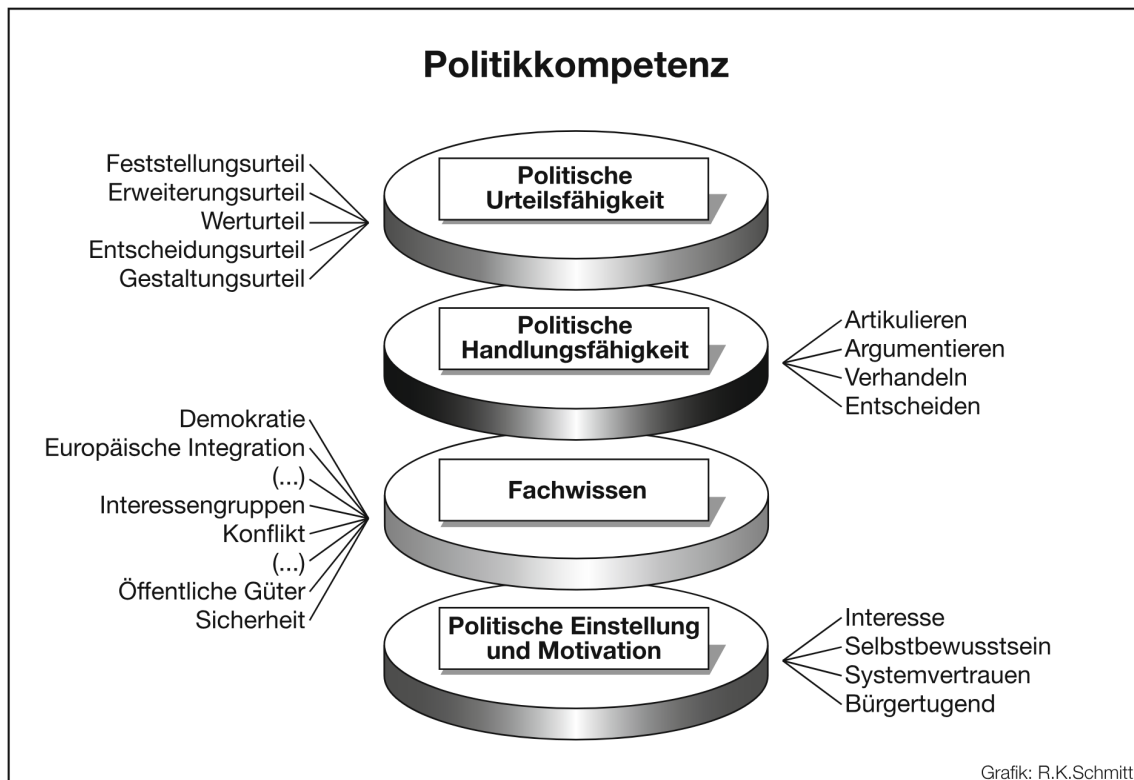


Abbildung 4: „Modell der Politikkompetenz“ (Detjen/Massing et al. 2012: 15)

ne die letzten Endes austauschbaren Begriffe verstanden werden können und dieses Verstehen im Vordergrund stehen sollte.

An welchem Punkt der BBK recht deutlich wird und damit meines Erachtens (m. E.) auch einen Kern von echter Demokratie trifft, ist die politische Handlungsfähigkeit. In einer pluralistischen Gesellschaft macht es viel Arbeit, wenn alle möglichst gleichen Zugang zu Entscheidungsbeeinflussungen haben sollen. Es unterstützt aber auch den demokratischen Gedanken. Frank Nonnenmacher (2010: 466) beginnt einen Abschnitt damit, dass bisweilen *handlungsorientiert* mit *schüler*innen-aktivierend* gleichgesetzt wird. Von der Wortbedeutung her ist das sicherlich nicht falsch. Aber schon im BBK steht, dass man „die vorgefundene politische Lage nach seinen Interessen [...] beeinflussen“ lernen soll (vgl. Abs. 1.5: S. 7). Nonnenmacher (ebd.: 466–467) führt jedoch aus, dass die Debatte aus den 1970er Jahren eher dazu geführt hätte, dass „das politische Handeln im engeren Sinne – assoziiert mit Demonstration, Streik und zivilem Ungehorsam – von vorneherein in den Verdacht gestellt wurde und wird, dem bloßen Aktionismus, also einer entrationalisierten und emotionalisierten Geschäftigkeit Vorschub zu leisten“, was dem *Überwältigungsverbot* widersprechen würde. Er hebt hervor, wie unentschuldigtes Fehlen im Unterricht wegen Demonstrationen zum Bildungsnotstand sanktioniert werden soll, aber wenn „karitative Bemühungen hinter einer ‚Aktion‘ stehen, ist öffentliches Lob zu erwarten, weil ehrenamtliches soziales Engagement in einer Gesellschaft, die gerade auf

diesem Gebiet immer mehr Verantwortung in den privaten Bereich verlagern will, hoch willkommen ist“ (Nonnenmacher 2010: 467).

Er stellt drei Bedingungen, die eingehalten werden sollten, damit tatsächliche politische Aktionen im Zusammenhang mit Schule stattfinden können:

1. Engagement auf „breiter Wissensbasis“ nach vorhergehender „Sachanalyse“
2. Absolute Freiwilligkeit für alle Beteiligten. Demnach auch außerhalb der Unterrichtszeit stattfindend
3. Öffentlichkeit herstellen.

(ebd.: 467)

Der Punkt mit der sinnvollen Einschränkung der Freiwilligkeit schließt „echte“ politische Aktionen für das hier untersuchte Material natürlich weitestgehend aus. Aber es ist davon auszugehen, dass es etwas zwischen „so banale[n] Tätigkeiten wie Lückentexte ausfüllen“ (ebd.: 466) und einer Demonstration mit zivilem Ungehorsam gibt, was schüler*innen-aktivierend ist und auch die Chance bietet, politisches Handeln wenigstens zu simulieren. *Simulieren* unter anderem, weil Nonnenmacher (ebd.: 467) dazu korrekterweise anmerkt, dass Schule eine „Zwangsveranstaltung“ sei. Er geht darauf ein, wie verschiedene Initiativen sich immer wieder darum bemühen, Schule zu einem demokratischeren Raum zu machen (ebd.: 467–469), kommt jedoch zu einem ernüchternden Schluss, wie insbesondere folgendes Zitat verdeutlicht:

Nichts ist aber an dem Faktum zu ändern, dass diese partizipatorischen Elemente immer nur „gewährt“ werden können; solche Spielräume sind eben wie in allen autoritären Systemen auch jederzeit von den Trägern der Macht wieder zurücknehmbar.

(ebd.: 468)

1.8. Arbeitnehmerkammer Bremen (ANK)

Im Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen (Senat der Bürgerschaft Bremen 2000) ist festgesetzt, dass nach der Beitragsordnung (Arbeitnehmerkammer Bremen 2021) Beiträge nahezu aller Arbeitnehmenden⁹ in Bremen zu erheben sind. Für 2025 sind das 0,12 % des steuerpflichtigen Arbeitslohns (Freie Hansestadt Bremen. Der Senator für Finanzen 2024). Systemisch ähnlich zu Steuerzahlungen ist die Mitgliedschaft in der Kammer daher mit Zwangsbeiträgen verbunden.

⁹Auf der Lohnabrechnung für einen Minijob taucht z.B. kein Abzug für die ANK auf. Diese Grenze orientiert sich an der Geringfügigkeitsgrenze, welche für 2025 556€ beträgt (Bundestag 2025; Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2023).

Im Gesetz zur ANK ist in §2(1) (Senat der Bürgerschaft Bremen 2000: 1) zu den Aufgaben der Kammer unter anderem formuliert: „Maßnahmen zur Förderung und Durchführung der beruflichen sowie der allgemeinen und politischen Weiterbildung der Kammerzugehörigen zu treffen“.

1.9. Medienkompetenz und die unbedingte Verknüpfung zu „Wahrheit“

1.10. „Wahrheit“, „Wahrhaftigkeit“ und „Richtigkeit“

Für die Argumentation im Abschnitt der Medienkompetenz (Abs. 1.9: S. 19) ist eine Begriffsdefinition der drei Begriffe aus der Überschrift hilfreich. Da diverse Kompetenzmodelle der politischen Bildung auch die politische Handlungsfähigkeit als Ziel attestieren und zu dieser auch Meinungsbildung und -durchsetzung gehört, ist es praktisch, dass diese Begriffe im Rahmen eines Kommentars zu dem Begriff Meinung dargestellt werden¹⁰:

In dem Essay „Bloße Meinung“ beobachtet Frank Nullmeier (2019) kritisch, wie als Reaktion auf Desinformation eine absolute Wissenschaftlichkeit gefordert wird, welche die Meinung mit einem Anspruch auf Wahrheit „auf die Seite des zu Verwerfenden“ (ebd.) stellt. Weiterhin bezieht Nullmeier sich auf drei Begriffe für Wahrheit:

1. Wahrheit: Als Wahrheit empirischer Aussagen.
2. Wahrhaftigkeit: Als Begriff um mit Unwahrhaftigkeit die Lüge kennzeichnen zu können - In der Abgrenzung zu Unwissen oder sich als falsch erweisenden empirischen Wahrheit. In der Lüge ist die Wahrheit enthalten, sie wird nur nicht gesagt.
3. Richtigkeit: Als Begriff, um eine Wahrheit für normative Aussagen zu haben, die sich aus „eine[r] partiell wahrheitsanaloge[n] Logik der Argumentation mit der Annahme einer aus richtig und falsch bestehenden Binarität und einer potenziell allein richtigen Aussage [er]geben“ (ebd.).

Er führt aus, dass Meinung in demokratischen, politischen Entscheidungsprozessen von einer immanenten Wichtigkeit ist. Entsprechend wichtig sollte die Meinung daher auch im Politikunterricht sein.

Medienkompetenz sollte in allen Fächern der Schule grundsätzlich, aber aufgrund der großen Schnittmenge insbesondere im Politikunterricht mitgedacht und mitgemacht werden. Noch konkreter argumentiert: Medienkompetenz ist lediglich ein

¹⁰Der folgende Abschnitt ist übernommen aus einer Hausarbeit von Klein (2022: 4)

bestimmte Bereiche betonender Begriff für integrale Lerngegenstände von politischer Bildung. Diese Lerngegenstände ergeben sich aus der Zielsetzung der geforderten Kompetenzen. Eine konkrete und praktische Umsetzung von Medienkompetenz kann dabei in Quellenarbeit und Zitation gesehen werden.

1.10.1. Die Zerteilung der Welt durch Worte

Daher nun ein kleiner philosophischer Ausbruch in die Verknüpftheit von Wissen und Sprache: Auch in dem Entstehungszeitraum der vorliegenden Arbeit sind „Wahrheit“, „Wahrhaftigkeit“ und „Richtigkeit“ nicht nur in der Kommunikation grundsätzlich, sondern insbesondere auch im Politischen eine zentrale Debatte. Im Zeitalter von Desinformation, „framing“, Populismus und Propaganda ist für die Erziehung zu mündige(re)n Menschen die Auseinandersetzung mit der Produktion von Wissen und „Wahrheit“ unerlässlich. Die im vorigen Satz aufgezählten Begriffe enthalten immer eine Form „Unwahrhaftigkeit“ oder das (teils bewusste) Auslassen von „Wahrheit“. Um die verschiedenen Formen und Unterschiede des Irrsins und der Lüge durchdringen zu können, ist entsprechend ein Anschneiden dieses Themenkomplexes unerlässlich.

Über das bloße, eher oberflächliche, Verstehen von Inhalt selbst hinausgehend, ist ein wesentlicher Bestandteil von Medienkompetenz, den Inhalt bewerten zu können. In diesem Zusammenhang soll bewerten bedeuten, den Inhalt mit anderen Dingen zu verknüpfen. Denn da Wissen (oder „Wahrheit“) grundsätzlich in Beziehung von Subjekten zur Welt und Beziehung untereinander erschaffen wird, ist es geradezu unabdingbarer Bestandteil eines verstehenden Wissenserwerbs, das Wissen auch mit dem Kontext, in welchem es entstanden ist, zu verknüpfen. Das Verknüpfen von Wissen ist dementsprechend auch Voraussetzung für ein tiefergehendes Verstehen.

Die Diskussion, inwiefern Wissen auf Logik basierend auch mit wenig Beziehung zu anderen Subjekten und der dinglichen Welt „erschaffen“ oder „erkannt“ werden kann, soll an dieser Stelle ausgeklammert werden. Denn pragmatisch gesehen ist jede Form von Information in der physischen Welt mindestens als Energiezustand verankert. Menschen lernen das Denken insbesondere an ihren über die Sinnesorgane vermittelten Erfahrungen mit der dinglichen Welt, was dann erst mit der Zeit höhere Abstraktionsebenen (Symbole, Sprache, Wittgenstein etc. gib’ ihm) ermöglicht. Und auch noch so stark abstrahierte Informationen sind eben immer noch mindestens irgendwie messbar in der physischen Welt verankert. Sei es eine Schallwelle des gesprochenen Wortes, eine neuronale Verbindung im Gehirn, Spannung oder Magneten in einem Computer, Symbole auf Papier oder spezifisch angeordnete Basentriplets einer messengerRNA auf dem Weg, ein Protein synthetisieren zu lassen.

Ein eingängiges Beispiel für die unbedingte Verknüpftheit von Wissen lässt sich

am Wort „Baum“ darstellen. Erstens muss – um dem Wort eine über den Zufall hinausgehende Bedeutung zu verleihen – mindestens irgendein Subjekt das Wort tatsächlich mit einem Konzept von Baum verknüpfen. Wenn Sprache ihre Funktion der Kommunikation – unter der wir sie kennen – erfüllen soll, am besten mehrere Subjekte. Ferner könnte ein Baum nicht existieren ohne Wasser, die Energie der Sonne, Jahrmillionen an Evolution, Erde etc. Sprache zerlegt eine zwangsläufig verknüpfte Welt immer in Bestandteile. Wer das Konzept (also das Wort und das Wissen, welches es bezeichnet) „Baum“ verstehen möchte, weiß in irgendeiner Form auch Teile dieses zwangsläufigen verknüpften Wissens. Denn um das Wort „Baum“ gebrauchen zu können, wird der Baum von der Sonne und aus der Erde herausgetrennt. Wenn das nicht so wäre, gäbe es keine Worte. Weil konsequent zu Ende gedacht immer nur ALLES ausgedrückt werden könnte, da über genügend Umwege alles miteinander verknüpft ist.

back to it

1.10.2. Quellen

An diese Quellendarstellungen muss sich im Sinne der didaktischen Reduktion jetzt nicht sklavisch gehalten werden. Als polemisches Beispiel: Im Mathematikunterricht in der Elementarstufe bedarf es womöglich zu viel mental load, um auf die Verschriftlichungen von Adam Ries Bezug zu nehmen. Aber vom Grundsatz her ist es durchaus angebracht, so viel Quellenmaterial wie möglich, so präzise wie möglich auch im Unterrichtsmaterial selbst mitanzugeben. Alleine um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Eine gute Vorbildfunktion ist essentielle Voraussetzung für verschiedene Formen des Lernens, wie es theoretisiert wird. Egal, ob es sich um das Beobachtungslernen (Kiesel/Koch 2012: 73ff.) welches maßgeblich von Albert Bandura definiert wurde, handelt, oder ob im Rahmen des (zwar umstrittenen) impliziten Lernens (ebd.: 83ff.) stattfindet. Ohne ein auch positiv-Beispiel zu haben, wird das Erlernen von der Relevanz und der methodischen Durchführungsmöglichkeiten einer guten Quellenarbeit erschwert. Aus dem Grunde ist der Bildungsbereich von Beginn an gut beraten, stets gute Beispiele für die Quellenarbeit darzustellen.

Darüber hinaus Einstellung (ebd.: 130)

1.11. Zielgruppe

Gutes Unterrichtsmaterial ist nicht per se gut, sondern es ist lediglich abhängig von den Rezipient*innen gut. Eine womöglich gut vorbereitete Lerneinheit zu Polynomdivision für Studierende in Höherer Mathematik ist in einer Elementarstufe,

die gerade überhaupt dividieren lernt, sicherlich nicht mehr gut. Gutes Unterrichtsmaterial ist also in erster Linie für die intendierte Zielgruppe zu untersuchen. Jede Lerngruppe ist individuell, dennoch lässt sich allein durch das Alter, den Lernort und – zum Teil mit dem Ort einhergehend – die Sprache und viele weitere Faktoren, die Lerngruppe bereits stark abgrenzen. Genau das passiert auch bei einem Englischbuch, welches für Unterricht auf Deutsch in der 5./6. Klasse in Baden-Württemberg veröffentlicht ist.

Es ist also angezeigt, die Zielgruppe des Unterrichts möglichst klar abzugrenzen, wenn untersucht werden soll, ob Material „gut“ ist.

Wenn es dann genauer an die Planung von konkretem Unterricht geht, sind insbesondere die Lehrpersonen gefordert, um auf den Wissensstand und bestehende Schüler*innen-Vorstellungen eingehen zu können. Nach dem Modell der didaktischen Rekonstruktion sollen Lerninhalte besser und nachhaltiger vermittelt werden, wenn dies geschieht (Reinfried et al. 2009: 404–406).

Dadurch, dass das Material mit Fokus auf duale Studiengänge berufsbildende Schulen erstellt ist, unterscheidet sich die Zielgruppe von der an allgemeinbildenden Schulen in dem wesentlichen Punkt, dass gerade der Lebensweltbezug für Arbeitsthemen durch die eigenen Arbeitserfahrungen im Betrieb deutlich weniger theoretisch ist, als wenn an einer Oberschule zum Beispiel über Arbeitsschutz gesprochen wird.

„Fremdzuschreibungen und defizitorientierte Ansprachen von Personengruppen sind deshalb problematisch, weil sie die in unserer Gesellschaft ungleich verteilten Zugänge zu u.a. Bildung und Chancen mitunter eher reproduzieren als sie – wie von einer inklusiven politischen Bildung“ (Beckmann et al. 2022) Dennoch ist es wichtig, die Zielgruppe zu kennen und darauf einzugehen.

2024-12-11 Wie wird die Zielgruppe angesprochen? Wird eine heterogene Zielgruppe angesprochen? Bla über Defizitorientierung

1.11.1. Schüler*innenvorstellungen

Nach dem Modell der didaktischen Rekonstruktion (Reinfried et al. 2009) ist die Inbezugnahme von Schüler*innenvorstellungen ein zentrales Element für besseren Unterricht. Es soll also untersucht werden, an welchen Stellen das Material Schüler*innenvorstellungen aufgreift oder immerhin Raum dafür lässt.

Die ANK als Gegenspieler zu wirtschaftsnahem Material? Engartner 2023:7

1.12. Ökonomische versus politische Sozialisation?

In der Forschung zu politischer Bildung in staatlichen Institutionen wird seit geraumer Zeit verhandelt, wie die Einflussnahme externer Akteure zu bewerten sei. Reinhold Hedtke

Autor*innen, welche einen bildungstheoretischen und/oder einen politikwissenschaftlichen Hintergrund aufweisen, lesen sich insofern ähnlich, als dass ihnen gemein ist eine gute politische Bildung interdisziplinär zu gestalten. Insbesondere für den berufsbildenden Bereich lässt sich feststellen, dass Forderungen erwachsen, die „betriebswirtschaftlichen Verwertungslogiken“

dritte Säule (Kerschensteiner 1966)

1.13. Mehr Platz für Emotionalität

Gutes Unterrichtsmaterial gibt die Beziehungsebene zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen nicht vor, aber sorgt im Idealfall durch gute Strukturierung und guten Umgang mit den bestehenden Ressourcen dafür, dass die Beziehungsebene mehr Platz bekommen kann.

Gleichzeitig sind Emotionen integraler Bestandteil des Politischen (Heidenreich 2012) und sind daher nicht in einem veralteten Dualismus (der Rationalität unverbunden und moralisch unterlegen) aus dem Unterricht zu verbannen.

Dass Emotionen gerade in Zusammenhang mit Politik bisweilen einen faden Beigeschmack haben, trägt Hendrik Schröder (2020: 4–5)

1.14. Veröffentlichungsreichweite, Auffindbarkeit, Preis, Einsetzungsreichweite

Es darf davon geträumt werden, Unterrichtsmaterial, welches durch öffentliche oder fast öffentliche Gelder finanziert wurde, auch der Öffentlichkeit zugänglich ist.

1.14.1. MUSS WOANDERS HIN

AAA
Anderes Kapitel Es wird keine Begründung zur didaktischen Auswahl der Themen mitgeliefert. Damit einhergehend wird auch eine didaktische Reduktion nicht begründet. In der Schulpraxis ist das in explizit schriftlicher Form sicherlich auch nicht üblich. In der Ausbildung von Lehrkräften ist genau das jedoch gefordert und es wird implizit erwartet, dass auch später stets eine solide Begründung geliefert werden könnte. Das Material hat die Intention hat verbreitet und genutzt zu werden. Daher wäre es durchaus eine Überlegung wert, inwieweit es die Legitimation erhöhen könnte, noch tiefer in die Entscheidungsbegründung einzustiegen.

1.14.2. MUSS Ebenfalls WOANDERS HIN

Bei der Bewertung von Material sollte Zugänglichkeit nicht übersehen werden. Bei den Zwängen, denen auch die Institution Schule unterliegt, ist eine wesentliche variable, die über Zugänglichkeit entscheidet, die der Kosten. Ein Schulbuch kann sehr

gut sein, wenn das Budget knapp ist, ist die Chance hoch, das stattdessen ein nicht aktuelles Schulbuch von geringerer Qualität in der Praxis genutzt wird.

1.14.3. MUSS AUCH WOANDERS HIN

Strukturelle Ähnlichkeiten fallen zu dem im Bildungsplan geforderten Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen des Föderalismus und folgenden Überlegungen zu Unterrichtsmaterial grundsätzlich auf. In einem vorstellbaren Ideal, wird eine offene Plattform für die Bereitstellung von Unterrichtsmaterial bereitgestellt. Diese sollte mehrere Voraussetzungen erfüllen:

- offen in Form von kostenfrei, öffentlich vgl. Abs. A.1: S. 74
- Das würde bedeuten, es sollte gepusht werden, dass das Ding bestenfalls weltweit – aber um der Egozentrik der politics Sphäre gerecht zu werden vielleicht erstmal als europaweit beworben – genutzt wird und nicht jedes Bundesland rumknausert und die gleiche Software ≥ 16 mal in Auftrag gibt.
- Das aus öffentlichen Geldern finanzierte Ding würde damit auch der Öffentlichkeit gehören und es würden nicht hauptsächlich privatwirtschaftliche Akteure davon profitieren, die die Rechte an ihrem schlechten Produkt halten, bei welchem auch niemand eine realistische Chance hätte es zu verbessern.
- Daraus folgt \rightarrow Die Plattform sollte als veränderbar angelegt sein.
- Das Material sollte von allen veränderbar sein. Was explizit nicht heißen muss, dass jede schlechte oder gar destruktive Änderung gesichtet oder gar übernommen werden muss. (Womöglich ist hier auch etwas in Richtung Klarnamen-Registrierungszwang angebracht. Hier sollte sich viel aus der Softwareentwicklung abgeschaut werden. Da steckt die Expertise. Insbesondere Funktionen zu forken und einen zweiten Branch aufzumachen bevor gemergt wird ist hier logische Grundlage und in der Entwicklung von Software mit git auch de-facto Standard.)
- Es sollte einen Versionverlauf haben (Ebenfalls de-facto Standard in der Software Entwicklung). Die Open Knowledge Foundation (ein eingetragener Verein) hatte schon eigenständig versucht Gesetzgebung, welche viele strukturelle Ähnlichkeiten zu den Versionsverläufen von Software aufweist, in git abzubilden. Das Projekt ist jedoch nicht aktuell. Die Idee bleibt.
- Abstimmungsmöglichkeiten sollten gegeben sein. Dann hat man als womöglich staatlich verantwortliche Person einen Überblick, was ein Ausschnitt der Öffentlichkeit zu dem Ding denkt.

- Im besten Falle verschieden filterbare Bewertungsskalen. Z. B. nach Lehrkräfte, Schüler*innen, andere Externe, Herkunftsorte, Alter etc.
-
- Überraschung, ich habe extra *Ding* geschrieben. Weil das ziemlich ersetzbar für viele (informationslastige) Produkte ist, welche mit öffentlichen Ressourcen realisiert werden.
- diggah, als ob, ich habe kein bock mehr. es wird eh schlimmer anstatt besser

Programmierende Freunde von mir scherzen über *pull requests* über „git“ für eine Möglichkeit moderne, digitale Möglichkeiten für direktere Formen der Demokratie nutzen zu können.

BLUB BLUB

Jemand der in der Arbeitszeit für ein Unternehmen Produkte herstellt ist nicht Eigentümer*in. Das gilt auch für gesitiges Eigentum. Es gibt durchaus Unternehmen, die sich dafür Entscheiden, Dinge auch unter Lizenzen zu stellen, die der Öffentlichkeit zu Gute kommen¹¹. Die Regel ist aber, dass das Produkt nicht Eigentum der Arbeiter*innen ist. Wenn jemand beim Arbeitgeber einen Tisch baut, ist es der Tisch des Arbeitgebers. Wenn jemand bei Microsoft Software schreibt, ist es manchmal Open Source und kostenfrei nutzbar, häufig jedoch Eigentum von Microsoft.

Lehrer*innen werden ausschließlic mit öffentlichen Geldern finanziert und sind der Verfassung verschrieben. Insbesondere der erhebliche Anteil an Beamt*innen als Staatsdiener*innen verdeutlicht die Rechenschaft gegenüber der sozialen Demokratie, die unser Staat sein soll. Lehrer*innen produzieren unheimlich viel Unterrichtsmaterial für diverse individuelle Gegebenheiten. In der Praxis bleibt dieses in der Arbeitszeit produzierte Material aber bei den jeweiligen Erstellenden und wird hauptsächlich in Klassenverbänden und womöglich noch auf schulinternen Plattformen wie its-learning verbreitet.

Das Potential, das mit öffentlichen Geldern finanzierte Material auch der gesamten Öffentlichkeit zu Gute kommen zu lassen, bleibt damit unerschöpft.

Damit einhergeht die Möglichkeit zur Effizienzsteigerung. Material zur Bruchrechnung könnte z. B. weiter optimiert und auf verschiedene Gegebenheiten angepasst werden. Wenn es Evaluationen gibt, die durch in der Institution Schule übliche Tests gewissermaßen inhärent sind, gäbe es für Testungen das Potential nicht nur rigides Selektionsinstrument der Schüler*innen-Leistung zu sein, sondern tatsächlich Qualität von Material messbarer zu machen.

¹¹Wer neugierig ist, kann z. B. beim eigenen Router für den Heim-Internetzugang mal die Open Source Lizenzen anschauen. Alles voll von MIT, GNU, Creative Commons und weiteren Lizenzen, die sich alle die Intention teilen, ihre lizenzierten Produkte auch der Allgemeinheit zu Gute kommen zu lassen.

Zusätzlich dazu wäre einer Öffetnlichkeit die Möglichkeit eröffnet, kritische Beobachterin der eigenen bildung zu sein und demokratische Einfluss nehmen zu können.

Die Debatte über Gefahren der öffetnlichen Einflussnahme können strukturell mir der Debatte über die Schwächen der Demokratie, wie sie gelebt wird, zusammengelegt werden. Die Gefahr Mindeheiten zu übergehen, indem die Mehrheit wilde Entscheidungen trifft, lässt sich mit einem wandelbaren aber resilienten jedoch ebenso in ein stabiles Regelwerk einbetten, wie es demokratische Kräfte auch für Staaten versuchen.

Es mag pathetisch wirken, aber im Spiel der multiplen Krisen auf der Welt, wirkt eine derartige Aufgabe durchaus realistisch und das Potential Bildung voranzubringen wird eröffnet anstatt im Kreis zu fahren.

2. Analysemaßstab

Im Sachunterricht in der Elementarstufe wird kritisiert, wenn der Unterricht wenig mit der eigentlichen Sache zu tun hat (Scholz 2004: 2–4). Im Politikunterricht ist das Anschauen jedoch weniger auf Dinge bezogen. Analog dazu lässt sich jedoch die bereits im BBK geforderte Handlungskompetenz sehen. Spannend ist es also zu untersuchen, inwiefern durch das Material politisches Handeln beobachtbar oder gar an der eigenen Gruppe erlebbar wird.

Einen Teil wird immer eine Fehlerprüfung einnehmen.

2.1. Fragen an das Material

Ein eher offen formulierter Bildungsplan ist kein Zufall. Daher wäre es kontraindiziert, Unterrichtsmaterial nach starren Vorgaben zu bewerten. Dennoch soll eingegrenzt werden, nach welchen Maßstäben Unterrichtsmaterial bewertet werden könnte. Offen bedeutet nicht beliebig.

Die erste Anlaufstelle dafür ist der Bildungsplan selbst. In Anlehnung an die Gliederung des Bildungsplans kann das Unterrichtsmaterial anhand folgender Punkte untersucht werden:

- Kompetenzen jeweils der beruflichen & politischen Bildung
- Lebensweltorientierungen
 - Arbeits-, Berufs- und Lebensweltorientierungen
 - Problem-, und Wissenschaftsorientierungen
 - Zukunfts-, Gegenwarts- und Vergangenheitsorientierungen
- Methodische Grundsätze

- Und anhand folgender sieben politischen Handlungsfelder:
 - Demokratie
 - Gesellschaft
 - Arbeitsleben
 - Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter
 - Wirtschaftspolitik
 - Globale Zusammenhänge
 - Nachhaltigkeit

Im Bildungsplan sind die drei wichtigsten Kompetenzen in Anlehnung an den BBK formuliert.

- Politische Urteilsfähigkeit
- Politische Handlungsfähigkeit
- Methodische Fähigkeiten

Daher soll im nächsten Schritt analysiert werden, inwieweit das Unterrichtsmaterial diese Kompetenzen fördert.

Fragen, die darüber hinaus und ergänzend an das Material gestellt werden sollen, sind:

- Welche Kompetenzen werden an welcher Stelle gefördert?
- Wie und durch welche Operationalisierung werden die Kompetenzen gefördert?
- Wie werden Schüler*innenvorstellungen berücksichtigt? Siehe auch die reflexiven Fragen für das Modell der didaktischen Rekonstruktion bei Reinfried et al. (2009: 411–412).
- An welchen Stellen soll induktiv, an welchen deduktiv vorgegangen werden?
- Ist das im Modell der Didaktischen Rekonstruktion sinnvoll? (Reinfried et al. 2009) Sollte im Sinne des Konstruktivismus besonders induktives Vorgehen seitens der SuS antizipiert werden?
- Wie wird Schüler*innenaktivität erzeugt?
- Wird bestehendes Material benutzt und analysiert oder wird auch eigene Produktion angeregt?
- Wie ist die Ergebnissicherung eingebunden?

- Welche Handlungsfelder werden angesprochen?
- Inwieweit bietet ist das Material auf die Lebensrealität und realistische Partizipationsmöglichkeiten ausgerichtet?
- Inwieweit impliziert das Material politisches Handeln, welches bestehende Systeme in Frage stellt? Ist das noch vertretbar (im Konkreten: mit dem BBK vereinbar)? Ist im Gegenzug ein Weglassen solcher Perspektiven vertretbar (im Konkreten: mit dem BBK vereinbar)?
- Welche Medien werden eingesetzt? Wie ist die Wahl der Medien begründet?
- Medienkompetenz
- Inklusion
- Digitalisierung (Methodenkompetenz. Sinnvoll eingesetzt?)
- Was wird vom Material an Möglichkeiten der Binnendifferenzierung geboten?
- Wo findet eine Binnendifferenzierung statt; sowohl im Inhalt als auch den Methoden? Ist die Wahl der Methoden aus der Didaktik zu begründen? Welche alternative Methoden wären möglich gewesen? Werden unterschiedliche Methoden für unterschiedliche Lerngruppen Angeboten?
- Handhabbarkeit, Anwendbarkeit, praktisches, pragmatisch. Handwerkliche Betrachtung
- Umfang, Zeitvorgaben, zur Verfügung Stellung realistisch?
- Unwahrscheinlich: Aber, ist das Material Altersgruppen geeignet oder gar übergreifig?
- Welche Beeinflussungen sind zu erkennen? Lassen die sich diese legitimieren?

Darüber hinaus soll untersucht werden, inwieweit sich Intentionen der Arbeitnehmerkammer Bremen im Material finden lassen und ob die Beeinflussungen des Akteurs sich in einem Rahmen bewegen, welcher der Intention des BBK nicht entgegensteht.
#Kontroversitätsgebot

2.2. Bildungsplan als Analysemaßstab

Der Bildungsplan (Block et al. 2023) in Politik für duale Studiengänge im Land Bremen...

Wie zu Kapitelanfang angedeutet ist der Bildungsplan vergleichsweise offen formuliert, ohne detaillierte Vorgaben zu machen. Angesichts der überbordenden Themenauswahl und interdisziplinären Verstrickung eines Faches wie Politik eine konsequente Entscheidung, die im Bildungsplan selbst argumentativ legitimiert wird (ebd.: diggah, welche Seite habe ich das gelesen). Reinhold Hedtke (2016: 17–18) kritisiert für den Wirtschaftsunterricht den fehlenden Bezug auf die Fachwissenschaften sowie auch eine fehlende Berücksichtigung der zahlreichen Interdependenzen zu benachbarten Fachwissenschaften.

2.3. Politische Bildung in der Fachliteratur – Ein Auszug

Im Bremer Schulsystem werden in der Mittelstufe klassische Schulfächer wie Chemie, Physik und Biologie gemeinsam im Fach Naturwissenschaften (NW) (Vogel 2010b) oder im sozialwissenschaftlichen Bereich wurden Geschichte, Politik und Geographie zu meiner Zeit an der Gesamtschule als Welt-Umweltkunde (WUK) (Vogel 2006b) oder heutzutage an Oberschulen als Gesellschaft und Politik (GP oder GuP) (Vogel 2010a) unterrichtet. -> Autor:innen haben auch keinen Bock mehr auf monodisziplinär.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat den Sammelband veröffentlicht.

2.4. Quellenangaben

- Wie lässt sich die Qualität der Quellen bewerten?
- Wie wird auf Medienkompetenz eingegangen?

3. Analyse der Unterrichtsvorschläge

Hinweis Das Material befindet sich in der Entwicklung ist und noch nicht veröffentlicht. Es unterliegt daher noch zahlreichen Veränderungsoptionen. Ein beispielhaftes Layout der Materialkarten ist im Appendix auf Seite 77 zu sehen. Dahinter folgen die Entwürfe zu den Unterrichtsvorschlägen. Es wird das Material zu den zwei Themenfeldern *Demokratie* (ab S. 78) und *Arbeitsleben* (ab S. 85) untersucht.

Das Material der ANK ist direkt den sieben im Bildungsplan vorgegebenen „politischen Handlungsfeldern“ (Block et al. 2023: 3, 15) zugeordnet. Obgleich im Bildungsplan explizit formuliert ist, dass durch inhaltliche Offenheit „der Einsicht entsprochen [wird], dass eine konsensfähige Festlegung relevanter, zeitloser Inhalte weder fachwissenschaftlich noch fachdidaktisch begründbar ist“ (ebd.: 15), wird

verlangt, dass vier der sieben „politischen Handlungsfelder“, darunter „Demokratie“ „verpflichtend“, bearbeitet werden.

Die Unterrichtsvorschläge folgen einem einheitlichen Aufbau. Zur Orientierung in dieser Arbeit wird in der Regel das „Themenfeld“ genannt, das den „politischen Handlungsfeldern“ aus dem Bildungsplan direkt entspricht. Die einzelnen Materialkarten sind in der Form *Themenfeld A#* angegeben. Der Buchstabe kennzeichnet dabei ein Thema innerhalb des Handlungsfeldes/Themenfeldes. Die Nummerierung ergibt sich in der Regel aus den Phasen *Einstieg*, *Erarbeitung* und *Auswertung/Übertrag*, welche die Materialien eines Themas in zumeist drei mögliche Unterrichtszeiteinheiten aufteilen. So gibt es zu „Arbeitsleben“ die drei Themen A, B und C mit je zwei bis drei Unterrichtszeiteinheiten. Zu jeder Unterrichtszeiteinheit gibt es eine Leitfrage.

Die Kompetenzen, die im Material mitaufgeführt sind, finden sich ebenfalls genauso im Bildungsplan und teilen sozusagen das Themenfeld nur genauer ein. Sie bleiben genau wie der als „Gegenstand der Auseinandersetzung“ bezeichnete Überblickstext über die oben angegebenen Phasen gleich (also für einen Buchstaben über alle Nummern hinweg).

Das Zuordnen in die „politischen Handlungsfelder“ und die feinere Verknüpfung mit den Kompetenzen des Bildungsplans erleichtert durch die Vermeidung unnötiger Kompliziertheit eine Einbettung in eine den Bildungsvorgaben entsprechende Grobplanung des Unterrichts, die ohnehin erwartet werden kann.

Da für eine einzelne Unterrichtseinheit jedoch kaum in Anspruch genommen werden kann, einen Kompetenzbereich hinreichend abzudecken – auch exemplarisch, denn es ist ausgeschlossen, nicht exemplarisch zu lernen – wäre es womöglich ergänzend sinnvoll, noch konkreter anzugeben, welche exakten Kompetenzen erworben werden. In dem Fall der Materialkarten geschieht dies nun nicht über eine konkretere Ausdifferenzierung der Kompetenzen, sondern über die „Leitfrage“, das „Thema“ und „Keywords“.

Erwartungshorizont Ein Erwartungshorizont ist bei dem Material nicht mitgeliefert. Insbesondere relevant wird ein Erwartungshorizont¹² zwar erst bei Prüfungsaufgaben. Um die Kritik konstruktiv zu gestalten, wird in dieser Arbeit jedoch versucht einen pragmatischen, einfachen Erwartungshorizont, also eine Art Lösung zu ergänzen.

¹²Hilfreich kann es sein einen Erwartungshorizont der Zielgruppe anzupassen, im besten Falle dann noch binnendifferenziert, da davon auszugehen ist, dass jede Zielgruppe heterogen ist. Zielgruppenorientierung ist idealerweise über die gesamte Unterrichtsvorbereitung und entsprechend im Unterrichtsmaterial mitzudenken. Gerade Materialvorschläge, die zur Verbreitung gedacht sind und nicht mit einer einzelnen Kohorte im Blick entwickelt wurden, können zwar Vorschläge zur Staffelung beinhalten. Die Zielgruppe kann dann aber sinnvollerweise nur nach „hardfacts“ wie Altersspanne, wahrscheinliche Lernorte und Fortschritt im Bildungssystem (Jahrgang etc.) adressiert werden.

zen. In der Unterrichtspraxis könnte so etwas das Abgleichen beschleunigen und eine weitere Arbeitserleichterung für die Lehrkräfte darstellen.

Da die Aufgaben des Materials meist verhältnismäßig kurz sind und zum Lernen und nicht direkt zum Werten und Messen dienen, wird auf eine weitere Binnendifferenzierung verzichtet. Bei Aufgabenstellungen, deren Antworten sich nicht eindeutig aus dem Quellmaterial ergeben, auf welches die Aufgaben verweisen, sondern die sich erst wesentlich im Partner*innen-, Gruppen-, oder Unterrichtsgespräch ergeben, wird ebenfalls auf eine spekulative Lösung verzichtet.

Operationalisierte Arbeitsaufträge In den Aufgabenstellungen der Materialkarten wird in der Regel mit Operatoren gearbeitet. Der Bildungsplan für Politik an Berufsschulen selbst hat zwar keine Liste der Operatoren (Block et al. 2023). Aber es ist üblich, in der schulischen, politischen Bildung mit Operatoren zu arbeiten. Die Kultusministerkonferenz (2005: 14–18) gibt für Abiturprüfungen in Politik an, welche Operationalisierungen durch ihren Imperativ die jeweilige Schüler*innenaktivität hervorbringen sollen und kategorisiert diese in drei Anforderungsbereiche. Im Bildungsplan für Politik an Gymnasien in Bremen sind die Vorgaben der KMK entsprechend mit einer Operatorenliste umgesetzt (Löwer 2008: 13–14). Die im vorliegenden Material genutzten Operatoren sind vergleichbar.

3.1. Demokratie

Für den Bereich Demokratie sind bisher zwei Themen angeboten:

1. Demokratie A: „Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?“
2. Demokratie B: „Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?“

3.1.1. Demokratie A - „Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?“

Für den Themenbereich „Demokratie A“ (A1 bis A3) wird als Kompetenzbereich angegeben:

Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.

(im Bildungsplan: Block et al. 2023: 16)

Die Leitfragen

1. Demokratie A1: „Welche Erfahrungen mit Arbeitsschutz habt ihr bisher gemacht?“ (S. 78)
2. Demokratie A2: „Wer kümmert sich um den Arbeitsschutz?“ (S. 79)
3. Demokratie A3: „Pro und Contra Föderalismus oder warum ist das Teilen von Macht ein Strukturprinzip demokratischer Herrschaft?“ (S. 80)

teilen das Thema dabei in die drei Karten auf. Ein passend formulierter Schwerpunkt im Bildungsplan dazu ist: „Prinzipien des Föderalismus, mit Blick auf Bremen“ (ebd.: 16).

VIELLEICHT ALLGEMEIN ÜBER BESCHISSENEN VERSIONSVERLAUF VON GESETZEN REDEN?

Gesetze unterliegen zahlreichen Änderungen. In aller Regel werden beschlossene Änderungen von Bundesgesetzen in einem Bundesgesetzblatt (BGBl) veröffentlicht

Beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) findet sich tatsächlich eine nette Übersicht vom „Referenzentwurf“ über den „Kabinettsbeschluss“ bis zum „Abschluss des Gesetzes“. Alle Schriftstücke sind, wie es sein sollte, verlinkt. Der Referenzentwurf vom BMAS ist dabei einfach brav als PDF anzutreffen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2020). Die Drucksache des Bundestages hingegen ist kopiergeschützt, wtf (Deutscher Bundestag 2020)? Das Bundesgesetzblatt ist zwar ein eher nur maschinenlesbarer Link, aber hat immerhin einen netten Viewer mit ziemlich guter Suchfunktion integriert und ist damit nicht kopiergeschützt (Bundesgesetzblatt 2020 Teil I Nr. 67 2020).

Gesetze sind komplex und kompliziert. Umso wichtiger mag es erscheinen, in Material, welches für die Verbreitung gedacht ist, nicht auf Korrektheit zu verzichten – auch nicht im Tausch gegen Verständlichkeit.

Der Einführungstext (S. 78) stellt mehrere Daten dar, ohne diese weiter zu belegen. Die angesprochenen Gesetze sind immerhin noch eindeutig zu identifizieren. Das Grundgesetz ist als „(GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus)“ aufgenommen und schon ohne die „Keywords“ gut aufzufinden. Wobei auch hier ein Bezug auf die Version angebracht wäre. Auch das Grundgesetz wird immer mal wieder geändert.

Weiter wird ein Gesetz in folgender Form genannt:

Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetze)

In der Angabe ist dankbarerweise ein Datum angegeben, welches jedoch leider irreführend ist. Das angesprochene Gesetz, kurz auch Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG),

ist 1996 erlassen worden¹³. Die betreffende Änderung ist ebenfalls nicht 2021, sondern noch rechtzeitig 2020 erlassen worden. Das Inkrafttreten der maßgeblichen Änderung für die im Text angesprochenen „Mindestbesichtigungsquote“ ist durch eine Ergänzung in Absatz 1 und das Anfügen von Absatz 1a in §21 durch Artikel 1 ist nach Artikel 11 nun allerdings tatsächlich am 01.01.2021 (Bundesgesetzblatt 2020 Teil I Nr. 67 2020: 3334–3343).

Mein Verbesserungsvorschlag zur Korrektur und Vereinheitlichung mit der Kurzangabe des Grundgesetzes ist z. B. folgende Formulierung:

Zu 2021 wurde das Arbeitsschutzgesetz¹⁴ geändert, sodass es jetzt eine Mindestbesichtigungsquote enthält. Bis 2026 sollen mindestens 5 % aller Betriebe abgedeckt sein (ArbSchG §21 (1a))(→ Bundesgesetze).

Auch wenn es wonöglich mit minimalistischen Layout Vorstellungen kollidieren mag, ist zu überlegen, ob es im Bildungsbereich nicht angebracht ist, Fußnoten o. Ä. für hinreichende Quellenangaben einzubinden (wie z. B. in Fußnote 14).

Später im Text wird angegeben, dass „die Quote bei nur etwas über zwei Prozent [liegt], wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden.“ Leider ebenfalls ohne Quelle.

Erwartungshorizont: Demokratie A1 Einstieg (S. 78)

AUFGABE 1 a) Mindestens das Wort „Arbeitsschutz“ und die Möglichkeit UV-Strahlung bedingten Krankheiten vorzubeugen sollten erwähnt sein.

AUFGABE 1 b) Z. B. Sonnenschutzmittel stellen (Sonnencreme etc.), persönlichen Sonnenschutz stellen (Kopfbedeckungen, passende Kleidung), Sonnenschutz durch bauliche Maßnahmen o. Ä. (Fensterglas mit UV-Schutz, Sonnensegel, beschattete Pausenmöglichkeit), verantwortliche Personen bestimmen, welche auf Sonnenpause und persönlichen Sonnenschutzmaßnahme achten. Besonders spannend wäre, das Auftragen von Sonnenschutz explizit in der Arbeitszeit stattfinden zu lassen.

AUFGABE 2 a) Angebotsvorsorge bei mindestens einer Stunde draußen arbeiten (außerhalb des Winters) und das Stellen einer Betriebsärzt*in sollte erwähnt sein.

¹³Stand 18.06.2025 ist folgendes die aktuelle Version: „Arbeitsschutzgesetz vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1246), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist“.

¹⁴*Arbeitsschutzgesetz* vom 7. August 1996 Änderung durch *Gesetz zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz)* Vom 22. Dezember 2020 veröffentlicht im *Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020 Teil I Nr. 67, ausgegeben zu Bonn am 30. Dezember 2020* S. 3334–3343.

AUFGABE 2 b) Die Beschäftigungsfähigkeit als Voraussetzung Gesellschaft zu gestalten und nicht in prekäre Lebenssituationen abzurutschen könnten erwähnt werden. Aufklärung könnte als notwendige Voraussetzung genannt werden, um diese Ziele zu erreichen.

AUFGABE 3 Mindestens ein Aspekt sollte erwähnt sein. Z.B. Mir wurde Arbeitsschutz bisher noch nie im Betrieb bewusst gemacht. Wenn das der Fall sein sollte, sollte die Verbindung gezogen werden, dass wahrscheinlich auch im eigenen Betrieb Prävention passieren könnte. Ansonsten könnten die gemachten Erfahrungen als Aufklärung (Erinnerung an die Bedeutung von regelmäßigem Aufstehen bei Büroarbeit etc.) oder konkrete Prävention identifiziert werden (z. B. Schutzausrüstung, Stehschreibtisch etc.).

Demokratie A1 Einstieg: „Welche Erfahrungen mit Arbeitsschutz habt ihr bisher gemacht?“ Die Aufgaben 1 und 2 (S. 78) beziehen sich auf zwei Texte aus *M1* und *M2* und operationalisieren schriftliche Einzelaufträge in den Aufgabenbereichen II - III durch *erläutern*, *skizzieren* und *erklären*. Aufgabe 3 operationalisiert mit *erläutern* und *diskutieren* m. E. doppelt und im falschen Aufgabenbereich. Die Operatoren sind zwar selbst in unterschiedlichen Anforderungsbereichen (II bis III), aber ich würde argumentieren, dass die geforderten Tätigkeiten von *erläutern* ohnehin unter Voraussetzung für *diskutieren* subsumiert werden können und daher eher verwirren:

- Diskutieren: „Zu einem Sachverhalt, zu einem Konzept, zu einer Problemstellung oder zu einer These etc. eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt“
- Erläutern: „Wie erklären, aber durch zusätzliche Informationen und Beispiele verdeutlichen“
- Erklären: „Sachverhalte durch Wissen und Einsichten in einen Zusammenhang (Theorie, Modell, Regel, Gesetz, Funktionszusammenhang) einordnen und deuten“

(Löwer 2008: 13–14)

Andererseits mag es helfen, durch die kleinschrittigere Strukturvorgabe die Arbeitsanweisungen zu gliedern. Dann wäre es jedoch womöglich hilfreich, allgemein mehr Strukturvorgaben in die Aufgabenstellung einzubauen. Der Auftrag, seine eigenen Erfahrungen mit Arbeitsschutz darzustellen, ist in erster Linie eine Aufzählung und die Sortierung von Erinnerungen. Im zweiten Schritt können die Erinnerungen dann mit den Implikationen aus *M1* und *M2* in Zusammenhang gebracht werden. Das könnte kleinschrittig wie folgt aussehen:

Zähle deine Erfahrungen mit Arbeitsschutz an deinem Arbeitsplatz *auf*.

Erläutere deine Erfahrungen mit Arbeitsschutz in Bezug die Implikationen aus *M1* und *M2*.

Da diese Phase als „A1 Einstieg“ mit 15' Dauer veranschlagt ist, wäre von der Lehrkraft ohnehin die Transferleistung gefordert, den Schüler*innen einen Hinweis zu geben, dass die Aufgaben 1 bis 3 jeweils nur mit ein bis drei Sätzen beantwortet werden sollten.

Den Abschluss bildet die Vier-Ecken-Methode. Sie wird erklärt mit: „Ihr geht zu der Ecke, die Eurer Ansicht am ehesten entspricht“. Die vier vorgeschlagenen Ecken beschreiben jedoch eher nach Level gegliederte Erfahrungen in Bezug auf Sicherheitsvorkehrungen. Das bleibt m. E. ein wenig unklar → Umformulierungsvorschlag:

Ihr geht zu der Ecke, die Euren gemachten Erfahrungen am ehesten entspricht.

Besonders die Vier-Ecken-Methode bringt für einen Einstieg auch die hilfreiche körperliche Aktivierung mit sich und erzwingt damit ein unvermeidbares Mindestmaß an Aufmerksamkeit.

Eine präzise auf die Lernziele des Einstiegs bezogene Kompetenz könnte folgendermaßen formuliert werden:

Die Schüler*innen können ihre Erfahrungen mit Arbeitsschutz nennen und grob mit dem Regelwerk der Bundesrepublik Deutschland in Beziehung setzen.

Erwartungshorizont: Demokratie A2 Erarbeitung (S. 79)

AUFGABE 1 a) Mögliche Phasen, mindestens fünf:

1. Einführung (?)
2. Industrialisierung, Arbeitsschutz beginnt Thema zu werden
3. Erster Weltkrieg, Arbeitsschutz wird „zurückgedreht“
4. Weimarer Republik, Arbeitsschutz wird ausgebaut
5. Machtübernahme der Nationalsozialisten, Deutsche ArbeitsFront (DAF) ersetzt Gewerkschaften
6. Zweiter Weltkrieg, erneut Rückbau des Arbeitsschutzes
7. Nachkriegszeit, technischer und sozialer Arbeitsschutz wird fortentwickelt, viele Normen
8. Arbeitssicherheitsgesetz 1973, Betriebsärzte und Berater für Arbeitssicherheit
9. Arbeitsschutzgesetz 1996, Gefährdungsbeurteilung, Prävention, Unterweisung
10. 2013: psychische Belastungen werden ins Arbeitsschutzgesetz aufgenommen

AUFGABE 1 b)

- *Arbeitsbedingungen* waren schlecht.
- *Arbeiter*innen* haben Forderungen gestellt.
- *Gesetze* regeln zunehmend die Bedingungen von Arbeit und nehmen vermehrt Arbeitgebende in die Pflicht.
- *Verbesserungen* werden über Zeit schrittweise erzielt und in den Weltkriegen wieder ausgesetzt.

AUFGABE 2

- § 3 Grundpflichten des Arbeitgebers
- Die Bundesregierung
- Die zuständigen Landesbehörden
- Die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen (Staatliche Aufsichtsbehörde) der Senatorin für Gesundheit, Frauen, Verbraucherschutz (oberste Landesbehörde im Arbeitsschutz mit Dienst- und Fachaufsicht)¹⁵

AUFGABE 3 a) Aufgabe 3 ist noch in Bearbeitung. M3 steht noch aus.

AUFGABE 3 b) In Bezug auf den Einführungstext kann die schwankende aber tendenziell angestiegene Beschäftigungsquote erwähnt werden. 2022 lag sie bei etwa 4,8 % ($1100 \div 23000 \approx 0,0478$). Das *Gewerbeaufsichtsamt* hat damit fast das nach ArbSchG §21 (1a) angestrebte Mindestniveau von 5 % erreicht.

AUFGABE 3 c) Das ein *Bundesgesetz* von *Landesbehörden* – im Falle Bremens von der *Gewerbeaufsicht* – umgesetzt werden muss, indem die einzelnen Betriebe im *Land* kontrolliert werden, ist ein Beispiel für Politikverflechtung im Föderalismus.

Demokratie A2 Erarbeitung: „Wer kümmert sich um den Arbeitsschutz?“ Aufgabe 1 (S. 79) bezieht sich auf ein Video, in welchem die Entwicklung des Arbeitsschutzes in Deutschland beschrieben wird. Dadurch wird Abwechslung in der Medienauswahl erreicht, indem nicht nur Symbolsprache geschriebener Text, sondern Symbolsprache gesprochenes Wort in Verbindung mit Bildern als audiovisuelle Komposition angeboten wird.

In AUFGABE 1 a) wird Abwechslung durch Partner*innenarbeit geschaffen. Es wird wieder vielseitig mit Operatoren gearbeitet, die Aufgabe richtet sich aber hauptsächlich auf das Wiedergeben und Ordnen der Inhalte des Videos.

In AUFGABE 1 b) soll „*Arbeiter:innen*“ verwendet werden. Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit der „*Arbeiter:innen*“ kommt lediglich an einer Stelle im Video deutlich rüber – als der Rat der Volksbeauftragten den 8h Tag auf Druck der

¹⁵<https://www.gesundheit.bremen.de/gesundheit/arbeitsschutz-46085> (29.06.2025)

Arbeiterbewegung einführt. Das Video fokussiert sich eher auf die Geschichte der Umsetzung von Arbeitsschutz durch Recht und beleuchtet die gesellschaftlichen Umstände als Mißstände, ohne weiterzugehen und möglichen Arbeitskampf zu thematisieren.

Aufgabe 2 ist ein kurzer Rechercheauftrag zu verschiedenen Paragraphen des Arbeitsschutzgesetzes, der mit Hilfe des Internets erledigt werden soll. Damit wird wieder das Medium gewechselt und Internetrecherche zu Gesetzen angestoßen. Hier wäre eine Möglichkeit über das Üben von Internetrecherchen hinaus auch das Angeben von (Internet-)Quellen zu üben und, womöglich im Plenum, die Überprüfung der Vertrauenswürdigkeit von Quellen näher zu beleuchten. Gesetze sind nicht trivial und auf diversen Websites erwähnt. Es gibt neben verschiedenen staatlichen Quellen auch private Anbieter. Grundsätzlich ist das Internet mit verschiedenen Suchmaschinen, deren ausgeklügelten Algorithmen und seit einer Weile auch der Aufdrängung von Ergebnissen mit generativer Künstlicher Intelligenz (KI) durch Large Language Model (LLM)

AUFGABE 3 a) M3 ist noch nicht eingefügt. Die Aufgabe zielt aber wieder auf Aufgabenbereich 1 ab. Ein Text wird gelesen und bestimmte Informationen sollen eigenständig wiedergegeben werden.

Erwartungshorizont: Demokratie A3 Auswertung/Übertrag (S. 80)

AUFGABE 1 a) Es sollten etwa vier von diesen Vor- und Nachteilen erwähnt sein – Kausalketten für die Ähnlichen müssen nicht genauso auftauchen:

- Aufteilung von Macht → Gegenseitige Kontrolle → Geringeres Risiko von Machtausnutzung
- lokale Expertise → viele, unter Umständen (u. U.) verschiedene Ideen
- Ähnliche Aufgaben werden womöglich mehrmals gemacht → das ist teuer
- uneinheitliche Regelungen → anderes Bundesland, man muss womöglich neue Regeln lernen

AUFGABE 2 a) Eine Erläuterungs-Möglichkeit wäre, dass durch die ortsspezifischen Umsetzungen, verschiedene Ideen parallel evaluiert werden können. Wettbewerb als Chance sollte erwähnt sein.

AUFGABE 2 b) Es wird empfohlen das Konservieren und Angeben von Quellen im Rahmen dieser Aufgabe zu thematisieren. Es bietet sich an, Hinweise zum Auffinden von Gesetzen zu geben. Z. B. könnte Grundgesetz Artikel 73 erwähnt werden.

AUFGABE 3 —

Demokratie A3 Auswertung/Übertrag: „Pro und Contra Föderalismus oder warum ist das Teilen von Macht ein Strukturprinzip demokratischer Herrschaft?“ Aufgabe 1 (S. 80) hat nur Teil a) und ist damit uneinheitlich zu z. B. Aufgabe 3, wo keine Teilaufgabe angegeben ist. Das könnte verwirrend sein, ist jedoch wohl dem Entwurf-Zustand des Materials geschuldet.

Wie schon in Demokratie A1 ist in Aufgabe 2 wieder eine Internetrecherche-Aufgabe enthalten. Wenn das Material konsequent benutzt wird, bieten solche fortlaufenden Arbeitsaufträge, mit ähnlicher Struktur, die Möglichkeit zu üben und Routinen zu etablieren. Das hat dann auch die Chance Recherche- und damit verbundene Quellen-, also Medienkompetenzen auszubauen und die Effizienz ähnlicher Aufgabentypen zu steigern.

Aufgabe 3 bringt wieder körperliche Aktivierung und bietet zum Vergleich von vorher zu nachher eine anschauliche Möglichkeit, Unterschiede die durch eine Diskussion entstehen, oder auch ableiben können, darzustellen.

3.1.2. Demokratie B - „Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?“

Der am Bildungsplan orientierte Kompetenzbereich für den zweiten Lehrvorschlag lautet: „Die Schüler:innen sind in der Lage unterschiedliche demokratische Entscheidungsverfahren zu reflektieren und zu beurteilen.“ (Block et al. 2023: 16).

Die Leitfragen dazu sind:

1. „Was denken eure Mitschüler:innen über das Thema Wahlen?“ (S. 82)
2. „Wer geht eigentlich wählen und warum ist das ein Problem?“ (S. 83)
3. „Warum wird in einer Demokratie gewählt?“ (S. 84)

Als Schwerpunkt ließe sich „Möglichkeiten der politischen Beteiligung und demokratischen Willensbildung“ identifizieren (ebd.: 16).

Erwartungshorizont: Demokratie B1 Einstieg (S. 82) AUFGABE 1 —

AUFGABE 2 Zur Darstellungsform ist die technische Ausstattung der Schule zu beachten. Womöglich bietet es sich hier an, das Arbeiten mit Tabellenkalkulationsprogrammen und Präsentationssoftware aufzugreifen. Eine Wiederholung zu Säulendiagrammen und Bruch- bzw. Prozentrechnung könnte angebracht sein.

Demokratie B1 Einstieg: „Was denken eure Mitschüler:innen über das Thema Wahlen?“ (S. 82) Die Durchführung einer Umfrage in Aufgabe 1 ist durch die Teilaufgaben relativ kleinteilig gegliedert und mit Hinweisen versehen. Es könnte sinnvoll sein eine Antwortoption in Richtung: *Ich habe noch nie wählen können*,

habe es aber vor, sobald ich kann miteinzubauen. Auch wenn viele Schüler*innen über 16 Jahre alt oder gar volljährig sind, kann es durch die Wahlperioden durchaus vorkommen, dass diese noch nicht Wählen konnten. Der Einfachheit halber ließe sich das mit *Ich gehe wählen/möchte wählen gehen. & Ich gehe nicht wählen/möchte nicht wählen gehen.* In die bestehenden zwei Antwortmöglichkeiten integrieren.

„Welches Ergebnis, welche Antworten habt ihr so erwartet?“ aus Aufgabe 2, sollte womöglich schon in Aufgabe 1 auftauchen und vor der Durchführung beantwortet werden. Die Kompetenzen, welche in dieser Aufgabe liegen, könnten mit einer derartigen Herangehensweise strukturell einem wissenschaftlichen Prozess weiter angeglichen werden, bei dem Hypothesen geprüft werden. Natürlich beinhaltet der wissenschaftliche Prozess idealerweise eine gewisse iterative Abwechslung: Von der Formulierung eines Erkenntnisinteresses, welches möglicherweise durchaus induktiv, vom Besonderen auf das Allgemeine, schließen möchte, um daraus Hypothesen zu formulieren, welche dann dann wiederum eher deduktiv versuchen einen allgemeingültigen Satz zu falsifizieren. Durch die starke Strukturvorgabe von derartigen Aufgaben in der Schule, wird ein solcher Prozess nur näherungsweise dargestellt. Den Blick auf die Meta Ebene nicht zu verlieren und das meiste rauszuholen, schadet an dieser Stelle aber bestimmt nicht.

Als eine Aufgabe, die aus dem Klassenraum und dem Kursverband herausführt, bietet diese Aufgabenstellung Abwechslung und führt leicht spielerisch an Umfragen und Statistik heran.

Erwartungshorizont: Demokratie B2 Erarbeitung: (S. 83)

AUFGABE 1 a) & AUFGABE 1 b)

- Karte 1 Wahlbeteiligung pro Ortsteil in %. Mehr ist dunkler eingefärbt.
- Karte 2: Arbeitslosenquote pro Ortsteil in %. Mehr ist dunkler eingefärbt.
- Arbeitslosenquote niedriger → Wahlbeteiligung höher. Die Karten ergänzen sich ein wenig wie ein Puzzle.

AUFGABE 2 a) Ein Mensch und eine übergroße, stilisierte Wahlurne sind zu sehen. Der Mensch zählt mehrere Dinge auf, die wichtig sind, Wählen ist nicht dabei.

AUFGABE 2 b) Zum Vergleichen und Einordnen von möglicherweise über den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Nicht-Wählen hinaus gehenden Ergebnissen könnte die Studie zu Nichtwählenden der Friedrich-Ebert-Stiftung herangezogen werden (Hagemeyer et al. 2023). Darin wird zwischen den sechs Typen unterschieden: Die Zurückgekehrten, Die Vergesslichen, Die Berechnenden, Die Krisengestressten,

Die Gleichgültigen & Die Wütenden (ebd.: 11–13)¹⁶.

AUFGABE 3 a) „Je höher die *Arbeitslosenquote*, desto niedriger ist die *Wahlbeteiligung* innerhalb eines *Stadtteils*.“

AUFGABE 4 Für die Einordnung möglicher Gründe s. bei Aufgabe 2 b).

Demokratie B2 Erarbeitung: „Wer geht eigentlich wählen und warum ist das ein Problem?“ (S. 83) Die Trennung in Teilaufgaben a) und b) in der ersten Aufgabe ist etwas gedoppelt. Wer in Teilaufgabe a) „Notiere was du dort alles herausfinden kannst.“ gewissenhaft durchführt, wird dann auch b) schon beantwortet haben.

In Aufgabe 1 b) und Aufgabe 3 a) (S. 84) wird sich auf die gleiche Korrelation von Wahlbeteiligung zu Arbeitslosenquote bezogen – einmal für die Bürgerschaftswahl in Bremen 2023 und einmal für die Bundestagswahl 2021¹⁷. Diesen Bezug explizit herzustellen wird durch die Aufgabenstellungen nicht angestoßen. Es ist von der Fähigkeit der Schüler*innen oder der Lehrkraft abhängig, denn es könnte sinnvoll sein, das nicht nur implizit im Raum stehen zu lassen.

Die Karikatur aus *M2* hat keinen direkten Bezug zu den „Strukturindikatoren“¹⁸ wie der Arbeitslosigkeit.

Aufgabe 3 hat wieder nur eine Teilaufgabe.

Erwartungshorizont: Demokratie B3 Auswertung/Übertrag (S. 84)

AUFGABE 1 a) Sowohl *bing* als auch *google* geben in ihrer KI-Zusammenfassung einen Enzyklopädie-artigen Beitrag von der Website *Profession Politische Bildung* des *Bundesausschuss Politische Bildung e. V. (bap)*, gefördert von der bpb, als Quelle an. Dort lässt sich herauslesen, dass Selbstwirksamkeit der Glauben daran ist, dass die eigenen Handlungen einen Unterschied machen (Hufer 2022). In der Goggle Suche wird z. B. auch für die deutschen Ergebnisse die Wikipedia¹⁹ Seite zu *political efficacy* herangezogen. Dort wird der Zusammenhang zu *political responsiveness* gezogen und in *interne* und *externe political efficacy* unterschieden. Wobei die *interne* dem Glauben an das eigene Verständnis von Politik und die Möglichkeit zu Partizipieren entspricht, wohingegen sich die *externe* darauf bezieht, ob Repräsentant*innen es tatsächlich schaffen, die Interessen der Bürger*innen durchzusetzen.

¹⁶Die Website zur Studie wird auch auf der Website mit *M3* verlinkt.

¹⁷In Bremen für 88 Ortsteile (5 davon ohne Daten), für das Bundesgebiet sind 979 Stadtteile die Bezugseinheit.

¹⁸Zu *M1* gibt es noch weitere Möglichkeiten Karten anzeigen zu lassen. Wie bspw. „Abiturienten/-innen der allgemeinbildenden Schulen in Bezug auf einen Durchschnittsjahrgang der Bevölkerung zwischen 17 und 21 Jahren“. Auch dort ist der Korrelationskoeffizient mit $r = 0,7$ hoch (Wahlbeteiligung zu Arbeitslosenquote $r = -0,8$).

¹⁹https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Political_efficacy 02.07.2025

AUFGABE 1 b) Gerade mit der vorhergehenden Einheit *Demokratie B2* bietet es sich an auf mögliche Faktoren für ein geringes Selbstwirksamkeits-Empfinden wie *Arbeitslosigkeit*, *Bildungsferne* oder *Armut* zu sprechen zu kommen.

AUFGABE 2 a) Hinweis: Das Interview ist in M1, auch wenn in der Aufgabe M2 steht. Das Interview wird aber sozusagen in der Präsentation (M2) zusammengefasst. Die Hauptaussagen von M1 und M2 sind:

- Mitbestimmung im Betrieb lässt Selbstwirksamkeit erfahren.
- In Betriebsräten werden politische Fähigkeiten trainiert. (Forderungen formulieren, Verhandeln, öffentlich Sprechen)
- Das kann sich auch auf die „parlamentarische Demokratie“ auswirken (*spill-over Effekt*)
- Menschen mit mehr Geld und Ressourcen wählen eher als Menschen mit wenig.
- Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft dürfen lediglich kommunal wählen.
- Wenig politische Partizipation ist für die demokratische Legitimation bedenklich.
- Frauen sind durch Einbindung in Care-Arbeit weniger in Betriebsräten vertreten.
- Lösungsansätze:
 - Betriebliche Mitbestimmung stärken
 - Schnellere Einbürgerungen
 - In Betriebsräten dürfen auch Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mitentscheiden.
 - Repräsentation in den Entscheidungsgremien von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte ausbauen.

AUFGABE 2 b) *Politische Selbstwirksamkeit* wird durch Betriebsräte gestärkt. Dadurch wählen die Menschen eher und auch eher in ihrem Sinne. Das verringert Zustimmung zu extremen und menschenfeindlichen Positionen.

AUFGABE 2 c)

- Frauen sind insbesondere durch zeitliche Eingebundenheit in Care-Arbeit seltener in Betriebsräten vertreten.
- Menschen in Betriebsräten wird häufig wenig Dankbarkeit entgegengebracht.
- Sie müssen jedoch viele verschiedene Themen unter wachsendem Zeitdruck abarbeiten.

- Sie gestalten aber demokratisches Miteinander im Betrieb, können damit Arbeitsbedingungen verbessern und stellen durch die Selbstwirksamkeitserfahrungen im Betrieb die Weichen für Teilhabe an der parlamentarischen Demokratie.

AUFGABE 2 d) Positive selbstwirksame Erfahrungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit sich zu beteiligen.

AUFGABE 3 Tipps für Argumente?? Pro:

- Demokratische Legitimation steigt.
- Ansichten von unterrepräsentierten Gruppen haben eine geringere Chance umgesetzt zu werden.
-

Contra:

- Dumme Menschen entscheiden dumme Sachen
-

Demokratie B3 Auswertung/Übertrag: „Warum wird in einer Demokratie gewählt?“ Aufgabe 1 (S. 84) verlangt wieder eine Internetrecherche und weist dieses Mal direkt auf die Notwendigkeit hin, alle Quellen anzugeben. Da KI-Antworten von mehreren verbreiteten Suchmaschinen ganz oben platziert werden, ist die Kompetenz der Lehrkräfte gefordert einen guten Umgang damit beizubringen.

In *M1* von *Arbeitsleben C2* erwähnt die Interviewte Martina Zandonella eine Studie zu *political responsiveness* (Elsässer et al. 2017). Die mögliche Verbindung von einem geringen Empfinden politischer Selbstwirksamkeit zu tatsächlich nachgewiesener geringerer Responsivität für finanziell schlechter Gestellte (ebd.), könnte an dieser Stelle hervorgehoben werden. Z. B. mit Hinweis für die Lehrkraft, dass die Materialien von *Demokratie B3* und *Arbeitsleben C2* gut zusammenpassen oder einer weiteren Aufgabe, welche den Zusammenhang expliziter werden lässt.

Innerhalb von *M2* ist nur die Harvard-Style In-Text-Zitation zu finden, ohne am Ende eine Folie mit den kompletten Literaturverweisen anzubieten. Das zweite zitierte Werk ist wahrscheinlich dieses: Probst et al. (2022).

Handlungsfeld Demokratie – Ausblick Die aus dem Bildungsplan übernommene Kompetenzformulierung: „Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.“ ist, wie auch in Abs. 3 (S. 29) erläutert, durch das Thema: „Föderalismus und Arbeitsschutz - Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?“ eingegrenzt.

Eine Eingrenzung ist zwar zwingend notwendig, dennoch wäre es im Rahmen des Handlungsfeldes Demokratie auch spannend gewesen eine kontroversere Betrachtungsweise der bestehenden Systeme zu explorieren. Auch zum Thema Föderalismus ließe sich in Frage Stellen, inwiefern dieser als eine Form der Machtverteilung tatsächlich zu einem „Mehr“ an Demokratie führt oder ob andere, weniger Regelwerk aufblähende Stellschrauben, nicht wesentlicher wären.

Im Grundgesetz ist der Föderalismus zwar eindeutig festgeschrieben (insbesondere z. B. Artikel 70 oder Artikel 83 & 84) und auch Roland Sturm (2021: 397) erwähnt in seinem Zeitschriftenartikel mit dem einschlägigen Titel „Föderalismus“ – wie auch *M2* von *Demokratie A3* (S. 80) – Winfried Kretschmann als Befürworter des Föderalismus. Allgemein liest sich der Beitrag wie auch der Subtext von *Demokratie A* als positiv gegenüber dem Föderalismus. Aber Sturm konstatiert auch: „Deutschland ist ein föderaler Staat ohne Anhänger des Föderalismus geworden.“ (ebd.: 397) und schreibt zur Berichterstattung während der Corona-Krise: „Dass in der öffentlichen Diskussion ein Beratungs- und Koordinierungsgremium als Essenz des Föderalismus wahrgenommen wurde, sagt viel über die Qualität der politischen Bildung“. Aus seiner Sicht ist die Beschäftigung mit den Chancen des Föderalismus an (Berufs-)Schulen daher wahrscheinlich eine sinnvolle.

Die Verhältnisse verstehen zu lernen, bevor sie als veränderbar und *nicht(!)* alternativlos herausgestellt werden, mag als angebracht empfunden werden. Insbesondere im Hinblick auf das Ziel einer durch Rückhalt des Volkes legitimierten Demokratie und einer gewissen Mitwirkungspflicht der Bildungsinstitutionen zum Erreichen dieses Ziels.

Mit der begrenzten Zeit, die der politischen Bildung zur Verfügung steht, stellt sich jedoch die Frage, ob nicht ein konfliktorientierter Unterricht, der den Status quo herausfordert, ebenfalls gewinnbringend sein könnte. Andere Möglichkeiten wie direktere Demokratie als mögliche, wenn auch wenig praktizierte Alternative, welche auch eine Form von „vertikaler Gewaltenteilung“ darstellen könnte, böte bei der „Dominanz von Parteien in der deutschen Parteiendemokratie.“ (Sturm 2021: 401) jedenfalls reichlich Konfliktpotential.

Kontroverse Betrachtungen des Status quo sind dann mit dem darauffolgenden Thema Wahlen in *Demokratie B* schon im Material selbst angelegt. Die Legitimation von Demokratie durch ungleiche Wahlbeteiligung und ungleiche Repräsentation macht eine Konfliktlinie auf und fordert damit auch den aktuellen Zustand heraus. Die Transferleistung mit Rückbezug auf den Föderalismus ist aber von den Schüler*innen selbst zu vollbringen oder von der Lehrkraft außerhalb der vorgezeichneten Aufgaben des Materials anzustoßen.

Aufgegriffen wird das Konflikthafte von fehlender Repräsentation dann in einigen Materialkarten (z. B. C2) des nächsten Handlungsfeldes *Arbeitsleben*.

3.2. Arbeitsleben

Es sind drei Themen für das Handlungsfeld Arbeitsleben vorbereitet:

1. „Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?“
2. „Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?“
3. „Mitbestimmen oder nur dabei sein?“

3.2.1. Arbeitsleben A – „Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?“

Der Kompetenzbereich aus dem Bildungsplan ist:

Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.

(Block et al. 2023: 18)

Die Leitfragen teilen das Thema in A1 und A2 auf:

1. „Was ist Einkommensarmut und wie kann sie erklärt werden? Welche Leistungen kann ich in Bremen beantragen, wenn ich von Einkommensarmut betroffen bin?“ (S. 85)
2. „Wie viel verdienen Arbeitnehmer:innen in Bremen und welche (politischen und wirtschaftlichen) Maßnahmen würden die Situation am Arbeitsmarkt verbessern?“ (S. 86)

Der Einführungstext ist in weiten Teilen ein Zusammenschnitt von Zitaten aus *M1*. Das wird aktuell leider noch nicht deutlich. Gerade bei harten Fakten, wie Zahlen für Statistiken, sollten Quellen vernünftig angegeben sein. Denn je nach Erhebungsmethode sind die Zahlen entsprechend nicht vergleichbar oder können für – bewusst oder unbewusst – irreführende Darstellungen ge- oder missbraucht werden. In *M1* von der ANK wird genau so ein Umstand sogar hervorgehoben²⁰. In *M1* selbst werden die Quellen zwar genannt, aber leider in einer Form, dass bei einer Überprüfung noch viel eigene Recherche notwendig wäre²¹.

²⁰vgl. „Achtung: Aufgrund einer Umstellung bei der Erhebung des Mikrozensus sind die Daten zu Einkommensarmut und Mindestsicherung vor 2020 nicht mit den Daten nach 2020 vergleichbar!“ <https://www.arbeitnehmerkammer.de/statistik/soziale-lagen.html> (04.07.2025)

²¹Die Quellen sind mit: „Amtliche Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder“ oder „Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Agentur für Arbeit“ angegeben. Direkte Angaben zur jeweiligen Veröffentlichung und zum Fundort sind dann leider nicht mehr enthalten. Als gesetzlich festgeschriebene Institution ist die ANK zwar vergleichsweise vertrauenswürdig. Aber auch vertrauenswürdigen Menschen können Fehler unterlaufen, weshalb Angaben überprüfbar sein sollten.

Erwartungshorizont: Arbeitsleben A1 Einstieg (S. 85) AUFGABE 1 Teil 1

- Von Einkommensarmut betroffen sind Menschen, die weniger Einkommen als 60 % des Medianeinkommens haben (kann sich je nach Haushaltsgröße unterscheiden).
- Arbeitslos gemeldete Menschen, müssen noch nicht einkommensarm sein. In der Theorie können sie bspw. Einkommen aus anderen Quellen beziehen (in der Regel (i. d. R.) Vermögen, wie Immobilien oder Aktien) und wären entsprechend auch nicht leistungsberechtigt. In der Praxis werden derartige Privatiers sich aber nicht arbeitslos melden. Arbeitslose sind daher meist auch Arbeitslosengeld Beziehende, eine Form der Mindestsicherung.
- Unter Mindestsicherung wird nicht nur Arbeitslosengeld, sondern z.B. auch Aufstockungsbeträge für Erwerbstätige, Rentner*innen oder Grundsicherung für nicht arbeitsfähige Menschen verstanden.

AUFGABE 1 Teil 2 Die im Interview angesprochenen Punkte sind:

- Löhne sind nicht ausreichend gestiegen
- abnehmende Tarifbindung
- Konkurrenz um knappen Wohnraum mit Wohlhabenderen
- Häufig Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte ohne Kapital, mit nur ihrer Arbeitskraft
- Kluft zwischen Arm und Reich wächst
- Wohnen und Vermögensaufbau ließe sich politisch verändern
- Gewerkschaften haben Probleme
- Viele Menschen arbeiten alleine für sich verantwortlich (z. B. Honorarkräfte). Das erschwert solidarische Organisation.

Darüber hinaus könnten Kausalketten hervorgehoben werden, wie bspw.

- geringerer Organisationsgrad und geringeres gewerkschaftliches Engagement → weniger Arbeitskampf und Solidarität → Tarifbindung nimmt ab
- Berufswahl von kulturell bedingt schlechter bezahlten Berufen → Care Berufe sind bspw. in Verbindung zu patriarchalen Strukturen traditionell schlechter bezahlt – Körperliche Berufe mit geringerem Organisationsgrad der Beschäftigten sind traditionell gerne mit Menschen aus migrantischen Strukturen besetzt (z. B. Baugewerbe, Reinigung, Lieferdienste)
- Care Arbeit wird traditionell eher von Frauen übernommen
- Care Arbeit öffnet die Türen zur „Teilzeitfalle“

AUFGABE 2 Bis zu 1200 € Brutto kann ein Betrag anrechnungsfrei bleiben. Dieser setzt sich in jeweils unterschiedlichen Anteilen zusammen: Die ersten 100 €

dürfen zu 100 % behalten werden, von den nächsten 420 € bleiben 20 %, von den folgenden 480 € bleiben 30 % und von den letzten 200 € sind es 10 %. Das Maximum, welches anrechnungsfrei bleibt, wenn man 1200 € oder mehr brutto verdient, ist also: $100\text{ €} + 84\text{ €} + 144\text{ €} + 20\text{ €} = 348\text{ €}$ (Bundesagentur für Arbeit 2025: 59–62).

Das lässt sich überblicksweise auch in vier linearen Funktionen, die jeweils nur für einen Bereich gelten, ausdrücken:

$$f(x) = x \qquad D_f = \{0 < x < 100\} \qquad (1)$$

$$f(x) = 0,2x + 80 \qquad D_f = \{100 < x < 520\} \qquad (2)$$

$$f(x) = 0,3x + 28 \qquad D_f = \{520 < x < 1000\} \qquad (3)$$

$$f(x) = 0,1x + 228 \qquad D_f = \{1000 < x < 1200\} \qquad (4)$$

Zur grafischen Darstellung vgl. auch die Abb. 5 (S. 50).

Arbeitsleben A1 Einstieg – „Was ist Einkommensarmut und wie kann sie erklärt werden? Welche Leistungen kann ich in Bremen beantragen, wenn ich von Einkommensarmut betroffen bin?“ (S. 85) Die Lehrkraft sollte ihre Kohorte gut genug kennen, um abschätzen zu können, inwieweit eine Wiederholung der Konzepte von Median und Durchschnitt angebracht ist. Hier bietet sich die Chance auf Implikationen für Einkommen oder Vermögen zu sprechen zu kommen, wo es in der Regel nach oben um einen größeren Faktor Ausreißer gibt, weshalb dort häufig der Median und nicht der Durchschnitt als Grundlage genommen wird. Durchschnittseinkommen oder Vermögen liegt zumeist weit über dem Median. Diese Sicherheit im Verständnis von Statistik bietet für Medienkompetenz und das Erkennen von „framing“ eine gute Grundlage.

Das Wissen über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit und Mindestsicherung ist in gewisser Weise schon vor dem Zusammentragen im Plenum notwendig. Die dritte Grafik von *M1* könnte sonst bspw. missverständlich sein. Die „Quote Arbeitslosigkeit“ (10,6 %) addiert mit der „Quote Mindestsicherung“ (17,6 %) ergäbe (28,2 %), das entspräche fast der „Quote Einkommensarmut“ (28,8 %). Das Hintergrundwissen, dass als arbeitslos gemeldete Menschen gleichzeitig unter Mindestsicherungsempfänger*innen subsumiert werden, ist hier zum Verständnis notwendig. Der Unterschied zwischen Mindestsicherung und Einkommensarmut lässt sich dann damit erklären, dass auch nicht als arbeitsfähig geltende Menschen Leistungen zur Mindestsicherung erhalten können. Erst damit wird der in *M1* relevante Unterschied zwischen Menschen in Mindestsicherung zu Menschen in Einkommensarmut nachvollziehbar. Gewissermaßen ist diese Voraussetzung des Verständnisses auch gleichzeitig das Ziel der Aufgaben. Da eine Erkenntnis optimalerweise von den Schüler*innen selbst konstruiert wird, ist das

Ansetzen an eine bestimmte Erkenntnis von verschiedenen Punkten aus gewissermaßen Best Practice. Im vorliegenden Fall ist der obige Hinweis also wieder mehr eine Möglichkeit Fehlvorstellungen bereits in der Vorbereitung im Blick zu haben, um möglicherweise *scaffolding* bieten zu können, als eine wirkliche Kritik an den getroffenen Entscheidungen.

Es wird nicht deutlich, wo bei den „Triggerpunkten“ pro und contra liegen sollen. Soll sich dafür ausgesprochen werden, dass Care Berufe schlechter bezahlt werden und Menschen mit Migrationsvordergrund²² bei Lieferando und Uber prekär beschäftigt sind?

In *M2* selbst ist leider kein Datum angegeben. Aus dem Text heraus ist eine Nähe zur Corona Zeit herauszulesen, sowie der Bremer Landesmindestlohn von 12 €. Damit wäre ein Zeitraum vor 2022²³ und nach 2020 anzunehmen. Ein Blick in die URL scheint das zu bestätigen, da es sich danach um die „ausgabe-juliaugust-2021“ des auch gedruckt veröffentlichten Magazins der ANK handelt. Eigentlich eine Lapalie, das Datum des Magazins nicht um den Text herum genannt zu haben, aber dadurch, dass z. B. auf sehr veränderbare Zahlen, wie eben den Landesmindestlohn, Bezug genommen wird, ist eine zeitliche Einordnung relevant. Erst so haben auch Leser*innen mit weniger Hintergrundwissen, eine größere Chance darauf gestoßen zu werden, dass die angesprochenen Fakten im Kontext der Zeit zu sehen sind.

Es können in AUFGABE 3 mehrere Ebenen unterschieden werden, die für Fehler und Missverständnisse sorgen können:

- Die Aufgabe kann pauschal nicht beantwortet werden. Der Bruttolohn für den noch Mindestsicherung zugezahlt wird ist von vielen Faktoren abhängig und auch wenn die meisten der Exemplarität wegen weggelassen werden, bleibt immer noch der individuell berechnete Posten für Wohnraum und Nebenkosten.
- Die Website der Arbeitsagentur gibt falsche Informationen an und sichert sich nicht ab, das wird unten vertieft.
- Die Gesetzgebung an sich ist kompliziert und ausufernd.
- Aufgrund der Komplexität wird der einseitige Infoflyer nur für sehr eingeschränkte Fälle möglich sein. Der Infoflyer der Agentur für Arbeit hat voraussichtlich nicht aus der Intention der Schikane 100 Seiten.

²²Bspw. spricht die schwarze Sängerin Melane auf instagram vom Migrationsvordergrund. Da es zwischen dem migrierten weißen Menschen, wo der Migrationshintergrund nicht direkt sichtbar wird und einer braunen Person, die ihre Haut und ihren Namen kaum verstecken kann, wesentliche Unterschiede gibt. Migrationshintergrund ist als Begriff derartig von rechtsextremistischen Narrativen misbraucht worden, wo es eindeutig um Othering geht, dass ich mich dieser argumentativ gut begründbaren Begriffswahl gerne anschließen möchte.

²³<https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/senat-stimmt-fuer-anhebung-des-landesmindestlohns-auf-12-29-euro-392437>
(06.07.2025)

Insbesondere die ausufernde Aufgabenstellung ließe sich entschärfen, indem Einschränkungen getroffen werden. Die naheliegendsten, um die Aufgabenstellung bearbeitbarer zu machen wären bspw.:

- Alleinstehende und -lebende, volljährige Person mit deutscher Staatsbürgerschaft
- Keine Kinder
- Mietwohnung
- Nur Einkommen aus Arbeit
- Keine anerkannte Behinderung

Diese Einschränkungen haben natürlich die unangenehme Nebenwirkung, dass sie diskriminierend wirken, indem auf von einer empfundenen Norm abweichendere Leben nicht eingegangen wird. Das lässt sich zwar mit der Notwendigkeit eines didaktisch reduzierten Vorgehens begründen, ist aber nicht elegant. Das Spannungsfeld um die Reduzierung der Aufgabe ist ein gutes Beispiel für einen der Gründe, weshalb Regelungen, die für alle gleichermaßen gelten sollen, in einer komplexen Welt ebenfalls ausufernd und komplex werden. Wie viel Zeit eine derartige Betrachtung der Metaebene im Unterricht einnehmen könnte oder womöglich sollte, wird an dieser Stelle nicht weiter exploriert.

Die Website der Arbeitsagentur, also *M3*, lässt sich in mehreren Hinsichten kritisieren:

1. Es geht aus *M3* nicht direkt hervor, weshalb der Absetzungsbetrag 223 € beträgt. Eine Formel (bzw. vier) zur Berechnung ist nicht direkt aufzufinden (vgl. den Erwartungshorizont). Es könnte sogar das Missverständnis entstehen, der Absetzungsbetrag betrüge immer 223 €.

Erst im Downloadbereich findet sich der hundertseitige Infoflyer zum SGB II in dessen Kapitel 9.2 wird nach etwa 60 Seiten erläutert, was anrechnungsfrei bleibt (Bundesagentur für Arbeit 2025: 59–62).

Immerhin beim Download Bereich ist der „Hinweis: Bitte beachten Sie den Stand der Dokumente.“ (vgl. *M3*) angegeben; was zum nächsten Punkt führt:

2. Die Zahlen aus dem Rechenbeispiel sind 2025 falsch. Es findet sich kein Hinweis auf den Stand des Rechenbeispiels.

Im Sozialgesetzbuch (SGB) XII ist eine Tabelle der Regelbedarfsstufen zu finden (Bundestag 2003: Anlage zu §28). Aus dieser lässt sich schließen, dass das Beispiel mit 502 € „für jede erwachsene Person, die in einer Wohnung nach § 42a Absatz 2 Satz 2 lebt und für die nicht Regelbedarfsstufe 2 gilt“, nur im Jahr 2023 galt (ebd.: Anlage zu §28). 2025 sind der Regelbedarf 563 € (ebd.: Anlage zu §28).

Optimalerweise wären die Zahlen des Rechenbeispiels direkt an die in den jeweiligen veröffentlichten Paragraphen veröffentlichten Zahlen gekoppelt. Wobei auch dort die Herkunft angegeben sein sollte. Da das allerdings utopisch erscheinen mag²⁴, folgender Hinweis wie sich das Ganze auch mit reinem Text verbessern ließe:

Direkt unter der Überschrift „Beispiel für die Berechnung des Ergänzungsbetrags“ könnte stehen:

Stand des Beispiels für 2023. Die Zahlen ändern sich regelmäßig. Der aktuelle Regelbedarf ist in der Anlage zu §28 des *SGB XII*²⁵ zu finden.

Die folgende Grafik veranschaulicht wie viel Geld in Abhängigkeit zum Bruttolohn beim Empfang von Arbeitslosengeld für eine kinderlose Person einbehalten werden darf. Es ist auch gezeigt, wie sich die vier Funktionen mit einer einzelnen approximieren ließen. Letzten Endes ließen sich aber auch vier Funktionen so einbinden, dass die Zahlen nach Gesetzesänderungen aktuell bleiben. Weiter unten wird auf den vermutlich nicht willkürlichen Übergang nach 520 € eingegangen. Solche Abhängigkeiten besser einzubinden, würde viel Arbeit einsparen können.

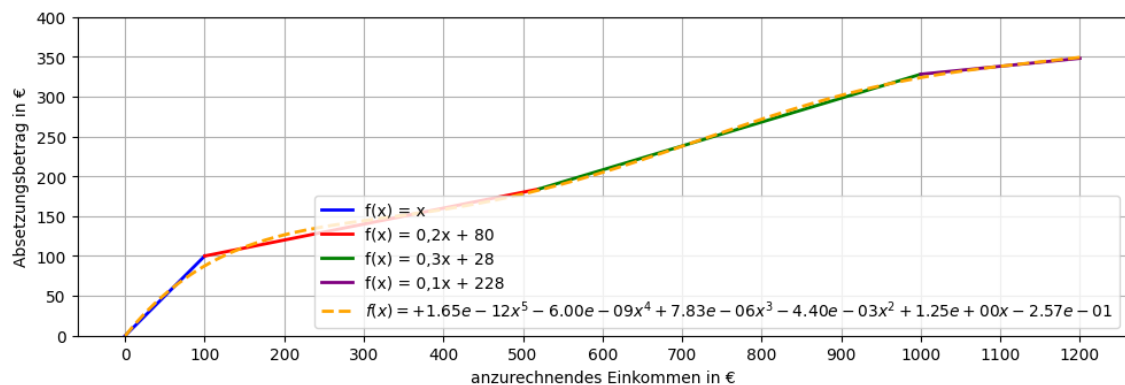


Abbildung 5: Absetzungsbetrag in Abhängigkeit zum Einkommen laut den Angaben aus *M3* und des dort verlinkten Merkblattes (Bundesagentur für Arbeit 2025: 59–62).

Allgemein täte es einigen staatlichen Informationsangeboten gut, sich mehr auf

²⁴... obwohl sich, wie im Erwartungshorizont gezeigt, auch die Bestimmungen in textlastigen Gesetzen als Formeln ausdrücken lassen. Was bspw. an der durch die Formeln und ChatGPT erstellten Abb. 5 (S. 50) zu sehen ist. Vgl. dazu auch die Tabelle 1, S. 93 und den eingegebenen Prompt – es ließ sich in ChatGPT sogar der Python-Code zu der Erstellung des Plots anzeigen.

Wenn es eine Sache gibt, die in der Natur von Code liegt, ist es Berechnungen durchzuführen. Es ist keine weitere Innovation notwendig, um so etwas auf Websites zu implementieren. Außerdem hätten vergleichbare Praktiken für staatliche Websites, richtig umgesetzt, neben der Qualitätsverbesserung die Chance weniger Arbeit in Zukunft zu verursachen.

²⁵Das Hervorgehobene könnte im Einklang mit dem Rest der Website dann als klickbarer Link gestaltet sein. Die Agentur für Arbeit könnte dazu nachfragen, wie stabil die direkte URL https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_12/BJNR302300003.html ist, oder ob lieber nur https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_12/ angegeben werden sollte und sich die Menschen leider noch durcklicken müssen (beide 10.07.2025).

ihre tatsächlichen Quellen zu berufen. Nicht nur für die Bürger*innen, sondern auch für die Behörden selbst. Sich direkt auf die Gesetze und den gemeinten Stand zu berufen sichert ab.

Das wird auch an diesem Einzelfallbeispiel evident. Die eigentlich zur Hilfe gedachte Seite (*M3*), lässt sich ohne den langen Flyer hinzuzuziehen nicht ausreichend nachvollziehen, ist neben komplex auch noch falsch und sichert sich fast nicht ab.

Da die 520 € Grenze, nach der sich der Faktor wieder ändert, wieviel Einkommen zusätzlich zur Mindestsicherung behalten werden darf, mit der ehemaligen Gerungfügigkeitsgrenze übereinstimmt, sei noch erwähnt, dass auch die Daten aus dem Merkblatt vermutlich ebenfalls veraltet sind (Bundesagentur für Arbeit 2025: 59–62). Im Merkblatt selbst sind auch keine Quellen angegeben. Der Minimal-Aufwand zur eigenen Absicherung ist ein Hinweis auf www.gesetze-im-internet.de ganz vorne. *Stand 2023* dazuzuschreiben, oder tatsächlich die jeweiligen Fundstellen in den einzelnen Kapiteln anzugeben, wurde vernachlässigt. Diese zu finden ist für die Zielgruppe des Flyers voraussichtlich nicht trivial.

Diese Ausführungen werden nun nicht noch weiter ausgeführt, sollen aber legitimieren, dass sich in dieser Arbeit soviel Zeit genommen wird, auf die Fehler der (fehlenden) Quellenangaben einzugehen. Das Weglassen sorgt nämlich nach hinten raus insgesamt für mehr Arbeit im System, als durch das Ignorieren von vernünftigen Quellenangaben realistisch eingespart wird. Auch mehr Übersichtlichkeit kann kein vernünftig zu argumentierender Trade Off sein, wenn dadurch Informationen in derartigen Produkten zum Teil (z. T.) nur eine Halbwertszeit von einem halben Jahr, bis zur nächsten Gesetzesänderung, haben.

Die Auswirkungen davon tragen sich über die eigentlich betroffene Sphäre hinaus noch weiter. In diesem Fall in den Bereich der Bildung. Man wird als Lehrkraft vor das Dilemma gestellt, dass ein aufmerksamer Unterricht, der sich mit der Realität auseinandersetzt, nicht umhin kommt zahlreiche Schwächen unseres Systems aufzeigen. Darin verborgen liegt die Gefahr, dass als subtiler, womöglich unbewusster Lerneffekt, das Vertrauen in unser demokratisches System untergraben wird. Das ist nicht das Ziel von Bildung. Solche unbeabsichtigten Effekte verlangen von der Lehrkraft hohe Kompetenzen in vielen Bereichen ab, um die unausgesprochenen, aber vorhandenen Subtexte zu reflektieren; diese dann bewusst korrekt darzustellen, aber um Fatalismus zu umgehen, so zu framen, dass sie als veränderbare Schwächen eines Systems gerahmt werden, die sich mit gemeinsamer Anstrengung ändern ließen. Wird das nicht angesprochen, kann viel unintendierte und unbewusste Konstruktion in den Köpfen aller Beteiligten stattfinden.

Durch die unzureichende Qualität des Materials, sehe ich vor Allem zwei mögliche, aber unbeabsichtigte Outcomes der Aufgabe. Diese sind so nur bei Betrachtung der

unterschwellig übermittelten Informationen nachzuvollziehen:

Erstens, könnte es sein, dass ein ebenfalls nicht korrekter Flyer erstellt wird, bei dem der Fokus darauf liegt sich irgendwie durch die Aufgabe zu schlängeln ohne aufzufallen. Dabei würde u. U. eher gelernt wie man ein gut wirkendes, anstatt ein gutes Produkt produziert. Das kann häufig der Outcome von schulischer Bildung sein, sollte m. E. aber nicht antizipiert werden. Um den Kreis der Metaebene zu schließen: Wer so ausgebildet wird, produziert am Ende auch hundertseitige Merkblätter, die nach kurzer Zeit veraltet sind. Vermutlich noch mit der ehrhaften Intention die Dinge nachvollziehbar darzustellen - aber wie oben dargestellt: Ein gut wirkendes ist eben nicht unbedingt ein gutes Produkt.

Zweitens, könnte es sein, dass vor allem die frustige Erfahrung nacherlebt wird, die mehrere Millionen Menschen²⁶ machen, die auf Mindestsicherung und den Umgang mit Ämtern und Gesetzen angewiesen sind.

Andreas Peichl vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung wird in deren Pressemitteilung ebenfalls als kritisch zitiert: „Das System ist zu kompliziert, und wirkt, als wäre es gemacht, um es den Empfängern schwer zu machen. Denn der Staat spart zwischen 6 und 10 Milliarden Euro im Jahr, weil Berechtigte im Antragsdschungel abgeschreckt werden und ihre Ansprüche nicht geltend machen. Das ist seit Jahrzehnten so.“ Er führt weiter aus: „Das ist völlig absurd. Arbeitsagentur, Jugendamt, Wohnungsamt legen unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Kriterien an, was zum Einkommen zählt. Da fehlt es an Abstimmung“ (ifo 05.05.2021).

Erwartungshorizont: Arbeitsleben A2 Erarbeitung (S. 86) AUFGABE 1 —

AUFGABE 2 Niedriglohn ist Bruttoeinkommen unterhalb von „zwei Dritteln des deutschlandweiten mittleren Bruttomonatseinkommens“. In der Quelle *M4* sind für 2023 2.530 € brutto angegeben.

- Mindestloohnerhöhungen ...
- Von Gewerkschaften miterkämpfte Tarifabschlüsse auch für untere Einkommensschichten ...

...können den schrumpfenden Niedriglohnsektor erklären.

AUFGABE 3

- Im Vergleich der Brutto-Stundenlöhne verdienen Frauen weniger als Männer
- Das kann verstärkt werden durch andere strukturell diskriminierte Merkmale, wie Migrationsvordergrund oder Behinderung

²⁶2022 waren es über 7 Millionen: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553338/mindestsicherungssysteme/> (10.07.2025).

- Mehrere Kriterien definieren die prozentuale Lücke zwischen den durchschnittlichen Verdiensten der Geschlechter:
 - <10 Beschäftigte → Betriebe werden nicht berücksichtigt
 - Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld, Prämien) werden nicht berücksichtigt
 - Öffentliche Verwaltung wird nach Definition der Europäische Union (EU) nicht berücksichtigt
 - Menschen ohne binäre Geschlechtszugehörigkeit werden gleichmäßig auf Frauen und Männer aufgeteilt
- Der Gender-Pay-Gap liegt in Deutschland 2024 bei etwa 16 %
- Es sind verschiedene Ursachen für den unbereinigten Gender-Pay-Gap berechnet:
 - Frauen arbeiten *im Schnitt* häufiger in schlechter bezahlten Branchen und Berufen ($\approx 25\%$ Erklärungsanteil)
 - Besonders in Bremen gibt es viele gut bezahlte Industriearbeitsplätze mit hohem Männeranteil
 - Männer sind häufiger in Führungspositionen ($\approx 10\%$ Erklärungsanteil), sogar in frauendominanten Branchen
 - Teilzeit bei Führungskräften ist selten. Frauen sind durch häufigere Sorgearbeit eher in Teilzeit. Z. T. lässt sich der geringere Führungskräfteanteil bei Frauen dadurch erklären
 - Teilzeit ist auch pro Stunde schlechter bezahlt ($\approx 20\%$ Erklärungsanteil)
 - Minijobs sind ebenfalls pro Stunde schlechter bezahlt ($\approx 6\%$ Erklärungsanteil)
- Zusammenhang zwischen Gender-Care-Gap und Gender-Pay-Gap wird hervorgehoben
- Der Gender-Pay-Gap von $\approx 16\%$ lässt sich aber nur für $\approx 10\%$ durch die obigen Faktoren erklären
- Die anderen $\approx 6\%$ nennen sich bereinigter Gender-Pay-Gap und sind die ungleiche Bezahlung trotz gleicher Qualifikation, gleichen Berufs und gleicher Position
- Teile des unbereinigten Gender-Pay-Gaps lassen sich durch Kinder bekommen erklären
- U. A. liegt das an unzureichender Kinderbetreuung
- Insbesondere langfristig verdienen Frauen dadurch weniger
- Negative Rückkopplung: Weil Frauen weniger verdienen, übernehmen sie eher Sorgearbeit, wodurch sie wiederum weniger verdienen

Die erste Grafik in *M5* sagt aus: Je höher der Frauenanteil, desto niedriger der Lohn (für ausgewählte Berufe).

Die Politik kann insbesondere an Kinderbetreuungsangeboten ansetzen, um den Gender-Pay-Gap durch ein Ansetzen an den Gender-Care-Gap zu entschärfen.

Arbeitsleben A2 Erarbeitung – „Wie viel verdienen Arbeitnehmer:innen in Bremen und welche (politischen und wirtschaftlichen) Maßnahmen würden die Situation am Arbeitsmarkt verbessern?“ (S. 86)

In Aufgabe 2 sollte „Rechne aus, wie hoch der monatliche Bruttolohn *für eine unverheiratete Person ohne Kinder* sein müsste, um nicht mehr als Niedriglohnempfänger:in eingestuft zu werden.“ durch das Kursive präzisiert werden, da ansonsten die Steuerklasse zu vage bleibt.

Aufgabe 3 hat einen präzisen, aufschlussreichen, aber langen Text zur Grundlage. Die Aufgabenstellung „Dieses Problem muss die Politik lösen.“ wird in der überblicksweisen Analyse der Materialkarten aufgegriffen.

3.2.2. Arbeitsleben B – „Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?“

Arbeitsleben B ist im gleichen Kompetenzbereich wie Arbeitsleben A verortet:

Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.

(Block et al. 2023: 18)

Arbeitsleben B1 bis B3 stehen allesamt unter der Leitfrage: „Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?“ (S. 87)

Insgesamt greift der Einführungstext zur Arbeitszeit in *Arbeitsleben B* gut die in *Arbeitsleben A* u. A. durch den Gender-Pay- und Gender-Care-Gap ausgeworfenen Problemlagen auf.

Erwartungshorizont: Arbeitsleben B 1 Einstieg (S. 87)

Pro-Argumente aus M1

- Keine Pendelzeiten
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Für einige höhere Konzentration und Effizienz
- Nach Beratungen der ANK gibt es keine Qualitätsabfall der Arbeit

Contra Argumente aus M1

- Keine sozialen Kontakte im Unternehmen
- Identifikation mit dem Unternehmen leidet
- Gefühl von Entgrenzung und ständiger Erreichbarkeit
- Ruf von schlechterer Arbeitsqualität

Arbeitsleben B1 Einstieg – „Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?“ (S. 87)

Die Debatte ist kleinschrittig in sehr klare Strukturen eingebettet. Das dürfte einem reibungslosen Ablauf zuträglich sein. Was der Vorteil an der Einschränkung ist, nur ein Argument zum entkräften zu nutzen, „das nicht sein/ihr eigenes vorbereitetes ist“ wird nicht klar. Wenn eines der vorbereiteten Argumente gut als Antwort passt, weshalb sollte es nicht genutzt werden?

Wenn die Lehrkraft sich überlegt, ob es notwendig ist, die Gruppeneinteilung durch Regeln zu steuern, kann das (durch die etwaige Steuerung möglichst faire) Wettkampf Element durch eine Abstimmung am Ende in der Altersklasse sicherlich motivierend wirken. Durch die Kriterien nach denen bewertet werden soll, trainiert es Werturteile begründet abzugeben. Dadurch, dass auch rhetorisches Geschick als Kriterium vorgegeben wird, eröffnet sich die Chance, darauf zu sprechen zu kommen, dass nicht nur das beste sachliche Argument überzeugen kann, sondern auch die Form der Darstellung wesentlichen Einfluss nehmen kann.

Erwartungshorizont: Arbeitsleben B2 Erarbeitung (S. 88) AUFGABE 1 a) — AUFGABE 1 b) Als Arbeitszeitregelungen sind in *M2* erwähnt:

- Eine „Verpflichtung der Arbeitgeber zur Erfassung der Arbeitszeit der einzelnen Beschäftigten auf Grundlage der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs von 2019 und des BAG-Beschlusses von 2022“, diese sollte laut ANK „zur Schaffung von Rechtssicherheit und zur Stärkung des Gesundheitsschutzes zügig in deutsches Arbeitszeitrecht umgesetzt werden“
- „Durchsetzung der 40-Stunden-Woche und des arbeitsfreien Samstags in den 1960er-Jahren“
- „teilweise Einführung einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich“
- „In vielen Bereichen sind (wieder) Arbeitszeiten an oder gar über der 40-Stunden-Grenze zur Regel geworden“

In *M3* finden sich folgende Arbeitszeitregelungen für Azubis:

- Umziehen und Reinigung von Arbeitsplätzen gehört zur Arbeitszeit
- Die Wege zur und von der Arbeitsstelle sind keine Arbeitszeit
- Berufsschulpflicht: Wenn die Berufsschule vor 09:00 Uhr beginnt, darf am Vortag nur bis 20:00 Uhr gearbeitet werden

- Wenn der Unterricht vor 09:00 Uhr beginnt, darf an Berufsschultagen überhaupt nicht früher gearbeitet werden
- Volljährige Azubis können auch nach der Berufsschule noch in den Betrieb müssen
- bei zwei oder mehr Berufsschultagen, kann das auch für Minderjährige gelten
- Die Pausen in der Schule und der Weg von der Berufsschule zur Arbeitsstätte werden bei betriebsüblichen Arbeitszeiten als Arbeitszeit angerechnet
- Volljährige haben 6 bis 9 h Arbeit Recht auf 30' Pause, > 9 h sind es 45'
- Überstunden nur wenn kein Erwachsener sie übernehmen kann.
- Innerhalb von drei Wochen müssen Überstunden ausgeglichen werden
- Überstunden müssen vergütet oder durch Freizeit ausgeglichen werden. Ohne Einigung darf der Arbeitgeber entscheiden, was von beidem
- Ansprechstellen für Schwierigkeiten, sind der Betriebsrat (im Unternehmen) und der Personalrat (im öffentlichen Dienst). Diese arbeiten mit der Jugend- und Auszubildendenvertretung eng zusammen
- Für Minderjährige (15 bis 17 Jahre) gilt
 - wöchentlich höchstens 40 h Arbeiten
 - täglich höchstens 8 h, außer an vorherigem Tag wäre es weniger als 8, dann dürfen bis zu 8,5 h gearbeitet werden
 - frühestens ab 06:00 Uhr, längstens bis 20:00 Uhr darf gearbeitet werden
 - Ausnahmen bspw. in Bäckereien oder Landwirtschaft
 - Ab 16 Jahren darf in Gaststätten bis 22:00 Uhr und in Mehrschichtbetrieben bis 23:00 Uhr gearbeitet werden
 - Einmal wöchentlicher Berufsschulunterricht mit mindestens 5 Unterrichtsstunden à 45' wird mit 8 h Arbeit gleichgestellt
 - Ruhepausen müssen feststehen – Pausen frühestens 1 h nach Beginn und 1 h vor Ende der Arbeit
 - Ab 4 h Arbeitszeit müssen es 30', ab 6 h muss es 1 h Pause sein
 - Nur in bestimmten Branchen darf Samstag gearbeitet werden. Z. B. in Bäckereien, Lebensmittelmärkten, Friseurläden oder in Kfz-Betrieben
 - Nur in Branchen wie Krankenhäusern und Gaststätten darf Sonntag gearbeitet werden
 - Zwei Samstage und Sonntage pro Monat sollten frei sein

Arbeitsleben B2 Erarbeitung– „Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?“ (S. 88) *M2* kann lobend hervorgehoben werden, unübersehbar ist *Mai 2024* angeben, sogar bei den meisten Downloads, die nochmal rechts am Rand auftauchen, steht überblicksweise direkt beim Titel ein Jahr dabei. Im Text selbst werden auch

Forderungen von Beschäftigten dargelegt und verhandelt, wie sich zukünftige Arbeitszeitmodelle verwirklichen ließen und was die Argumente für die Änderungen sind. Diese Informationen spielen in Aufgabe 1 noch keine Rolle, können aber genutzt werden, um eine Argumentation für bestimmten Regelungen in den folgenden zwei Aufgaben zu gestalten.

Erwartungshorizont: Arbeitsleben B3 Auswertung/Übertrag (S. 89) AUFGABE

1 Falls Hinweise zur Präsentation gebraucht werden, kann auf die zahlreichen Zahlen zu denen auch schon Abbildungen im Bericht zu finden sind verwiesen werden. Diese bieten die Visualisierung im Hintergrund.

AUFGABE 2 —

AUFGABE 3 —

Arbeitsleben B3 Auswertung/Übertrag – „Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?“ (S. 89) *M4* gibt in einem kleinen Kasten Informationen zur Erhebung der Daten an. Sozusagen ein überblicksweiser Methodenteil. Aufgrund der Vorbildfunktion kann man die Quelle daher gut nutzen. Schade ist wiederum, dass zu den erwähnten Modellprojekten auf S. 6 keine Quellen angegeben sind. Erneut gilt, die ANK produziert in weiten Teilen gutes Material mit hoher Transparenz (so sind auch in *M4* Verantwortliche und Mitarbeitende angegeben). Aber bei dem konsequenten Angeben von Quellen ist auch dort noch Verbesserungspotential.

Im Bildungsplan zählt das Herstellen von Produkten, hier also z. B. Präsentieren und Plakate erstellen, zu den „Methoden des realen Handelns“ (Block et al. 2023: 13–14). Diese schrammen durch Forderungen, die in Aufgabe 3) Teil 3) an die Politik formuliert werden sollen, an die „Methoden des simulativen Handelns“. Auf mögliche Implikationen des begrenzten Raumes Schule, wird, wie auch zu *Arbeitsleben A2* anhand der Aussage „Dieses Problem muss die Politik lösen.“ angekündigt, im Gesamtüberblick näher eingegangen.

3.2.3. Arbeitsleben C – „Mitbestimmen oder nur dabei sein?“

Als Kompetenzbereich wird dieser Unterrichtseinheit: „Die Schüler:innen sind in der Lage, die derzeitigen Arbeitswelten mitsamt ihren Institutionen, Kulturen und Praktiken als historisch gewachsen beschreiben und als politisch veränderbar herauszuarbeiten“, zugeordnet. Die Leitfragen ...

- „Welche Aufgaben haben Gewerkschaften und wie ist der Interessenausgleich von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen (gesetzlich) organisiert?“ (S. 90)

- „Politik meets Betrieb: Wie kann betriebliche Mitbestimmung die Demokratie stärken?“ (S. 90)

... teilen die Zeiteinheiten ein.

Erwartungshorizont: Arbeitsleben C1 Einstieg (S. 90) AUFGABE 1 Es geht in *M1* um Partizipationsmöglichkeiten am Unternehmen für Beschäftigte nach *Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)*. U. A. durch *Betriebsratgründung* und passives oder aktives *Wahlrecht* zum oder von *Betriebsratsmitglieder/n*. Für Azubis wird die Partizipationsmöglichkeit am Betriebsrat durch die *Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)* dargestellt. Die Punkte aus *M2* können direkt so übernommen werden.

AUFGABE 2 Die Punkte aus *M2* können wieder als Vergleich herangezogen werden.

AUFGABE 3 Die Gestaltung einer Checkliste mit möglicher Umstrukturierung der Informationen aus *M3* ist die eigentliche Arbeitsleistung.

Arbeitsleben C1 Einstieg – „Welche Aufgaben haben Gewerkschaften und wie ist der Interessenausgleich von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen (gesetzlich) organisiert?“ (S. 90)

Die Hans-Böckler-Stiftung hat mit dem Informationsvideo *M1* vermutlich eine Zielgruppe im Kopf gehabt. Für alle die das Video nicht nur zum Unterrichtseinstieg gucken und neugierig geworden sind, ist es schade, dass die Chance verpasst wurde direkt unter dem Video auf die Studien zur Profitsteigerung durch Betriebsräte zu verlinken. Ansonsten bieten das kurzweilige Video und die Verknüpfung der Informationen zu den persönlichen Erfahrungen einen angemessenen Einstieg. Insbesondere *M2* stellt schon einen guten Überblick, über die Aufgaben eines Betriebsrates dar. Inwieweit in Aufgabe 2 noch gewinnbringend weitere Informationen dazugewonnen werden können halte ich für fraglich.

Aufgabe 3 ist sozusagen auch hauptsächlich ein Wiedergeben der Informationen aus *M3*. Durch die leicht abwechselnden Darstellungsformen (Mind-Map, Checkliste etc.) der inhaltswiedergebenden Aufgabenstellungen aus Aufgabenbereich I, wird über die Materialkarten hinweg versucht nicht nur schriftliche Zusammenfassungen zu fordern. Auch das Einbetten in ein vorzustellendes Szenario kann dabei helfen die Motivation zu beeinflussen.

Erwartungshorizont: Arbeitsleben C2 Erarbeitung (S. 90)

Arbeitsleben C2 Erarbeitung – „Politik meets Betrieb: Wie kann betriebliche Mitbestimmung die Demokratie stärken?“ (S. 90)

3.3. Den Themenfeldern gemeinsame Beobachtungen

Häufiger schreibe ich, dass an einigen Stellen Dinge vielleicht „expliziter“ gemacht werden könnten. Ein Stück weit ist das auch dem Umstand geschuldet, das Unterrichtsmaterial eben noch kein fertiger Unterricht ist und vieles von den Schüler*innen und den Lehrkräften abhängig ist. Es ließe sich durchaus auch argumentieren, dass das Material, welches es häufig schafft wissenschaftliche Erkenntnisse einzubringen, durch die Aufgaben für sich spricht, und das *expliziter Machen* nur ein Ausdruck davon ist, dass ich dem Material mehr Kontrolle über die Prozesse im Unterricht einbauen möchte.

Muss Material perfekt sein? Ich kritisiere für den schulischen Bildungsbereich akribisch den Umgang mit Quellen. Auch wenn ich das argumentativ zu begründen versucht habe, stellt sich die Frage, ob man ausschließlich einwandfreies Material nutzen darf? Meine Antwort wäre ein eindeutiges *Nein*. Es lässt sich sogar katastrophal schlechtes Material gewinnbringend nutzen. Nämlich wenn es darum geht, die Kriterien von Glaubwürdigkeit Erkennen und Bewerten zu lernen. Dazu muss das Material dann aber entsprechend in den Unterricht eingebettet sein. Am ehesten dürfte das auch durch passende Aufgabenstellungen realisiert werden.

Die andere Möglichkeit ist es, mit allen Schüler*innen ein Ritual zu schaffen, bei welchem jedes Material, welches in der Schule verwendet wird, auch auf die Qualität der Nachvollziehbarkeit der Informationsherkunft zu untersuchen. Das Ergebnis dürfte gerade bei Verwendung von didaktisch stark aufbereitetem Material von Verlagen für Schulmaterial ernüchternd ausfallen. Das heißt aber nicht, dass dieses ritualisierte Analysieren immer maximal in die Tiefe gehen und einen daher lähmen muss. Bei einem gut etablierten Ritual besteht die Möglichkeit, z. B. bei Nutzung von Schulbüchern, schnell das bekannte Muster zu erkennen und diesen Teil schnell abgehakt zu haben.

An so einem Vorbild können Schüler*innen auch beispielhaft ihre *exekutive Funktion* trainieren. Wenn es im Unterricht geschafft wird durch derartige Rituale aufzuzeigen, dass die Darstellung der Institutionen in Deutschland im Schulbuch nicht ausreichend mit Gestzestexten belegt ist, aber das aktuell in Kauf genommen wird, weil der Überblick über die Institutionen für die kommende Einheit gebraucht wird, in welcher anhand der Institutionen beispielhaft Gewaltenteilung und der Einfluss von Veto-Optionen auf den Regelungs-Output dargestellt werden sollen, dann ist das eine geeignete Möglichkeit die Priorisierung transparent zu gestalten.

Ich argumentiere, dass die Resilienz gegenüber Einflussnahme nur durch regelmäßige Praxis ausgebaut werden kann. Sobald Zeitungsartikel mit Kommentaren & Meinungen oder Essays, politische Reden & Parteiprogramme gelesen werden, wird so ein Ritual dann mehr Platz im Unterricht einnehmen können und müssen.

Eine gute Urteilsfähigkeit über die Qualität von Informationen ist Voraussetzung für Medienkompetenz. Wenn Spitzfindigkeiten bei Seite gelassen werden, ist beides Voraussetzung für die doch recht konsensual zu erwerbende politische Urteilskompetenz, welche wiederum mit Voraussetzung für die politische Handlungsfähigkeit ist. In dieser lässt sich auch m. E. nach eine Art Zusammenfließen aller anderen methodischen und inhaltlichen Kompetenzen der politische Bildung sehen.

Grundsätzlich böte so ein Vorgehen die Chance, das Umschalten zwischen Meta-Ebene und der eigentlichen Aufgabe zu üben. Das Ziel ist, sich über die möglichen Implikationen einer Meta-Ebene bewusst zu sein, während man es schafft sich auf die vorliegende Aufgabe zu konzentrieren.

Fremdes Unterrichtsmaterial, welches nicht durch eigene Strukturvorgaben ein vergleichbares Ritual etabliert, ist bei nicht überdurchschnittlich herausragender Quellenarbeit im eigenen Material, in dieser Hinsicht also restlos der Kompetenz der Lehrkraft ausgeliefert.

3.3.1. Arbeitsblatt-Charakter

Letzten Endes bleibt das institutionalisierte Lernen Arbeit für alle Beteiligten. Dennoch sollte hinsichtlich der hier untersuchten Unterrichtsvorschläge nicht unerwähnt bleiben, dass auch diese es selten schaffen, aus dem in der Überschrift erwähnten Arbeitsblatt-Charakter auszubrechen. Abwechslung der Methoden und zwischen Lesen, Schreiben und Sprechen, Wechsel zwischen Einzel-, Partner*innen- und Gruppenarbeit sowie Methoden im Plenum sind vorhanden und stellen damit eine solide Grundlage bereit. Der Ausbruch, um durch Ungewöhnliches Aufmerksamkeit oder Nachhaltigkeit des Lernens zu erzeugen, wird hingegen nicht gewagt. Auch das Training der „politischen Handlungsfähigkeit“ bleibt auf dem für Schule nicht untypischen Niveau des entfremdeten Lernens.

Der Anspruch der Unterrichtsvorschläge ist allerdings auch kein revolutionärer. Ohnehin ist es eine andere Diskussion, inwieweit die Schule als staatliche und stark bürokratisierte Institution bisweilen im Widerspruch zum freien Denken steht, welches immer wieder auch Bestandteil der Dinge ist, die sich in ihren Zielsetzungen lesen lassen.

„Arbeitsleben B1“ Debatte

„Stellt Euch folgende Situation vor.“ „Arbeitsleben B2“

„Welche politischen Rahmenbedingungen müssten geschaffen werden, um den Vorschlag umzusetzen?“ „Arbeitsleben B3“

3.4. Vorbildfunktion, (Beobachtungs)-lernen und Fake Partizipation

Die Schule ist eine restriktive Institution mit zumeist höchst undemokratischen Wirkmechanismen. Mitbestimmung, die in der Schule versucht wird zu realisieren ließe sich von Kritiker*innen als *performative Mitbestimmung* bezeichnen.

Die Inhalte der Unterrichtsvorschläge der ANK zeigen durchaus Möglichkeiten zur realen Partizipation auf. Die

Berufsschule

So wird in einer Aufgabe zum Gender Pay Gap in *Arbeitsleben A2 mit M5*

Vergleicht in Lerntandems die Ergebnisse. Formuliert gemeinsam eine Antwort auf die Aussage „Dieses Problem muss die Politik lösen.“

Distanz geschaffen und es wird einerseits geübt Forderungen auszumachen und zu formulieren. Andererseits wird subtil von den Schüler*innen erfahren, wie schnell womöglich sinnvolle Forderungen formuliert werden können und wie gering die Chancen darauf sind, diese Forderungen im „Monstrum Bürokratie“ (Friedrich Merz 2025, andauernd) mittelfristig umgesetzt zu erleben.

Im Bildungsplan werden „Methoden des realen Handelns“ (Block et al. 2023: 13) neben explizit als „Methoden des *simulativen* Handelns“ bezeichneten Methoden dargeboten (ebd.: 14).

Das experimentell brauchbar untersuchbare Beobachtungslernen (Bandura 1977), auf welches referiert werden kann, wenn von Vorbildern gesprochen wird und das sich anführen lässt, um schlechte Medienkompetenz kritisieren zu können ist wahrscheinlich nicht ausreichend, um die folgende Argumentation zu unterfüttern. Aber in Kombination mit unterbewusst ablaufenden Lernprozessen wie dem *impliziten Lernen* (Kiesel/Koch 2012: 82–93) kommt man der Sache näher.

Beobachtung (Kiesel/Koch 2012: 72–81) implizit

Welche Kategorisierungen für welche beim Lernen im Gehirn ablaufenden Prozesse nun auch dem aktuellen Wissensstand entsprechen mögen, die Arbeitshypothese, dass Menschen auch außerhalb von deutlich formulierten Regelsystemen lernen, ist vertretbar. JUNGE ICH WILL NICHT MEHR

In „Arbeitsleben c“ wird in *M1* auf ein Interview mit Martina Zandonella (Zandonella/Zier 05.08.2024) Bezug genommen. Es geht u. A. um niedrigere Wahlbeteiligung von Menschen aus sozioökonomisch benachteiligten Schichten.

Herausgestellt werden soll das Zitat:

Ja. Diese Menschen haben die Erfahrung gemacht: Für mich zählt es sich nicht aus, meine Stimme abzugeben.

Die Qualität der Quelle von der ANK ist als hoch anzusehen. Für Interviews nicht unbedingt Standard, sind mehrere getroffene Aussagen von Martina Zandonella mit einem Link belegt. Der eine Link führt zum Beispiel zu einer Präsentation²⁷ von Uwe Jirjahn, Professor an der Universität Trier. An anderer Stelle bezieht sich Frau Zandonella auf eine Studie, welche „erstmal für Deutschland nachweisen [konnte], dass politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen übereinstimmen, wohingegen für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung festzustellen ist oder sogar ein negativer Zusammenhang“ (Elsässer et al. 2017: 177).

„Dem Deutschen Volke‘? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“
Wahlbeteiligung vgl. „Demokratie“

Da Rhetorik durchaus hilfreich sein kann, soll folgende Aussage die Problemstellung illustrieren:

Lernende sind nicht dumm. Wenn in der Schule demokratische Übungen immer das bleiben: Übungen. Lernen sie, dass ihr politisches Handeln keine Auswirkungen hat. Das ist gefährlich.

Von anderer Seite ließe sich bestimmt argumentieren, dass es auch gefährlich ist, wenn Menschen dazu erzogen werden, ihre Bedingungen als veränderbar wahrzunehmen. Zum Beispiel indem sie sich als kooperierend sehen und ihnen das Zusammenschließen als Option bewusst ist. Aber da genau das vom demokratischen Gedanken gedeckt ist, können die auf Rechtsgrundlage ihre faschistische Fresse halten. HIER WISSENSCHAFTLICH MECKERN MEIN FREUND, ABER RECHT HAST DU JA

3.5. Subjektive Einschätzung

Gleichwohl das wissenschaftliche Arbeiten nach Objektivität streben sollte und sich diverser Kulturtechniken bedient, um diesem Ideal nahe zu kommen, ist eine subjektive Einflussnahme der Forschenden kaum auszuschließen. Aus diesem Grunde soll im Anschluss an die kriteriengeleitete Analyse noch der subjektive Eindruck des Autors dargestellt werden.

3.6. Reflexion der Materialkarten, ihrer Quellen *Mn* und der Metaebene

Die Frage nach der eigenen Produktionstätigkeit der Schülerinnen und Schüler (SuS) ist in Bezug auf die geforderte politische Handlungsfähigkeit interessant. Struktu-

²⁷https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen/Veranstaltungsdocumentation/Downloads/Demokratische_Dividende_Jirjahn.pdf
(besucht am 28.06.2025)

rell bleibt auch eine gut ausgebildete Analysefähigkeit auf einer Beobachtungsebene. Das ist für politische Handlungsfähigkeit zweifelsohne wichtig. Spannend ist jedoch, wie im Rahmen von Schulunterricht tatsächliche Erfahrungen von Gestaltung verwirklicht werden können. Die demokratische Legitimation ist am höchsten, wenn möglichst viele Menschen entweder tatsächlich an den Entscheidungen beteiligt waren oder zumindest eine hohe Identifikation mit den Entscheidungen aufweisen, auf welche sich geeinigt wurde.

Ausschließlich auf der Beobachtungsebene zu bleiben, birgt die Gefahr, ausgezeichnet, aber ohnmächtig Entwicklungen beschreiben, nachvollziehen und erklären zu können, mit denen man sich überhaupt nicht identifizieren kann.

Daher ist es immer wieder spannend zu reflektieren, an welchen Stellen Unterricht es schafft, politische Selbstwirksamkeit im Kleinen erproben zu lassen.

Quellen *Mn* Es fällt auf, dass der Großteil der Quelmaterialien direkt von der ANK stammen. Die Quellen sind aber von vergleichsweise hoher Qualität. Eine einfache Checkliste, wie sie vielleicht zur ersten Qualitätseinschätzung an Schüler*innen gegeben würde, wäre erfüllt. Die Mitarbeitenden sind transparent angegeben (Interviewer*in, Autor*innen etc.), Datum ist angegeben (bis auf die Ausnahme, dass man bei dem Magazin kurz seinen engen Blick erweitern muss), es ist eindeutig wo veröffentlicht wurde und wer das finanziert hat (die ANK). Über die Website werden auch keine Intentionen absichtlich intransparent gestaltet und durch den gesetzlich festgeschriebenen Rahmen sind die Herkunft der Finanzierung und die Ziele öffentlich nachzuvollziehen.

Die Themen sind natürlich auf die Arbeitswelt bezogen, haben aber i. d. R. stets die gesamtgesellschaftliche Implikationen im Blick. Da policy-Sphären nicht unabhängig voneinander existieren, ist das eine Sichtweise, die politischer Bildung entgegenkommt. Auch kommen im ANK-Material unterschiedliche Exper*innen außerhalb der ANK zu Wort, häufig aus der Wissenschaft.

Auch das Material direkt von der ANK und dessen weitere Quellenangaben sind vergleichsweise gut. Wird z. B. in *M4* (bei *Arbeitsleben A2*) von einer Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)-Studie gesprochen, oder wird in einem Interview (*M1* von *Arbeitsleben C2*) gesagt, dass der Bundestag „in den letzten 30 Jahren überwiegend Entscheidungen getroffen hat, die zugunsten der oberen Einkommensgruppen verzerrt waren“, sind die Quellen beim Material der ANK auch direkt verlinkt (Elsässer et al. 2017).

Metaebene Die Intention, die eigene Arbeit zu verbreiten, ist gewissermaßen naturgemäß. Die riesige Welt der Werbung ist Ausdruck davon – so stark, dass auch öffentliche Institutionen immer wieder werben, obwohl sie keinen Profitdruck haben.

Nun ist es so, dass die Arbeit der Veröffentlichungen der ANK über die Zwangsbeiträge (s. Abs. 1.8 S. 18) ohnehin schon finanziert ist; gewissermaßen von der Bremer Öffentlichkeit. Dankbarerweise verschwendet die ANK keine Ressourcen darauf ihre ohnehin schon bezahlten Veröffentlichungen nur den Beitragszahlenden zugänglich zu machen. Es ist für die gesamte Bremer- und darüber hinaus auch für die gesamte Weltöffentlichkeit zugänglich. M. E. nach eine sinnvolle Verwendung von Ressourcen. Weshalb sollte extra Aufwand betrieben werden, um bayrischen Menschen wertvolle Informationen vorzuenthalten, es ist doch schon alles bezahlt? Gleichzeitig ist das ein spannendes Beispiel dafür, wie die ANK als Bremer Institution, dem Gedanken des Föderalismus entsprechend, auch auf lokale Gegebenheiten eingeht, diese aber nicht einer Konkurrenzlogik folgend unter Verschluss hält. Es ist davon auszugehen, dass sich viele Strukturen, die dort verhandelt werden, auch anderswo auf der Welt wiederfinden. Und wenn Mecklenburg-Vorpommern geholfen werden kann, ist das gut für Deutschland, wenn Österreich geholfen werden kann, ist das gut für die EU und sollte tatsächlich jemand aus Südafrika auf diese deutschsprachige Website stoßen und sie kann ihm helfen, Strukturen, wie bspw. die Ungerechtigkeiten, die die traditionelle Aufteilung von Care-Arbeit verursachen, zu verstehen, ist das gut für die Welt.

Außerdem erhöht es die Legitimation der Arbeit der ANK, wenn ihre Arbeit auch mehr Impact, eben auch durch Reichweite, verursachen kann. Da die Intentionen der Arbeit der ANK und auch ihre Qualität in dieser Arbeit als gut bewertet wurden, ist es also insgesamt eine sinnvolle Sache, wenn diese bildenden Informationen auch durch ihren Einsatz im Bildungsbereich Verbreitung finden und eben auch die Chance haben, ein wenig Arbeit der Lehrkräfte abzunehmen, um damit insgesamt das Arbeitsvolumen der Welt in den Griff zu bekommen.

3.7. Handlungsfähigkeit = Reproduktion des Status quo VERSUS Handlungsfähigkeit = Überwindung von Resignation und Zynismus

Im Zuge der vorliegenden Arbeit wird an verschiedenen Stellen auf das Potential zur Arbeitserleichterung durch vorgefertigtes Unterrichtsmaterial eingegangen. Ein Blick, der pragmatisch ist und in sich Handeln zum Ziel hat. Angesichts der auch im dritten Jahrtausend bewegten Weltgeschichte lässt sich als geschulter Beobachter schnell in Zynismus verfallen. Zu Ende gedacht und gemacht – bzw. gelassen – käme das einem Aufgeben gleich. Den Lehrtätigkeiten und den Wissenschaften, welche einem gelingenden Lernen zuarbeiten sollen, würde ein solches Aufgeben die Legitimationsgrundlage entziehen²⁸. Wenn man das Denkmodell des kategorischen

²⁸Das würde Folgendes bedeuten:

Imperativ Immanuel Kants darauf angewendet, erschiene ein Aufgeben unlogisch. Die Erhaltung der Handlungsfähigkeit ist innerhalb des Systems der Wissenschaft und der Bildung²⁹ also inhärent wichtig.

HIER ZU BBK KRITIK SCHREIBEN, HAT MIR GUT GEFALLEN (Rößler 2016)

4. Schlussbetrachtung

Keine Hinweise im Material auf mögliche andere Interessen der Arbeitgeber und interessensnaher Institutionen.

Aufgabe der Lehrkraft Kontroversitätsgebot möglicherweise klarer darzustellen.

Auf jeden Fall Bestandteil der Lebenswelt der Schüler*innen.

Im Interesse der Schüler*innen informiert zu sein.

Theoretisch auch für zukünftige Führungskräfte. Sogar bei kapitalistischer Konkurrenzlogik im Gegensatz zur Kooperationslogik. Kenne deinen Feind!

Wie gut werden die Intentionen einer Gegenseite aus Arbeitnehmendensicht dargestellt?? Auch das hilft bei der Durchsetzung eigener Interessen.

Das Material hält sich nett an die vom Bildungsplan vorgegebenen Bereiche.

Der bplan selbst ist weniger an wirtschaftswissenschaftlicher Logik ausgerichtet und nimmt eher das komplexe Gesamtbild von Politik in den Blick. Verweis auf verzeckte Bremer Ausgestaltung?

ALLES SCHWIERIG

Reflexion des Bearbeitungsprozesses Zu Beginn der Bearbeitung war geplant, dass ein Analyseraster einen wesentlichen Bestandteil der Arbeit ausmachen soll.

Die Aufgabenstellungen und das Material auf die sie sich beziehen, werden z. T. nach den vorgegebenen Maßgaben tiefgehend analysiert. Eine anwendbare Rasterung durch die man beliebiges Unterrichtsmaterial schieben kann, um ein ersetztes Urteil über die Qualität zu erhalten, wurde hingegen nicht erreicht.

4.1. Ausblick und Evaluationsschwierigkeiten

Mit bemüht standardisierten Tests wie z. B. PISA oder Abiturprüfungen wird auch versucht zu evaluieren, wie gut der Lern- und damit auch Lehrerfolg ausgefallen

<https://youtu.be/E9UgBzmU30E?si=3UG7mIwTNfkn2C0H&t=1414> (Zugriff am 21.05.2025)
Zeitstempel Beginn schon im Fußnoten-Link (Gännsicke et al. 2021: Als Meme von 23'34'' bis 23'50'' schauen). Zur Einordnung, da dort auch eine Auseinandersetzung an den Konfliktlinien von Pragmatismus, Bürokratie und Rechtsstaatlichkeit illustriert wird zwei Artikel des RedaktionsNetzwerk Deutschland (Schwarzer 2021b,a).

²⁹Das gilt natürlich für zahlreiche Bereiche.

ist. Für verschiedene Bereiche von verschiedenen Fächern hat das Testdesign unterschiedliche Hürden zu überwinden. In Biologie kann auswendig gelerntes Wissen vergleichsweise gut getestet werden, Geschicklichkeit und Genauigkeit bei der handwerklichen Durchführung des Experimentierens wird aber kaum auf großskalierter Ebene vergleichbar getestet werden (können). Grammatik, Orthographie und Aussprache lassen sich ebenfalls gut testen. Kreatives Schreiben hingegen ist in hohem Maße subjektiv und verlangt nach präzise ausformulierten Erwartungshorizonten, um das auszugleichen und überhaupt eine vernünftige Bewertung vornehmen zu können. Auch im Fach Politik lässt sich auswendig gelerntes Wissen von historischen Abläufen oder der Institutionenkunde gut auf großangelegter Ebene vergleichbar testen. Aber die politische Handlungsfähigkeit, die ein Stück weit auf die anderen Kompetenzen aufbaut – dort ist eine Testung in vergleichbarer Weise kaum zu realisieren.

Das führt zu dem Problem, dass viele Dinge im Unterrichten von Politik ins Blaue hinein gemacht werden muss und mehr auf persönlicher Erfahrung und Einstellung basieren, als auf empirischen Erkenntnissen. Noch spannender wird die Frage nach dem Erfolg der Bildung, wenn man sie Jahre oder gar Jahrzehnte später, also die Nachhaltigkeit, evaluieren möchte. Gebetsmühlenartig sage ich auch zu alltäglichen Erklärungsversuchen von vielem: „(fast) alles ist multikausal“. Entsprechend aufwendig wird eine empirische Annäherung, der es im Optimalfall gelingt, ein paar hauptsächlich erklärende Variablen ausreichend zu isolieren, um eine Signifikanz feststellen zu können.

Ein denkbare Testdesign hätte dermaßen viele Variablen auszuklammern, dass erstens die Gruppe riesig sein müsste und zweitens gäbe es viele Variablen, für die auch schlicht keine gut geeignete Kontrollgruppe gefunden werden kann. Der Einfluss von historischen Entwicklungen, die die gesamtgesellschaftliche Ebene betreffen können vielleicht noch geeignet mit vorherigen Generationen verglichen werden. Bei der steten Entwicklung des Bildungssystems und der Gesellschaft lässt sich aber womöglich nur mit gewagter Datemassage und den wildesten statistischen Kniffen rausrechnen, was jetzt wie viel Einfluss gehabt hat. Bei den vorhergehenden Überlegungen denke ich z. B. an den Versuch den Einfluss des Smartphones an Lernerfolg auszuklammern. Schon beim ersten Brainstorming denke ich an den Einfluss die ein stets griffbares Internet oder ein konstanter Social Media Strom hat. Konzentration, Informationsverarbeitung, die Einflüsse sind zahlreich und für die aktuellen Generationen in der Schule gibt es kaum eine Kontrollgruppe, da ab einem bestimmten Alter fast alle Menschen ein Smartphone haben. In 20 Jahren den Lernerfolg für die politische Handlungsfähigkeit messen zu wollen, würde ein gottgleiches Testdesign verlangen, wenn es den Anspruch hat, den Einfluss des Unterrichtes von den gesamtgesellschaftlichen getrennt ausmachen zu wollen.

Literaturverzeichnis

- Arbeitnehmerkammer Bremen (2021). *Beitragsordnung der Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen*. Version 07.10.2021. URL: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Gesch%C3%A4fts%C3%BChrung/Beitragsordnung_2022.pdf (besucht am 03.04.2025).
- Autorengruppe Fachdidaktik (2011). *Konzepte der politischen Bildung. Eine Streitschrift*. 2. Auflage. Politik und Bildung. Autor*innen: Besand, Anja; Grammes, Tilman; Hedtke, Reinhold; Henkenborg, Peter; Lange, Dirk; Petrik, Andreas; Reinhardt, Sibylle; Sander, Wolfgang. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag. ISBN: 9783734410628. DOI: 10.46499/1715.
- Bandura, Albert (1977). *Social learning theory*. Prentice-Hall series in social learning theory. Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice-Hall. ISBN: 0138167516. URL: <https://suche.suub.uni-bremen.de/peid=B02329723&LAN=DE&CID=&index=L&Hitnr=9&dtyp=D&rtp=a&Exemplar=1>.
- Beckmann, Eva/Goseberg, Lea Philline/Sondermann, Wiebke (2022). „Zielgruppenspezifische politische Bildung abseits von Defizitorientierung. Chancen und Herausforderungen mit Zielgruppenbezügen in der politischen Bildung“. In: *Journal für politische Bildung* 2-2022.12 (2), S. 28–31.
- Behrmann, Günter C./Grammes, Tilman/Reinhardt, Sibylle/Hampe, Peter (2004). „Politik: Kerncurriculum Sozialwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe“. In: *Kerncurriculum Oberstufe II. Biologie, Chemie, Physik, Geschichte, Politik. Experten - Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister*. Hrsg. von Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim und Basel, 322–406.
- Block, Thorsten/Froböse, Claudia/Scharf, André/Witte, Thorsten (2023). *Politik Bildungsplan. für alle Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen im Land Bremen*. Hrsg. von Die Senatorin für Kinder und Bildung. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: <https://www.lis.bremen.de/schulqualitaet/bildungsplaene/sekundarbereich-ii-berufsbildend-15316> (besucht am 16.05.2024).
- Bremische Bürgerschaft (1. Nov. 2022). *Bremisches Schulgesetz*. BremSchulG. Version 28. Juni 2005 (Brem.GBl. 2005, S. 260, 388, 398) zuletzt Inhaltsverzeichnis geändert, § 72a neu gefasst durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. Dezember 2021 (Brem.GBl. S. 913, 917). Brem.GBl. 2005, S. 260, 388, 398. URL: <https://www.transparenz.bremen.de/metainformationen/bremisches-schulgesetz-bremschulg-in-der-fassung-der-bekanntmachung-vom-28-juni-2005-175324> (besucht am 18.06.2024).

- Bundesagentur für Arbeit, Hrsg. (2025). *Merkblatt. Bürgergeld. Grundsicherung für Arbeitsuchende. SGB II*. URL: https://www.arbeitsagentur.de/datei/merkblatt-buergergeld_ba043375.pdf (besucht am 08.07.2025).
- Bundesgesetzblatt 2020 Teil I Nr. 67 (30. Dez. 2020). *Gesetz zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz)*. BGBl. 2020 I Nr. 67. Hrsg. von Bundesanzeiger. ISSN 0341-1095. URL: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F%2A%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s3334.pdf%27%5D#/switch/tocPane?_ts=1750343088377 (besucht am 18.06.2025).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (21. Juli 2020). *Referenzentwurf des Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz)*. URL: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwuerfe/ref-arbeitsschutzkontrollgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (besucht am 19.06.2025).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (7. Dez. 2023). *Bekanntmachung der Geringfügigkeitsgrenze nach § 8 Absatz 1a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch*. BAnz. Hrsg. von Bundesanzeiger. BAnz AT 07.12.2023 B1. URL: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arbeitsrecht/bekanntmachung-bundesanzeiger-geringfuegigkeitsgrenze-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (besucht am 24.04.2025).
- Bundestag (2003). *Das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022, 3023), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 449) geändert worden ist. Anlage (zu § 28) Regelbedarfsstufen nach § 28 in Euro*. SGB XII. Version 2024. URL: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_12/BJNR302300003.html (besucht am 07.07.2025).
- Bundestag (2025). *§ 8 Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit; Geringfügigkeitsgrenze. In: Sozialgesetzbuch (SGB) Viertes Buch (IV) - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung - (Artikel I des Gesetzes vom 23. Dezember 1976, BGBl. I S. 3845)*. SGB IV. URL: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_4/__8.html (besucht am 23.04.2025).
- Detjen, Joachim/Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter/Richter, Dagmar/Sander, Wolfgang/Weißeno, Georg (2004). *Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf*. Unter Mitarb. von Satz & Gestaltung: Besand, Anja. 2. Auflage. Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE). Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag. ISBN: 3-89974112-9. URL: <https://gpje.de/wp-content/uploads/2024/07/Bildungsstandards-1.pdf> (besucht am 29.05.2025).

- Detjen, Joachim/Massing, Peter/Richter, Dagmar/Weißeno, Georg (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. ISBN: 978-3-658-00784-3. DOI: 10.1007/978-3-658-00785-0.
- Deutscher Bundestag (31. Aug. 2020). *Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz)*. Hrsg. von Drucksache 19/21978. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/219/1921978.pdf> (besucht am 19.06.2025).
- Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2017). „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“. In: *ZPol (Zeitschrift für Politikwissenschaft)* 27.2. PII: 97, S. 161–180. DOI: 10.1007/s41358-017-0097-9. URL: <https://link.springer.com/article/10.1007/s41358-017-0097-9> (besucht am 29.05.2025).
- Freie Hansestadt Bremen. Der Senator für Finanzen (14. Aug. 2024). *Bekanntmachung über die Einbehaltung, Anmeldung und Abführung der Beiträge zur Arbeitnehmerkammer im Land Bremen ab 1. Januar 2025*. Hrsg. von Bundesanzeiger Amtlicher Teil 06.09.2024 B6. BAnz AT 06.09.2024 B6. URL: <https://www.bundesanzeiger.de/pub/publication/P14gQ0VaEBR0aa7HAEY/content/P14gQ0VaEBR0aa7HAEY/BAnz%20AT%2006.09.2024%20B6.pdf?inline> (besucht am 12.07.2025).
- Gännsicke, Anne/Redaktuer*in: Müller, Birgit/underDOK Filmproduktion (1. Feb. 2021). *Wolle for future - Es wird immer bunter. Die Nordreportage*. NDR. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=E9UgBzmU30E> (besucht am 21.05.2025).
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (4. Juni 2000). *Satzung der GPJE*. Version 22.06.2012. URL: <https://gpje.de/satzung/> (besucht am 06.05.2024).
- Geßner, Rebekka/Hoffmann, Kora/Lotz, Mathias/Wohnig, Alexander (2016). „Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Bericht über eine Fachtagung“. In: *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung*. Hrsg. von Benedikt Widmaier/Peter Zorn. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung Band 1793. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 28–36. ISBN: 978-3-8389-0793-2. URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/1793_Beutelsbacher_Konsens_ba.pdf (besucht am 21.05.2025).
- Gloe, Markus/Oeftering, Tonio (2020). „Didaktik der politischen Bildung. Ein Überblick über Ziele und Grundlagen inklusiver politischer Bildung“. In: *Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung*. Hrsg. von Dorothee Meyer/Wolfram Hilpert/Bettina Lindmeier. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung Band 10230. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 87–132. ISBN: 978-3-7425-0230-8.

- Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2020). *3. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019*. Hrsg. von Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie: Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers. ISSN 2364-7698. Bielefeld. DOI: 10.25656/01:19456.
- Görtler, Michael/Lotz, Mathias/Partetzke, Marc/Poma Poma, Sara/Samland, Marie, Hrsg. (2017). *Kritische politische Bildung: Standpunkt und Perspektiven*. Wochenschau Wissenschaft. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag. ISBN: 9783734404207. URL: <https://www.wochenschau-verlag.de/Kritische-politische-Bildung-Standpunkte-und-Perspektiven/40420%20ORDER%20https://elibrary.utb.de/doi/book/10.46499/9783734404207> (besucht am 06.05.2025).
- Hagemeyer, Lennart/Faltas, Charlotte/Faus, Jana (2023). *Gelegenheitswähler*innen auf der Spur. Motive der Nichtwahl und Wege zur Stärkung der Wahlbeteiligung*. FES diskurs. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Analyse Planung und Beratung. ISBN: 978-3-98628-401-5. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20465.pdf>.
- Hedtke, Reinhold (2016). *Paradigmatische Parteilichkeit, lückenhafte Lehrpläne und tendenziöses Unterrichtsmaterial? Eine Studie zu Gestalt und Gehalt sozio/ökonomischer Bildung*. Hrsg. von Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. ISSN 2510-4497. Düsseldorf. URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/66437> (besucht am 02.04.2025).
- Heidenreich, Felix (2012). „Versuch eines Überblicks: Politische Theorie und Emotionen“. In: *Politische Theorie und Emotionen*. Hrsg. von Felix Heidenreich/Gary S. Schaal. 1. Aufl. Band 23. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 9–28. ISBN: 9783845238364. DOI: 10.5771/9783845238364-9.
- Helsper, Werner (2001). „Antinomien des Lehrerhandelns — Anfragen an die Bildungsgangdidaktik“. In: *Bildungsgangdidaktik*. Hrsg. von Uwe Hericks/Josef Keuffer/Hans Christof Kräft/Ingrid Kunze. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 83–103. ISBN: 978-3-8100-3345-1. DOI: 10.1007/978-3-663-05749-9_6.
- Hufer, Klaus-Peter (26. Apr. 2022). *Selbstwirksamkeit*. Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. URL: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/grundbegriffe/selbstwirksamkeit/> (besucht am 02.07.2025).
- ifo (5.05.2021). *ifo-Forscher Peichl für umfassende Reform der Grundsicherung*. Hrsg. von ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. URL: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2021-05-05/ifo-forscher-peichl-fuer-umfassende-reform-der-grundsicherung> (besucht am 09.07.2025).

- Kerschensteiner, Georg (1966). *Berufsbildung und Berufsschule. Ausgewählte Pädagogische Schriften . Band 1*. Paderborn: Ferdinand Schöningh. URL: https://digi20.digitalle-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb00045616_00005.html (besucht am 02.04.2025).
- Kiesel, Andrea/Koch, Iring (2012). *Lernen. Grundlagen der Lernpsychologie*. 1. Auflage. Basiswissen Psychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. ISBN: 978-3-531-17607-9.
- Klein, Paul (2022). „Lernen als Diskurs mit dem Beutelsbacher Konsens“. Hausarbeit. Bremen: Universität Bremen.
- Kultusministerkonferenz, Hrsg. (2005). *Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.12.1989 i. d. F. vom 17.11.2005*. Kultusministerkonferenz.
- Kultusministerkonferenz, Hrsg. (2024). *Definition Lern- und Lehrmittel*. URL: <https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-themen/lehr-und-lernmittel.html> (besucht am 01.07.2024).
- Landesinstitut für Schule Bremen (2024). *Bildungspläne Sekundarbereich II - berufsbildend*. Hrsg. von Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Landesinstitut für Schule Bremen. URL: <https://www.lis.bremen.de/schulqualitaet/bildungsplaene/sekundarbereich-ii-berufsbildend-15316> (besucht am 05.06.2024).
- Löwer, Wolfgang (2008). *Politik. Bildungsplan für die Gymnasiale Oberstufe - Qualifikationsphase -*. Hrsg. von Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/POL_GyQ_2008.pdf (besucht am 26.05.2025).
- Maier, Mona/Powell, Daniel/Murchie, Peter/Allan, Julia L. (2025). „Systematic review of the effects of decision fatigue in healthcare professionals on medical decision-making“. In: *Health psychology review*, 1–46. DOI: 10.1080/17437199.2025.2513916. eprint: 40591577. (Besucht am 12.07.2025).
- Massing, Peter (2012). „Die vier Dimensionen der Politikkompetenz“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 62.(46-47), S. 23–28. URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/148228/politische-bildung/> (besucht am 20.05.2025).
- Nonnenmacher, Frank (2010). „Analyse, Kritik und Engagement – Möglichkeiten und Grenzen schulischen Politikunterrichts“. In: *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Hrsg. von Bettina Lösch/Andreas Thimmel. Reihe Politik und Bildung Band 54. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag, 459–470. ISBN: 978-3-73440605-8. (Besucht am 29.08.2022).
- Nullmeier, Frank (28. Mai 2019). „‚Bloße Meinung‘. Über Demokratie, Öffentlichkeit und die Abwertung der Meinung als Gegenteil von Wahrheit“. In: *Soziopolis*

2019. URL: <https://www.sozioopolis.de/blosse-meinung.html> (besucht am 22.08.2022).
- Parlament Österreich, Hrsg. (2023). *Welche Bedeutung hat politische Bildung für eine Demokratie? Aktionstage Politische Bildung 23. April bis 9. Mai 2024*. Parlament Österreich. URL: <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Welche-Bedeutung-hat-politische-Bildung-fuer-eine-Demokratie> (besucht am 10.06.2024).
- Probst, Lothar/Göldner, Matthias/Klee, Andreas (2022). *Politik und Regieren in Bremen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. ISBN: 978-3-658-34573-7. DOI: 10.1007/978-3-658-34574-7.
- Reinfried, Sibylle/Mathis, Christian/Kattmann, Ulrich (2009). „Das Modell der Didaktischen Rekonstruktion. Eine innovative Methode zur fachdidaktischen Erforschung und Entwicklung von Unterricht“. de. In: *Beiträge zur Lehrerbildung* 27.3, S. 404–414. ISSN: 0259-353X. DOI: 10.25656/01:13710.
- Rößler, Sven (2016). „Blödmaschine Beutelsbach“. In: *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung*. Hrsg. von Benedikt Widmayer/Peter Zorn. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung Band 1793. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 276–284. ISBN: 978-3-8389-0793-2. (Besucht am 21.05.2025).
- Scholz, Gerold (2004). „Offen, aber nicht beliebig: Materialien für den Sachunterricht“. ger. In: *widerstreit sachunterricht* 2. DOI: 10.25673/112140.
- Schröder, Hendrik (2020). *Emotionen und politisches Urteilen*. Politische Bildung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. ISBN: 978-3-658-30655-7.
- Schwarzer, Matthias (8. Feb. 2021a). *Bürgermeister reagiert auf wütenden Wollunternehmer: „Nicht jaulen“*. Hrsg. von Redaktionsnetzwerk Deutschland. URL: <https://www.rnd.de/panorama/buergermeister-reagiert-auf-wutenden-woll-unternehmer-nicht-jaulen-EOPRRN6X3NETDHLZOLWNYI6N2Q.html> (besucht am 21.05.2025).
- Schwarzer, Matthias (5. Feb. 2021b). *Wutrede von Wollunternehmer: Das steckt hinter dem witzigen Clip*. Hrsg. von Redaktionsnetzwerk Deutschland. URL: <https://www.rnd.de/medien/wutrede-von-woll-unternehmer-das-steckt-hinter-dem-viralen-clip-5WPMZ52XHRCJVA73IMOF7LRQ2E.html> (besucht am 21.05.2025).
- Senat der Bürgerschaft Bremen (2000). *Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen*. ArbntG. Version 16. August 2022. URL: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Gesch%C3%A4fts%3%BChrung/Gesetz_ueber_die_Arbeitnehmerkammer_im_Lande_Bremen_01.pdf (besucht am 03.04.2025).

- Sturm, Roland (2021). „Föderalismus“. In: *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 70.3, 395–406. ISSN: 00165875. DOI: 10.3224/gwp.v70i3.09. URL: <https://elibrary.utb.de/doi/pdf/10.3224/gwp.v70i3.09> (besucht am 30.06.2025).
- Tierny, John (17. Aug. 2011). „Do You Suffer From Decision Fatigue?“ In: *The New York Times Magazine* 2011. Eine PDF Kopie ist unter <https://adventuredogsanarchy.com/wp-content/uploads/2014/07/decision-fatigue.pdf> zu finden. URL: <https://www.nytimes.com/2011/08/21/magazine/do-you-suffer-from-decision-fatigue.html> (besucht am 12.07.2025).
- Vogel, Beate (2006a). *Welt-Umweltkunde, Geschichte, Geografie, Politik. Bildungsplan für das Gymnasium Jahrgangsstufe 5 - 10*. Hrsg. von Senator für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/06-12-06_wuk-gy.pdf (besucht am 20.03.2025).
- Vogel, Beate (2006b). *Welt-Umweltkunde. Geschichte, Geografie, Politik. Bildungsplan für die Gesamtschule Jahrgangsstufe 5 - 10*. Hrsg. von Senator für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/06-12-06_wuk_gs.pdf (besucht am 20.03.2025).
- Vogel, Beate (2010a). *Gesellschaft und Politik. Geografie, Geschichte, Politik. Bildungsplan für die Oberschule*. Hrsg. von Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/2010_BP_0_GP%20Erlassversion.pdf (besucht am 20.03.2025).
- Vogel, Beate (2010b). *Naturwissenschaften. Biologie, Chemie, Physik. Bildungsplan für die Oberschule*. Hrsg. von Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/2010_BP_0_Nat%20Erlassversion.pdf (besucht am 20.03.2025).
- Wehling, Hans Georg (1977). „Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch.“ In: *Das Konsensproblem in der politischen Bildung*. Hrsg. von Siegfried Schiele/Herbert Schneider. Stuttgart, 173–184.
- Weißeno, Georg/Detjen, Joachim/Juchler, Ingo/Massing, Peter/Richter, Dagmar (2010). *Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell*. Bd. 1016. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung. 231 S. ISBN: 978-3-8389-0016-2. URL: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/35835/konzepte-der-politik/> (besucht am 02.06.2025).
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Hrsg. (2016). *Sachstand: Schulischer Politikunterricht in den Bundesländern*. WD 8: Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und Forschung. URL: <https://www.bundestag.de/>

resource/blob/487700/d782a1c792d2e8b02d26a25ffb1b0835/wd-8-077-16-pdf-data.pdf (besucht am 02.05.2025).

Zandonella, Martina/Zier, Jan (5.08.2024). *Betriebsräte stärken die Demokratie - Interview mit Martina Zandonella: Was Unternehmen gegen sinkende Wahlbeteiligung und politische Apathie tun können*. Hrsg. von Arbeitnehmerkammer Bremen. URL: <https://www.arbeitnehmerkammer.de/service/magazin-der-arbeitnehmerkammer/bam/ausgabe-juli/august-2024/o-interview-martina-zandonella-betriebsraete-staerken-die-demokratie.html> (besucht am 10.06.2025).

A. Appendix

A.1. Lizenzierung: Copyright (©) oder Copyleft?: CC BY-SA 4.0

In dieser Arbeit werden die gesellschaftlichen Implikationen von der zum Teil „unfreien“ Veröffentlichung von Wissen genannt und kritisiert – mal deutlicher, mal mehr im Subtext. Es mag wohl ungewöhnlich sein eine universitäre Abschlussarbeit mit einer Lizenz zu versehen, die voraussichtlich nie gebraucht wird. Aber es würde sich inkonsequent anfühlen, es nicht zu tun. Dank der Vorarbeit von Menschen, die sich ähnliche Gedanken gemacht haben, ist die Auswahl einer Lizenz deutlich hürdenfreier, als man vermuten mag. Diese Arbeit steht inspiriert von Copyleft³⁰ unter der ähnlichen, für Textprodukte (und viele weitere) gebräuchlicheren, creativecommons Lizenz: **CC BY-SA 4.0**³¹ Die Idee von Copyleft und der CC BY-SA 4.0 Lizenz, ist die Möglichkeit, nahezu alles mit dem Material unter Quellenangabe machen zu dürfen, nur nicht plötzlich freie Werke für unfreie weitere Werke zu verwenden (SA = share alike).

Dass Share Alike ist dabei eine durchaus starke Einschränkung. Aber eine die bei Produkten (für die sich überhaupt jemand interessiert) viel Freiheit erzwingt – eine fantastische rhetorische Figur, finde ich, Freiheit erzwingen³²!

A.2. Kommentar zu Lizenzen

Fast schon schade, dass ich meine Lebensaufgabe gerade nicht darin sehe Springer VS die kognitive Dissonanz zwischen ihrer Geschäftstätigkeit und den publizierten Inhalten um die Ohren zu hauen. Zumal sie ja nichtmal direkt etwas dafür kön-

³⁰Diese Lizenz ist für Software verbreitet. vgl. z.B. <https://www.gnu.org/licenses/copyleft.en.html> (zuletzt geprüft am 10.06.2025)

³¹*Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International License* <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/> (zuletzt geprüft am 10.06.2025).

³²Dieses Oxymoron passt auch wieder gut zu den Antinomien mit denen Bildung, auch insbesondere politische Bildung im System Schule, konfrontiert ist.

nen. Das System der wissenschaftlichen Publizistik ist auf gönnende Philantropen angewiesen – Z. B. wenn die Max Planck Society mal Bock hat eine CC Lizenz für eine Veröffentlichung rauszuhauen (Beispiel von hier: Elsässer et al. 2017: 178, übrigens ohne SA, damit auch die kommerzielle Publizistik Spaß damit haben kann). Ansonsten scheint es Usus zu sein, dass Menschen, die ihr Geld hauptsächlich aus einer Anstellung beim Staat verdienen, ihre Forschungsergebnisse bisweilen in einem Verlag veröffentlichen müssen, der sie dann für viel Geld weitervermarktet (Schröder 2020: schade, dass sich das wahrscheinlich einige nicht anschauen werden, siw nicht über den akademischen Bereich o. Ä. Zugang haben. Ist spannend, aber Paywall ftw (e-book 66,99€ am 12.06.2025)). Und auch die Autor*innen verrichten nur ihre Arbeit brauchen wahrscheinlich, eine prestige-trächtige Veröffentlichung, da Wissenschaft sich auch den Marktzwängen von Reichweite als Priorität unterworfen sieht. Es ist fast schon nervig, sich kein vernünftiges Feindbild gestalten zu können. Immer muss ich grummelig auf ein abstraktes System sein.

Falls jemand das lesen sollte und sich fragt, wie man die Antinomie einer verzwickten Gesellschaft und der eigenen Handlungsfähigkeit an so einer Stelle auflösen könnte ohne über den Umweg der SuUB o. Ä. zu verfügen: z. B. <https://www.sci-hub.ren/> (07.07.2025; SciHub in eine Suchmaschine eingeben, aus guten Gründen ist SciHub redundant und mit mehreren Adressen angelegt). Für die angesprochene Monographie käme man mit der DOI auch ans Ziel³³. Rechtlich haben die Verlage ein Profit-Interesse daran freies Wissen zu verhindern. Auch wenn sie auf Seite III ihre Buchreihe bspw. folgendermaßen vorstellen:

Die Reihe Politische Bildung vermittelt zwischen den vielfältigen Gegenständen des Politischen und der Auseinandersetzung mit diesen Gegenständen in politischen Bildungsprozessen an Schulen, außerschulischen Einrichtungen und Hochschulen. Deshalb werden theoretische Grundlagen, empirische Studien und handlungsanleitende Konzeptionen zur politischen Bildung vorgestellt, um unterschiedliche Zugänge und Sichtweisen zu Theorie und Praxis politischer Bildung aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen. Die Reihe Politische Bildung wendet sich an Studierende, Referendare und Lehrende der schulischen und außerschulischen politischen Bildung.

(ebd.: III)

Da ich den Text nicht kopieren konnte, habe ich ihn Buchstabe für Buchstabe abgetippt, weil das die Innovation ist, die Springer VS vorantreibt. Anderen würde ich empfehlen Google Lens o. Ä. auf den Bildschirm zu halten. Die Arbeit mit der eingebauten Optical Character Recognition (OCR) ist ziemlich Nutzer*innen freundlich.

³³<https://www.wellesu.com/10.1007/978-3-658-30656-4> (07.07.2025)

Mit diesem Wissen hoffe ich „zwischen den vielfältigen Gegenständen des Politischen und der Auseinandersetzung mit diesen Gegenständen in politischen Bildungsprozessen an Schulen, außerschulischen Einrichtungen und Hochschulen“ beitragen zu können (Schröder 2020: III). Auch darüber hinaus für eine demokratische Öffentlichkeit, „um unterschiedliche Zugänge und Sichtweisen zu Theorie und Praxis politischer Bildung aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen.“ (ebd.: III). Auch wenn man sich nicht institutionen-offiziell als „Studierende, Referendare und Lehrende der schulischen und außerschulischen politischen Bildung“ qualifizieren durfte (ebd.: III).

Mal sehen wie freigiebig ich als Lehrer später mit meinem Unterrichtsmaterial sein werde. Es ist natürlich peinlich, diese Qualität zu publizieren. Aber wenn es viele machen, geht es wieder und man könnte gemeinsam an Qualität feilen und kooperieren anstatt zu konkurrieren, was auch zur Effizienz beitragen müsste. Ferner könnte es zur Transparenz von Bildung beitragen und damit auch mehr den Weg zur Demokratisierung dieser öffnen.

B. Anhang der Materialkarten

Die Materialkarten sind *unveröffentlichte* Entwürfe und NICHT geistiges Eigentum des Autors.

Themenfarbe
mit Muster

BLA – Bremer Lehrmaterial für Auszubildende

Demokratie A1

Demokratie

Föderalismus und Arbeitsschutz

Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?

Die staatliche Gewerbeaufsicht, unter dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist für die rechtliche Rahmgebung und Überwachung des betrieblichen Arbeitsschutzes verantwortlich. Die Umsetzung erfolgt auf Landesebene (→ bürgernahe Aufgabenerledigung), jedoch wurden durch Umstrukturierungen und Personalmangel die Kontrollen erheblich reduziert. Im Jahr 2018 wurden 167.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, im Vergleich zu knapp 183.000 im Jahr 2017. Die Bundesregierung weist Verantwortung aufgrund föderaler Zuständigkeit (GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus) zurück. Das Land Bremen verfügt im Bundeschnitt 2007 bis 2017 über die zweitgeringste Abnahme von Arbeitsschutz-Kontrollen nach Nordrhein-Westfalen. Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetz) sieht eine „Mindestbesichtigungsquote“ vor, die bis 2026 jährlich fünf Prozent

Dauer: ca. 15 min

Leitfrage: Welche Erfahrungen mit Arbeitsschutz habt ihr bisher gemacht?

Kompetenzbereich: Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.

Keywords: Föderalismus, Arbeitsschutz, Bundesgesetze, Grundgesetz, Politikverflechtung

aller Betriebe kontrollieren soll. Bisher liegt die Quote bei nur etwas über zwei Prozent, wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden. Die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene staatliche Ebenen birgt organisatorische Herausforderungen, die die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden beeinträchtigen können. (→ Politikverflechtung).

Vorderseite DIN A5

Themenfarbe

— Demokratie A1

Quellen

M1: „Jede zehnte Berufskrankheiten-Anzeige im Land Bremen betrifft Hautkrebs durch UV-Strahlung bei der Arbeit im Freien, eine Erkrankung, die durch einen systematischen Arbeitsschutz wirksam verhütet werden kann.“

(Aus: Berufskrankheiten in Bremen – neue Tendenzen. Lagebericht 2019. Arbeitnehmerkammer Bremen.)

Aufgabe 1

- Erläutere in eigenen Worten, worum es in M1 geht.
- Skizziere anschließend zwei konkrete Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um dieser Gefährdung entgegenzuwirken.

Aufgabe 2

- Welche Verpflichtungen haben Arbeitgeber gemäß M2?
- Warum sind die Aufklärung und der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit wichtige Aspekte des Arbeitsschutzes?

Aufgabe 3

Welche Erfahrungen hast Du an Deinem Arbeitsplatz mit Arbeitsschutz gemacht?

M2: Wer in den Monaten April bis September mindestens eine Stunde pro Tag im Freien arbeitet, hat ein Anrecht auf eine Angebotsvorsorge. Arbeitgeber sind in diesem Fall verpflichtet, eine arbeitsmedizinische Vorsorge bei der/dem für den Betrieb zuständigen Betriebsärzt:in anzubieten. Ziele sind die Aufklärung sowie der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit. Sprechen Sie dazu mit Ihrem Arbeitgeber oder direkt mit dem/der Betriebsärzt:in.

(Aus: Sonne und Hitze. Gesundheitsschutz im Frühling. Arbeitnehmerkammer Bremen.)

Auf den Seiten der **Arbeitnehmerkammer Bremen** gibt es noch mehr relevante Quellen.

Link zur AKB Webseite

Rückseite DIN A5

Demokratie A

Föderalismus und Arbeitsschutz - Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?

Themenfeld		Dauer: ca. 15min	
DEMOKRATIE A		Thema:	Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?
A1 Einstieg			
Leitfrage: Welche Erfahrungen mit Arbeitsschutz habt ihr bisher gemacht?		Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.
Keywords :	Föderalismus, Arbeitsschutz, Bundesgesetze, Grundgesetz, Politikverflechtung		
Gegenstand der Auseinandersetzung Die staatliche Gewerbeaufsicht, unter dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist für die rechtliche Rahmengesetzgebung und Überwachung des betrieblichen → Arbeitsschutzes verantwortlich. Die Umsetzung erfolgt auf Landesebene (→ bürgernahe Aufgabenerledigung), jedoch wurden durch Umstrukturierungen und Personalmangel die Kontrollen erheblich reduziert. Im Jahr 2018 wurden 167.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, im Vergleich zu knapp 183.000 im Jahr 2017. Die Bundesregierung weist Verantwortung aufgrund föderaler Zuständigkeit (GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus) zurück. Das Land Bremen verfügt im Bundesschnitt 2007 bis 2017 über die zweitgeringste Abnahme von Arbeitsschutz-Kontrollen nach Nordrhein-Westfalen. Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetze) sieht eine "Mindestbesichtigungsquote" vor, die bis 2026 jährlich fünf Prozent aller Betriebe kontrollieren soll. Bisher liegt die Quote bei nur etwas über zwei Prozent, wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden. Die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene staatliche Ebenen birgt organisatorische Herausforderungen, die die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden beeinträchtigen können. (→ Politikverflechtung).			

Quellen
<p>M1 „Jede zehnte Berufskrankheiten-Anzeige im Land Bremen betrifft Hautkrebs durch UV-Strahlung bei der Arbeit im Freien, eine Erkrankung, die durch einen systematischen Arbeitsschutz wirksam verhütet werden kann.“ (Aus: Berufskrankheiten in Bremen – neue Tendenzen. Lagebericht 2019. Arbeitnehmerkammer Bremen. Abrufbar unter: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Lagebericht_-_Einzelartikel/2019/Lagebericht_2019_Reuhl_Berufskrankheiten.pdf)</p> <p>M2 Wer in den Monaten April bis September mindestens eine Stunde pro Tag im Freien arbeitet, hat ein Anrecht auf eine Angebotsvorsorge. Arbeitgeber sind in diesem Fall verpflichtet, eine arbeitsmedizinische Vorsorge bei der/dem für den Betrieb zuständigen Betriebsärzt:in anzubieten. Ziele sind die Aufklärung sowie der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit. Sprechen Sie dazu mit Ihrem Arbeitgeber oder direkt mit dem/der Betriebsärzt:in. (Aus: Sonne und Hitze. Gesundheitsschutz im Frühling. Abrufbar unter: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Gesundheitsinfos/Sonne_und_Hitze_Gesundheitsschutz_im_Fr%C3%BChling_und_Sommer.pdf)</p>
Aufgaben
<p>Aufgabe 1</p> <p>a) Erläutere in eigenen Worten, worum es in M1 geht.</p> <p>b) Skizziere anschließend zwei konkrete Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um dieser Gefährdung entgegenzuwirken.</p> <p>Aufgabe 2</p> <p>a) Erläutere welche Verpflichtungen Arbeitgeber gemäß M2 haben.</p> <p>b) Erkläre warum die Aufklärung und der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit wichtige Aspekte des Arbeitsschutzes sind.</p> <p>Aufgabe 3</p> <p>Erörtere und diskutiere welche Erfahrungen Du an Deinem Arbeitsplatz mit Arbeitsschutz gemacht hast.</p> <p><i>Die Vier-Ecken-Methode</i></p> <p>Ihr geht zu der Ecke, die Eurer Ansicht am ehesten entspricht und tauscht euch dort mit den Mitschülern aus, die ebenfalls diese Ecke gewählt haben. Unterhaltet euch darüber, warum ihr euch für diese Ecke entschieden habt. Vorschläge für die Benennungen der Ecken:</p> <ul style="list-style-type: none">• <u>Ecke A „Minimaler Schutzplatz“:</u> Grundlegende Sicherheitsausrüstung wie z.B. Schutzbrillen und einfache Verhaltensregeln am Arbeitsplatz sind bekannt.• <u>Ecke B „Grundlegende Sicherheitsecke“:</u> <i>Beschreibung:</i> Schulungen zu Erster Hilfe, Brandschutz und ergonomische Arbeitsplatzgestaltungen werden angeboten.• <u>Ecke C „Fortgeschrittene Präventionszone“:</u> <i>Beschreibung:</i> Risikobewertung, regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen und vorbeugenden Gesundheitsinitiativen sind vorhanden.• <u>Ecke D „Maximale Sicherheitsoase“:</u> <i>Beschreibung:</i> Spezialisierte Sicherheitsmaßnahmen, Technologien zur Gefahrenerkennung, regelmäßige Gesundheitsüberwachung und spezielle Schulungen für komplexe Arbeitsumgebungen sind vorhanden.

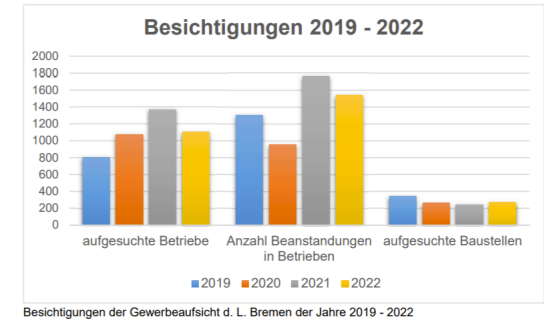
Themenfeld		Dauer: ca. 45min	
DEMOKRATIE A		Thema:	Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?
A2 Erarbeitung			
Leitfrage: Wer kümmert sich um den Arbeitsschutz?		Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.
Keywords :	Föderalismus, Arbeitsschutz, Bundesgesetze, Grundgesetz, Politikverflechtung		
Gegenstand der Auseinandersetzung Die staatliche Gewerbeaufsicht, unter dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist für die rechtliche Rahmengesetzgebung und Überwachung des betrieblichen → Arbeitsschutzes verantwortlich. Die Umsetzung erfolgt auf Landesebene (→ bürgernahe Aufgabenerledigung), jedoch wurden durch Umstrukturierungen und Personalmangel die Kontrollen erheblich reduziert. Im Jahr 2018 wurden 167.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, im Vergleich zu knapp 183.000 im Jahr 2017. Die Bundesregierung weist Verantwortung aufgrund föderaler Zuständigkeit (GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus) zurück. Das Land Bremen verfügt im Bundesschnitt 2007 bis 2017 über die zweitgeringste Abnahme von Arbeitsschutz-Kontrollen nach Nordrhein-Westfalen. Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetze) sieht eine "Mindestbesichtigungsquote" vor, die bis 2026 jährlich fünf Prozent aller Betriebe kontrollieren soll. Bisher liegt die Quote bei nur etwas über zwei Prozent, wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden. Die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene staatliche Ebenen birgt organisatorische Herausforderungen, die die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden beeinträchtigen können. (→ Politikverflechtung).			

Quellen
M1 Videoclip „Die Geschichte des Arbeitsschutzes in Deutschland“ [Als QR-Code] https://www.youtube.com/watch?v=V_nQOFzYQjc M2 Das föderale Arbeitsschutzsystem Hier entsprechende Grafik einbauen. M3 Interview mit Vertreter*in AK „Zur Lage des Arbeitsschutzes in Bremen“ [Als QR-Code] (muss noch geführt werden) In Anlehnung an: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Lagebericht_-_Einzelartikel/2019/Lagebericht_2019_Reuhl_Berufskrankheiten.pdf M4 Statistik der untersuchten Betriebe
Aufgaben
Aufgabe 1 a) Was erfährst Du in M1 über den Arbeitsschutz? Charakterisiere verschiedene Phasen des Arbeitsschutzes in Deutschland, in dem du Dir passende Überschriften dafür überlegst. Finde mindestens fünf Überschriften. (Partner*innenarbeit) b) Der Arbeitsschutz hat sich mit der Zeit verbessert. Erläutere an einem Beispiel aus M1, wie es zu Verbesserungen gekommen ist. Beschreibe die Entwicklung und benutze dafür die Wörter <i>Arbeiter*innen/Arbeitsbedingungen/ Verbesserungen/Gesetz</i> Aufgabe 2 a) Recherchiere im Internet zu den drei Bestandteilen des Arbeitsschutzsystems (M2). Beantworte die nachstehenden Fragen: - Wie lautet der Titel von Paragraph (§) 3 des Arbeitsschutzgesetzes? - Wer ist nach §18 des Arbeitsschutzgesetzes verantwortlich für die Rechtsverordnungen zum Arbeitsschutz? - Wer muss nach §21 Absatz 1a, die Überwachung des Arbeitsschutzes sicherstellen? - Wie ist der Name der Behörde, die im Bundesland Bremen den Arbeitsschutz überwacht? Aufgabe 3 a) Lese M3. Benenne die Chancen und Herausforderungen der Sicherung des Arbeitsschutzes im Bundesland Bremen und die Möglichkeiten sich bei Problemen mit dem Arbeitsschutz beraten zu lassen. b) 2022 gab es ca. 23.000 Betriebe im Bundesland Bremen. Beurteile unter Bezugnahme auf M4 die Arbeit des Gewerbeaufsichtsamtes und begründe deine Argumentation schriftlich. c) Interpretiere am Beispiel der Umsetzung des Arbeitsschutzes warum man bei der Zusammenarbeit von Bund und Ländern von Politikverflechtung sprechen kann.

M2 Grafik „Das föderale Arbeitsschutzsystem“



M4 Statistik der untersuchten Betriebe



Themenfeld		Dauer: ca. 45min
DEMOKRATIE A	Thema:	Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?
A3 Auswertung/Übertrag		
Leitfrage: Pro und Contra Föderalismus oder warum ist das Teilen von Macht ein Strukturprinzip demokratischer Herrschaft?		Kompetenzbereich : Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.
Keywords:	Föderalismus, Arbeitsschutz, Bundesgesetze, Grundgesetz, Politikverflechtung	
Gegenstand der Auseinandersetzung Die staatliche Gewerbeaufsicht, unter dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist für die rechtliche Rahmgebung und Überwachung des betrieblichen → Arbeitsschutzes verantwortlich. Die Umsetzung erfolgt auf Landesebene (→ bürgernahe Aufgabenerledigung), jedoch wurden durch Umstrukturierungen und Personalmangel die Kontrollen erheblich reduziert. Im Jahr 2018 wurden 167.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, im Vergleich zu knapp 183.000 im Jahr 2017. Die Bundesregierung weist Verantwortung aufgrund föderaler Zuständigkeit (GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus) zurück. Das Land Bremen verfügt im Bundesschnitt 2007 bis 2017 über die zweitgeringste Abnahme von Arbeitsschutz-Kontrollen nach Nordrhein-Westfalen. Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetze) sieht eine "Mindestbesichtigungsquote" vor, die bis 2026 jährlich fünf Prozent aller Betriebe kontrollieren soll. Bisher liegt die Quote bei nur etwas über zwei Prozent, wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden. Die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene staatliche Ebenen birgt organisatorische Herausforderungen, die die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden beeinträchtigen können. (→ Politikverflechtung).		

Quellen
<p>M1 Föderalismus „leicht erklärt!</p> <p>[Als QR-Code] https://www.bundestag.de/resource/blob/834660/22ef527c6bdea2e2d4339019044ffa48/beilage_171_foederalismus_19042021-data.pdf</p> <p>M2 Winfried Kretschmann (Ministerpräsident Baden-Württemberg): „Bremer Politiker sind für die Schulen in Bremen verantwortlich, nicht ich. So ist es geordnet, und so muss man es akzeptieren. Die Kultusministerkonferenz setzt für alle geltende Grundregeln, und die Länder setzen sie in föderaler Eigenregie um. Die Unterschiede führen dazu, dass geprüft wird, warum in Bremen etwas schlechter läuft als bei uns. Dann wird man merken, dass das nicht nur an der Politik liegt, sondern auch an Strukturen und der Einwohnerschaft. Dass Föderalismus nicht nur Kooperation, sondern auch Wettbewerb heißt, ist eine Riesenchance.“</p> <p>(Quelle: https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/ministerpraesident/interviews-reden-und-regierungserklaerungen/interview/pid/der-foederalismus-ist-eine-geniale-erfindung)</p> <p>M3</p>
Aufgaben
<p>Aufgabe 1 a) Schreibe einen Brief an einen ausgedachten Freund oder Freundin in den USA und erkläre ihr/ihm mit Hilfe von M1 den Begriff „Föderalismus“. Benenne die M1 dargestellte Pro und Contra-Argumenten für eine föderale Staatsform</p> <p>Aufgabe 2 a) Ein Grundsatz des Föderalismus ist, dass „Aufgaben erst mal möglichst direkt vor Ort geregelt werden sollen.“ Wende diesen Grundsatz auf M2 an und erläutere, damit die Aussage von Winfried Kretschmann. b) Die Polizei ist in der Bundesrepublik Ländersache. Recherchiere zu diesem Thema im Internet und erschließe Dir mit den bisher genannten Argumenten zum Föderalismus, warum die Polizei durch die Länder verantwortet wird.</p> <p>Aufgabe 3 Positionslinie zur Aussage: „Föderalismus ist eine geniale Erfindung!“ (Winfried Kretschmann)</p> <p>- Markiert mit Klebeband entlang einer Wand am Boden drei Positionen: Finde ich auch! Ich bin unentschieden! Finde ich nicht! - Eine Bewertungs-/Beurteilungsränge wird formuliert - Die Schüler*innen stellen sich spontan entlang der Positionslinie an der Stelle auf, die ihrer Meinung zu der Frage entspricht. - In der Klasse werden nun die verschiedenen Positionen erläutert und diskutiert. Anschließend kann die Positionslinie wiederholt werden.</p>

Weiterführende Materialien

https://www.gesundheit.bremen.de/sixcms/media.php/13/TOP_4_L-21-21_Teil_B_Jahresbericht_Gewerbeaufsicht-.pdf

https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Lagebericht_-_Einzelartikel/2019/Lagebericht_2019_Reuhl_Berufskrankheiten.pdf

https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Gesundheitsinfos/Sonne_und_Hitze__Gesundheitsschutz_im_Fr%C3%BChling_und__Sommer.pdf

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/010/1901011.pdf>

<https://www.bundestag.de/parlament/grundgesetz/gg-serie-10-bundesgesetze-bundesverwaltung-634552#:~:text=Den%20Vollzug%20der%20Bundesgesetze%20nehmen,der%20Bund%20in%20%C3%A4nderzust%C3%A4ndigkeiten%20eindringt.>

<https://www.gesetze-im-internet.de/arbschg/BJNR124610996.html#BJNR124610996BJNG000500000>

https://www.gesetze-im-internet.de/arbschg/_21.html

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/arbeitsschutz-kontrollen-101.html>

file:///C:/Users/aklee/Downloads/20200818_Arbeitsschutz_sichere_Arbeitsbedingungen.pdf

<https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp20/land/protokoll/b20I0028.pdf>

Demokratie B

Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?

Themenfeld	Dauer: ca. 60 min	
DEMOKRATIE B	Thema:	Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?
B1 Einstieg		
Leitfrage: Was denken eure Mitschüler:innen über das Thema Wahlen?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage unterschiedliche demokratische Entscheidungsverfahren zu reflektieren und zu beurteilen.
Keywords :	Wahlen, Willensbildung, Wahlbeteiligung, Partizipation, Legitimität	
Gegenstand der Auseinandersetzung → Wahlen bilden das Fundament jeder Demokratie, indem sie Bürger:innen die Möglichkeit bieten, ihre politischen Vertreter frei und regelmäßig zu wählen. Sie ermöglichen den Menschen, politische Entscheidungen zu beeinflussen und sicherzustellen, dass die Regierung ihren Willen repräsentiert (→Willensbildung). Durch die Aussicht auf künftige Wahlen wird bei den gewählten Vertretern Verantwortlichkeit gefördert, da sie im Interesse der Bevölkerung handeln sollen. Zudem garantieren Wahlen politische Vielfalt und einen friedlichen Austausch von Meinungsunterschieden. Die →Wahlbeteiligung gibt an, wie viele Bürger:innen am politischen Prozess teilnehmen (→Partizipation). Hohe Beteiligung stärkt die → Legitimität der Demokratie und signalisiert Vertrauen in das System, während niedrige Beteiligung oft auf Desinteresse oder Unzufriedenheit hindeutet. In den letzten Jahren ist die Wahlbeteiligung bei Bundes- und Landtagswahlen wechselhaft, auch in Bremen. Bei einer insgesamt geringen Wahlbeteiligung oder einer geringen Wahlbeteiligung von bestimmtem Wähler:innengruppen kann die demokratische →Legitimation beeinträchtigt werden. In Bremen fällt besonders auf, dass gut situierte Milieus und Stadtteile davon weniger betroffen sind: Hier bleibt die Beteiligung stabil, da sich die Menschen als selbstwirksam erleben und ihre Interessen auch bei Wahlen vertreten möchten. In anderen Stadtteilen wird deutlich weniger gewählt.		

B1 Einstieg
Quellen
Aufgaben
Aufgabe 1 Führt in einer Gruppe (3-5 Schüler:innen) eine kleine Umfrage an eurer Schule durch und findet heraus, was eure Mitschüler:innen über das Thema Wahlen denken und wissen. <ul style="list-style-type: none"> a) Erstellt eine anonyme Umfrage für deine Schule mit den folgenden Aussagen. (Tipp: Nutzt hierfür eine Stellwand, die ihr im Eingangsbereich der Schule platziert) <ul style="list-style-type: none"> 1) Ich gehe wählen/ Ich gehe nicht wählen 2) Ich habe das Gefühl genug über Wahlen zu wissen: ja/ nein b) Stellt mind. 5 Mitschüler:innen die folgenden Fragen und notiert euch die Antworten: <ul style="list-style-type: none"> "Was weißt du über Wahlen?" „Was weißt du über die Bürgerschaftswahl?“ „Was weißt du über die Bundestagswahl?“ c) Stellt mind. 5 Mitschüler:innen die folgende Frage und notiert euch die Antworten: <ul style="list-style-type: none"> "Welches Thema ist dir am wichtigsten, wenn du dich bei Wahlen für eine Partei entscheidest?" d) Stellt mind. 5 Mitschüler:innen die folgende Frage und notiert euch die Antworten: <ul style="list-style-type: none"> "Wie informierst du dich über anstehende Wahlen und Parteien?" Aufgabe 2 Präsentiert eure Umfrageergebnis vor der Klasse. Beantwortet hierfür die folgenden Fragen: <ul style="list-style-type: none"> - Welches Ergebnis, welche Antworten haben euch am meisten überrascht? - Welches Ergebnis, welche Antworten habt ihr so erwartet? - Wie bewertet ihr das Interesse/Wissen eurer Mitschüler:innen am/über das Thema Wahlen? Ist es aus eurer Sicht ausreichend? Wenn ja, begründet eure Antwort. Wenn nein, habt ihr Ideen, was man tun könnte, um das Interesse/das Wissen zu erhöhen?

Themenfeld	Dauer: ca. 60 min	
DEMOKRATIE B	Thema:	Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?
B2 Erarbeitung		
Leitfrage: Wer geht eigentlich wählen und warum ist das ein Problem?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage unterschiedliche demokratische Entscheidungsverfahren zu reflektieren und zu beurteilen.
Keywords :	Wahlen, Willensbildung, Wahlbeteiligung, Partizipation, Legitimität, Wahlgrundsätze	
Gegenstand der Auseinandersetzung → Wahlen bilden das Fundament jeder Demokratie, indem sie Bürger:innen die Möglichkeit bieten, ihre politischen Vertreter frei und regelmäßig zu wählen. Sie ermöglichen den Menschen, politische Entscheidungen zu beeinflussen und sicherzustellen, dass die Regierung ihren Willen repräsentiert (→Willensbildung). Durch die Aussicht auf künftige Wahlen wird bei den gewählten Vertretern Verantwortlichkeit gefördert, da sie im Interesse der Bevölkerung handeln sollen. Zudem garantieren Wahlen politische Vielfalt und einen friedlichen Austausch von Meinungsunterschieden. Die →Wahlbeteiligung gibt an, wie viele Bürger:innen am politischen Prozess teilnehmen (→Partizipation). Hohe Beteiligung stärkt die → Legitimität der Demokratie und signalisiert Vertrauen in das System, während niedrige Beteiligung oft auf Desinteresse oder Unzufriedenheit hindeutet. In den letzten Jahren ist die Wahlbeteiligung bei Bundes- und Landtagswahlen wechselhaft, auch in Bremen. Bei einer insgesamt geringen Wahlbeteiligung oder einer geringen Wahlbeteiligung von bestimmtem Wähler:innengruppen kann die demokratische →Legitimation beeinträchtigt werden. In Bremen fällt besonders auf, dass gut situierte Milieus und Stadtteile davon weniger betroffen sind: Hier bleibt die Beteiligung stabil, da sich die Menschen als selbstwirksam erleben und ihre Interessen auch bei Wahlen vertreten möchten. In anderen Stadtteilen wird deutlich weniger gewählt. Sind dadurch die →Wahlgrundsätze bedroht?		

B2 Erarbeitung
Quellen M1 https://www.statistik-bremen.de/Tabellen/Wahlen/WahlatlasBuergerschaft2023_Strukturindikatoren/BremerWahlatlasII.html?indicator=i50&indicator2=i0 M2 https://www.bpb.de/themen/politisches-system/wahlen-in-deutschland/335666/wahlbeteiligung-nichtwaehler-und-protestwaehlerschaft/ M3 https://www.fes.de/artikel-in-gute-gesellschaft-17/studie-wer-fehlt-an-der-wahlurne
Aufgaben
Aufgabe 1 a) Öffne den Link zum Bremer Wahlatlas M1 und mach dich mit der Seite vertraut. Welche Informationen werden dargestellt? Notiere was du dort alles herausfinden kannst. b) Beschreibe was auf den Karten 1 und Karten 2 dargestellt wird. Vergleiche beide Karten miteinander. Welche Ortsteile sind in den jeweiligen Karten eingefärbt? In welchem Verhältnis stehen Wahlbeteiligung (Karte 1) und Arbeitslosenziffer (Karte 2) zueinander?
Aufgabe 2 a) Beschreibe was auf der Karikatur M2 zu sehen ist. Wie kannst du die Aussage der Karikatur zusammenfassen. Formuliere die Aussage in maximal zwei Sätzen. b) Bist du mit der Aussage der Karikatur M2 einverstanden? Welche Gründe könntest du noch nennen, die Bürger:innen vom Wählen abhalten? Nutze für deine Begründung vorrangig die Informationen aus dem Bremer Wahlatlas (M1).
Aufgabe 3 Lese in Material M3 den Kasten „Muster der Wahlbeteiligung“. <ul style="list-style-type: none"> a) Welches Muster der Wahlbeteiligung wird dort beschrieben? Versuche den nachstehen Satz entsprechend zu ergänzen: „Je höher die, desto niedriger ist die.....“ Benutze die Wörter „Wahlbeteiligung“ / „Stadtteil“ / „Arbeitslosenquote“.
Aufgabe 4 In den vorherigen Aufgaben 1-3 haben wir herausgearbeitet, dass es eine bestimmte Gruppe von Menschen häufiger nicht zur Wahl geht als eine andere. <ul style="list-style-type: none"> a) Welche Gründe könnten hierfür verantwortlich sein? Nutze die Karikatur M2 und erfinde hierfür neue Sprechblasentexte. Du hast zwei Sprechblasen zur Verfügung. Du solltest jeweils nicht mehr als 20 Wörter benutzen.

Themenfeld		Dauer: ca. 45 min
DEMOKRATIE B		Thema: Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?
B3 Auswertung/Übertrag		
Leitfrage: Warum wird in einer Demokratie gewählt?		Kompetenzbereich : Die Schüler:innen sind in der Lage unterschiedliche demokratische Entscheidungsverfahren zu reflektieren und zu beurteilen.
Keywords :	Wahlen, Willensbildung, Wahlbeteiligung, Partizipation, Legitimität, Wahlgrundsätze	
Gegenstand der Auseinandersetzung → Wahlen bilden das Fundament jeder Demokratie, indem sie Bürger:innen die Möglichkeit bieten, ihre politischen Vertreter frei und regelmäßig zu wählen. Sie ermöglichen den Menschen, politische Entscheidungen zu beeinflussen und sicherzustellen, dass die Regierung ihren Willen repräsentiert (→Willensbildung). Durch die Aussicht auf künftige Wahlen wird bei den gewählten Vertretern Verantwortlichkeit gefördert, da sie im Interesse der Bevölkerung handeln sollen. Zudem garantieren Wahlen politische Vielfalt und einen friedlichen Austausch von Meinungsunterschieden. Die →Wahlbeteiligung gibt an, wie viele Bürger:innen am politischen Prozess teilnehmen (→Partizipation). Hohe Beteiligung stärkt die → Legitimität der Demokratie und signalisiert Vertrauen in das System, während niedrige Beteiligung oft auf Desinteresse oder Unzufriedenheit hindeutet. In den letzten Jahren ist die Wahlbeteiligung bei Bundes- und Landtagswahlen wechselhaft, auch in Bremen. Bei einer insgesamt geringen Wahlbeteiligung oder einer geringen Wahlbeteiligung von bestimmtem Wähler:innengruppen kann die demokratische →Legitimation beeinträchtigt werden. In Bremen fällt besonders auf, dass gut situierte Milieus und Stadtteile davon weniger betroffen sind: Hier bleibt die Beteiligung stabil, da sich die Menschen als selbstwirksam erleben und ihre Interessen auch bei Wahlen vertreten möchten. In anderen Stadtteilen wird deutlich weniger gewählt. Sind dadurch die →Wahlgrundsätze noch erfüllt?		

B3 Auswertung/Übertrag

Quellen

M1 <https://www.arbeitnehmerkammer.de/service/magazin-der-arbeitnehmerkammer/bam/januar-februar-2024/interview-betriebsraete-staerken-die-demokratie.html>

M2 https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen/Veranstaltungsdokumentation/Downloads/Vortrag_Thomas_Schwarzer_ANK_Bremens_Bev%C3%B6lkerung_mit_wenig_Geld.pdf

Aufgaben

Aufgabe 1

Recherchiere im Internet nach dem Begriff „Politische Selbstwirksamkeit“.

- Finde eine Arbeitsdefinition für den Begriff „Politische Selbstwirksamkeit“. Benutze hierfür maximal 3 Sätze. Gib dabei unbedingt die Quellen an auf die du dich beziehst.
- Erläutere, wann man bei einer Person von einer eher *hohen politischen Selbstwirksamkeit* und wann von einer eher *niedrigen politischen Selbstwirksamkeit* sprechen würde? Finde hierzu Beispiele aus dem Alltag.

Aufgabe 2

Lese das Interview M2.

- Fasse die Hauptaussagen des Interviews zur Bedeutung von Betriebsräten für die Demokratie zusammen.
- Erkläre, welche demokratischen Werte Betriebsräte laut den Interviewten fördern und wie sie zur politischen Mitbestimmung beitragen.
- Diskutiere die im Interview genannten Herausforderungen für Betriebsräte und bewerte ihre Bedeutung.
- Reflektiere, wie die Themen Mitbestimmung und Demokratie am Arbeitsplatz mit demokratischer Teilhabe im eigenen Umfeld zusammenhängen.

Aufgabe 3

Führt eine Pro-Contra-Debatte durch:

Pro-Gruppe:

„Wir finden es sollten so viele Menschen wie möglich wählen gehen!“

Contra-Gruppe:

„Wir finden es sollten nur Menschen wählen gehen, die sich gut mit Politik auskennen!“

Ablauf:

- Findet euch in euren Gruppen (Pro oder Contra) zusammen.
- Entwickelt drei bis fünf überzeugende Argumente für eure Position.
- Überlegt, welche Argumente die andere Gruppe haben könnte und wie ihr darauf antworten könnt.
- Haltet die Debatte, wobei jede Gruppe abwechselnd Argumente vorträgt und auf die Gegenseite reagiert.
- Schreibt abschließend eine kurze Reflexion zur Debatte: Welches Argument hat euch am meisten überzeugt? Was habt ihr gelernt?

NiBrutto und Arbeitsleben A

Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?

Themenfeld	Dauer:	
Arbeitsleben A	Thema:	Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?
A1 Einstieg		
Leitfrage: Was ist Einkommensarmut und wie kann sie erklärt werden? Welche Leistungen kann ich in Bremen beantragen, wenn ich von Einkommensarmut betroffen bin?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Keywords:	Einkommensarmut, Brutto- und Nettoeinkommen, Tarifbindung, Medianverdienst, Voll- und Teilzeitbeschäftigung, Niedriglohnsektor, Gender-Pay-Gap	
Gegenstand der Auseinandersetzung Armut ist in Deutschland ein zunehmendes Problem. Im Jahr 2023 lebte in Bremen jede*r vierte (27%) unter der Armutsgrenze. In Bremerhaven ist diese Quote mit 33% sogar noch höher als in der Stadt Bremen. Viele dieser Menschen sind arm, obwohl sie einer regulären Beschäftigung nachgehen. Doch was bedeutet Einkommensarmut eigentlich? Arm trotz Arbeit sind laut EU-Standard Arbeitnehmer:innen die über weniger als 60% des mittleren gewichteten Einkommens verfügen. Dieses lag 2023 für einen Ein-Personen-Haushalt bei 2.079 Euro netto, die Armutsgrenze liegt damit bei 1.247 Euro. Doch warum haben so viele Menschen trotz Arbeit wenig Geld zur Verfügung? Die Ursachen dafür sind, dass viele im Niedriglohnsektor oder in Teilzeit tätig sind und aufgrund des geringeren Verdienstes unter die Armutsgrenze rutschen. Obwohl man in diesem Fall auch Sozialleistungen wie Wohngeld oder einen Kinderzuschlag in Anspruch nehmen kann, scheuen sich viele Menschen davor zum „Amt“ (Jobcenter) zu gehen. Viele wissen auch gar nicht, dass ihnen dieses Geld zusteht. Gleichzeitig verdienen in Bremen viele Menschen überdurchschnittlich gut (im Jahr 2023 betrug das mittlere monatliche Entgelt für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte im Land Bremen 3.942 Euro brutto) aber vor allem Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte erzielen am Arbeitsmarkt deutlich weniger Einkommen. Der Verdienst ist also auch abhängig davon in welcher Branche jemand beschäftigt ist oder welche Qualifikation jemand erworben hat. Mit Blick auf die bremische Wirtschaftsstruktur ist es nicht überraschend, dass die Branchen, in denen große, international agierende Unternehmen vertreten sind, durch höhere Verdienste auffallen, die vergleichsweise gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze bereits stellen. Das Schlusslicht im Branchenranking bildet die Leiharbeit.		

Quellen
M1: www.arbeitnehmerkammer.de/statistik/soziale-lagen.html M2: www.arbeitnehmerkammer.de/service/bam/ausgaben/ausgabe-juliaugust-2021/die-neue-arbeiterklasse.html M3: www.arbeitsagentur.de/arbeitslos-arbeit-finden/buergergeld/finanziell-absichern/einkommen-ergaenzen
Aufgaben
Aufgabe 1: <p>Die Grafik M1 „Arm trotz Arbeit“ zeigt drei verschiedenen Quoten, die zu Armut führen. Diese sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> Einkommensarmut Mindestsicherung Arbeitslosigkeit <p>Die Lernenden werden in drei Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe definiert einen Begriff und fertigt dazu eine Kurzpräsentation an. Jede Gruppe hat 20 Minuten Zeit. Im Anschluss präsentieren die Gruppen in 5-minütigen Statements ihre Ergebnisse. In einer anschließenden Plenumsdiskussion werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den drei Armutsquoten herausgearbeitet und die zentralen Ergebnisse auf dem Whiteboard gesichert.</p> <p>Während die Arbeitslosenquote seit dem Jahr 2010 leicht zurückgegangen ist hat sich die Einkommensarmut im Land Bremen deutlich erhöht. In einem Interview (Quelle M2) beschreibt die Journalistin und Autorin Julia Friedrichs wer die Menschen sind, die im Niedriglohnbereich tätig sind, aus welchen Branchen sie kommen und unter welchen Arbeitsbedingungen sie täglich arbeiten. Gleichzeitig spricht sie einige (politische bzw. wirtschaftliche) Faktoren an, die die Situation der Menschen ansatzweise erklären sollen, wie z.B. geringeres gewerkschaftliches Engagement, Berufswahl etc. In Lerntandems sucht sich jedes Team einen der in M2 genannten Faktoren aus, der besonders „triggert“. Diskutiert Pro- und Contra-Aspekte Eures „Triggerpunktes“ auch vor dem Hintergrund möglicher eigener Erfahrungen. Überführt Eure Diskussion in eine Pro/Contra-Liste.</p> <p>Aufgabe 2: Menschen, die von Einkommensarmut betroffen sind können unterschiedliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Recherchiert in Kleingruppen anhand der Quelle M3, ab welchem Bruttogehalt welche Leistungen in Anspruch genommen werden können und wie diese beantragt werden. Jede Kleingruppe entwirft einen übersichtlichen und leicht verständlichen (einstigen) Infolyer zur Beantragung von ergänzenden Sozialleistungen für Menschen mit niedrigem Einkommen.</p>

Themenfeld	Dauer: 90 min	
Arbeitsleben A	Thema:	Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?
A2 Erarbeitung		
Leitfrage: Wie viel verdienen Arbeitnehmer:innen in Bremen und welche (politischen und wirtschaftlichen) Maßnahmen würden die Situation am Arbeitsmarkt verbessern?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Keywords:	Einkommensarmut, Brutto- und Nettoeinkommen, Tarifbindung, Niedriglohnsektor, Medianverdienst, Voll- und Teilzeitbeschäftigung, , Gender-Pay-Gap	
Gegenstand der Auseinandersetzung Arm ist in Deutschland ein zunehmendes Problem. Im Jahr 2023 lebte in Bremen jede*r vierte (27%) unter der Armutsgrenze. In Bremerhaven ist diese Quote mit 33% sogar noch höher als in der Stadt Bremen. Viele dieser Menschen sind arm, obwohl sie einer regulären Beschäftigung nachgehen. Doch was bedeutet Einkommensarmut eigentlich? Arm trotz Arbeit sind laut EU-Standard Arbeitnehmer:innen die über weniger als 60% des mittleren gewichteten Einkommens verfügen. Dieses lag 2023 für einen Ein-Personen-Haushalt bei 2.079 Euro netto, die Armutsgrenze liegt damit bei 1.247 Euro. Doch warum haben so viele Menschen trotz Arbeit wenig Geld zur Verfügung? Die Ursachen dafür sind, dass viele im Niedriglohnsektor oder in Teilzeit tätig sind und aufgrund des geringeren Verdienstes unter die Armutsgrenze rutschen. Obwohl man in diesem Fall auch Sozialleistungen wie Wohngeld oder einen Kinderzuschlag in Anspruch nehmen kann, scheuen sich viele Menschen davor zum Amt (Jobcenter) zu gehen. Viele wissen auch gar nicht, dass ihnen dieses Geld zusteht. Gleichzeitig verdienen in Bremen viele Menschen überdurchschnittlich gut (im Jahr 2023 betrug das mittlere monatliche Entgelt für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte im Land Bremen 3.942 Euro brutto) aber vor allem Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte erzielen am Arbeitsmarkt deutlich weniger Einkommen. Der Verdienst ist also auch abhängig davon in welcher Branche jemand beschäftigt ist oder welche Qualifikation jemand erworben hat. Mit Blick auf die bremische Wirtschaftsstruktur ist es nicht überraschend, dass die Branchen, in denen große, international agierende Unternehmen vertreten sind, durch höhere Verdienste auffallen, die vergleichsweise gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze bereits stellen. Das Schlusslicht im Branchenranking bildet die Leiharbeit.		

Quellen
M4: https://www.arbeitnehmerkammer.de/statistik/einkommen.html
M5: https://www.arbeitnehmerkammer.de/gender-pay-gap.html
Aufgaben
<p>Aufgabe 1: Quizz: Wer verdient in Bremen am Meisten, wer am Wenigsten? Schätze die Bruttogehälter folgender Branchen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Metall-, Elektro- und Stahlindustrie - Gastgewerbe - Information und Kommunikation - Öffentliche Verwaltung - Gesundheitswesen <p>Erstelle ein Ranking von 1-5 beginnend mit der Branche mit dem höchsten Bruttogehalt. Vergleiche Deine Ergebnisse mit Deinem Sitznachbar und diskutiert Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Euren Rankings. Einigt Euch auf ein gemeinsames Ranking und erstellt anschließend eine Grafik, die Euer Ranking sinnvoll abbildet. Vergleicht Eure Ergebnisse mit den realen Bruttolöhnen in Bremen (Quelle M4). Diskutiert Eure abweichenden Ergebnisse mit den in der Grafik benannten Bruttolöhnen.</p> <p>Aufgabe 2: Menschen, die von Einkommensarmut betroffen sind arbeiten meist im Niedriglohnsektor. Doch was bedeutet das überhaupt? Definiere den Begriff anhand der Quelle M4 und notiere Deine Definition. Obwohl die Einkommensarmut in Bremen zugenommen hat, ist der Niedriglohnsektor in den letzten Jahren leicht geschrumpft. Wie erklärt sich diese gegenläufige Entwicklung? Welche politische Entscheidung hat zum Schrumpfen des Niedriglohnssektors geführt? Ergänze die Definition zum Niedriglohnsektor mit Deinen Recherchen anhand von mindestens drei Stichpunkten.</p> <p>Rechne aus, wie hoch der monatliche Bruttolohn sein müsste, um nicht mehr als Niedriglohnempfänger:in eingestuft zu werden.</p> <p>Aufgabe3: Frauen verdienen im Schnitt 18% weniger als Männer. Diese „Lücke“ bezeichnet man als Gender-Pay-Gap (unbereinigt). Ursachen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beruf und Branche - Position im Unternehmen - Beschäftigungsumfang <p>Neben den statistisch erklärbaren Ursachen gibt es weitere Ursachen, die weniger gut zu erklären sind. Selbst wenn Frauen die gleiche Qualifikation oder Position erreichen, besteht immer noch eine Lohnlücke von 6%, die man als bereinigten Gender-Pay-Gap bezeichnet. Quelle M5 fasst die Ursachen des Gender-Pay-Gaps übersichtlich zusammen.</p> <p>Geht den Text zum Gender Pay Gap (M5) aufmerksam durch. Unterstreicht die wichtigen Aussagen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fasst die Kernaussagen Abschnitt für Abschnitt in eigenen Worten zusammen. - Analysiert aufmerksam die Grafik „Bruttostundenlöhne und Frauenanteile“. Welcher Aspekt aus den Texten wird hier genauer dargestellt? - Vergleicht in Lerntandems die Ergebnisse. Formuliert gemeinsam eine Antwort auf die Aussage „Dieses Problem muss die Politik lösen.“

Arbeitsleben B

Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?

Themenfeld	Dauer:	
Arbeitsleben B	Thema:	Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?
B1 Einstieg		
Leitfrage: Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?	Kompetenzbereich :	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Keywords:	Arbeitsschutzgesetz, Gesundheitsschutz, Regulierung von Arbeitszeit, Normalarbeitsverhältnis, Arbeitsformen	
Gegenstand der Auseinandersetzung Das Arbeitszeitgesetz ist eines der ältesten Arbeitsschutzgesetze. Die Sicherstellung von Belastungsgrenzen und Zeiten für Erholung ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Gesundheit von Arbeitnehmer:innen geschützt wird. Meilensteine in der langen Tradition der Auseinandersetzungen um die Regulierung der Arbeitszeit waren etwa die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche und des arbeitsfreien Samstags in den 1960er-Jahren und später die teilweise Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Entwicklung folgte dem Leitbild eines männlichen Facharbeiters in stabiler, unbefristeter und tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigung im traditionellen Normalarbeitsverhältnis (NAV) mit Kernarbeitszeiten zwischen 9 und 17 Uhr. Die Kehrseite davon erwies sich spätestens bei Ehe und Familiengründung in einer klaren Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, mit dem männlichen Allein- oder Hauptverdiener im Mittelpunkt und der stark auf Familie und Haushalt orientierten Frau an seiner Seite, allenfalls als Zuverdienerin und ohne entlohnte Sorgearbeit. Im Zusammenhang mit umfangreichen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen hat sich seit den 1990er-Jahren die Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung umgekehrt, das Normalarbeitsverhältnis hat zugleich an Bedeutung verloren. In vielen Bereichen sind (wieder) Arbeitszeiten an oder gar über der 40-Stunden-Grenze zur Regel geworden. Die Frauenerwerbstätigkeit hat erheblich zugenommen, jedoch überwiegend in den Bereichen Teilzeit und Minijobs. Leiharbeit und Befristungen werden intensiver als Flexibilisierungsinstrumente genutzt. Die Erreichbarkeit außerhalb der eigentlichen Arbeitszeiten wird vielfach erwartet und oft nicht vergütet. In Bremen arbeiten gut fünf Prozent der Beschäftigten auf Abruf.		

Quellen
M1: www.arbeitnehmerkammer.de/arbeitnehmerinnen-arbeitnehmer/recht/homeoffice.html
Aufgaben
Aufgabe: Pro- und Contra Debatte zum Thema Homeoffice Vorbereitungsphase: Die Lernenden werden in Gruppen eingeteilt <ul style="list-style-type: none"> - Pro-Gruppe, - Contra-Gruppe - 1 Spielleiter:in bzw. Moderator:in - Beobachter-Gruppe Thema der Debatte: „Mobiles Arbeiten wird bei vielen Arbeitnehmer:innen immer beliebter, andere würden das Homeoffice am liebsten wieder abschaffen. Was spricht für das Homeoffice, was dagegen. Ein Streitgespräch.“ (Hinweis: das strittige Thema kann auch mit der Gruppe gemeinsam formuliert werden) Jede Gruppe erarbeitet aus der Quelle M1 die Informationen und Argumente zum Thema; die einen suchen vor allem die Pro-Argumente, die anderen die Contra-Argumente, auch die Beobachter und Spielleiter machen sich inhaltlich mit dem Thema vertraut. Die beiden gegnerischen Gruppen beschließen, welche Argumente sie in der festgelegten Reihenfolge vortragen wollen und legen eine Person als Debattenvertreter:in fest (Zeit: ca. 20 min). Debattenphase: Der/die Diskussionsleiter:in eröffnet die Debatte, indem er/sie einer Seite das Wort erteilt. 1. Runde: die Pro-Seite gibt das erste Statement (max. 1 Minute) - dann folgt die Contra-Seite (mit derselben Zeitvorgabe) - darauf folgt wieder die Pro-Seite etc. Man beginnt sein Statement mit dem Hauptargument für die eigene Gruppenposition. 2. Runde: ein Mitglied der Pro-Seite muss nun auf das Argument seines/seiner Vorredners/Vorrednerin eingehen und es mit einem geeigneten Gegenargument, das nicht sein/ihr eigenes vorbereitetes ist, zu entkräften versuchen. Der nächste Sprecher der Contra-Seite muss nun seinerseits/Ihrerseits in der gleichen Weise wie sein/e Vorredner:in mit dessen Äußerung umgehen. Er/Sie muss also versuchen, anknüpfend daran das erste (Gegen-)Argument mit seinem/ihrer Argument zu entkräften. Der/die Debattenleiter:in achtet auf genaue Einhaltung der Zeitvorgabe und der Sprecher:innenfolge. Auswertungsphase: Am Ende der Debatte kann die Beobachter:innengruppe ein Wertungsgespräch über die Schlagkraft der Argumente führen mit folgenden Kriterien: sachlicher Gehalt; Überzeugungskraft; Glaubwürdigkeit; rhetorisches Geschick; etc. Im Anschluss wird die Ausgangsfrage wiederaufgenommen und abgestimmt, welche Gruppe am besten argumentiert hat. Die Stunde endet mit einer Abstimmung.

Themenfeld	Dauer: 90 min	
Arbeitsleben B	Thema:	Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?
B2 Erarbeitung		
Leitfrage: Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Keywords: Voll- und Teilzeitarbeit, Normalarbeitsverhältnis, Arbeitszeitgesetz		
Gegenstand der Auseinandersetzung		
<p>Das Arbeitszeitgesetz ist eines der ältesten Arbeitsschutzgesetze. Die Sicherstellung von Belastungsgrenzen und Zeiten für Erholung ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Gesundheit von Arbeitnehmer:innen geschützt wird. Meilensteine in der langen Tradition der Auseinandersetzungen um die Regulierung der Arbeitszeit waren etwa die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche und des arbeitsfreien Samstags in den 1960er-Jahren und später die teilweise Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Entwicklung folgte dem Leitbild eines männlichen Facharbeiters in stabiler, unbefristeter und tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigung im traditionellen Normalarbeitsverhältnis (NAV) mit Kernarbeitszeiten zwischen 9 und 17 Uhr. Die Kehrseite davon erwies sich spätestens bei Ehe und Familiengründung in einer klaren Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, mit dem männlichen Allein- oder Hauptverdiener im Mittelpunkt und der stark auf Familie und Haushalt orientierten Frau an seiner Seite, allenfalls als Zuverdienerin und ohne entlohnte Sorgearbeit.</p> <p>Im Zusammenhang mit umfangreichen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen hat sich seit den 1990er-Jahren die Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung umgekehrt, das Normalarbeitsverhältnis hat zugleich an Bedeutung verloren. In vielen Bereichen sind (wieder) Arbeitszeiten an oder gar über der 40-Stunden-Grenze zur Regel geworden. Die Frauenerwerbstätigkeit hat erheblich zugenommen, jedoch überwiegend in den Bereichen Teilzeit und Minijobs. Leiharbeit und Befristungen werden intensiver als Flexibilisierungsinstrumente genutzt. Die Erreichbarkeit außerhalb der eigentlichen Arbeitszeiten wird vielfach erwartet und oft nicht vergütet. In Bremen arbeiten gut fünf Prozent der Beschäftigten auf Abruf.</p>		

Quellen
M2: www.arbeitnehmerkammer.de/politik/arbeitsmarkt-beschaeftigung/arbeitszeit.html M3: www.arbeitnehmerkammer.de/auszubildende/waehrend-der-ausbildung/arbeitszeit.html
Aufgaben
<p>Alles was Recht ist: do`s und dont`s bei der Gestaltung von Arbeitszeiten. Was genau muss ich als Auszubildende/Arbeitnehmer:in beachten? Welche Pflichten hat der/die Arbeitgeber:in?</p> <p>Das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) dient dem Zweck, Dir als Arbeitnehmer:in die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Arbeitszeitgestaltung zu gewährleisten. Der/die Gesetzgeber:in sieht hierfür vor allem der/die Arbeitgeberin in der Pflicht, andererseits habe ich auch als Auszubildende oder Arbeitnehmer:in gewisse Verpflichtungen.</p> <p>Aufteilung der Lernenden in Kleingruppen</p> <p>Aufgabe 1:</p> <ol style="list-style-type: none"> Welche Arbeitszeitregelungen kennt Ihr? Sammelt in der Gruppe Stichpunkte auf Karten und clustert diese an der Tafel. Lest die Texte M2 und M3. Was ist für Dich neu? Welche Überschneidungen gibt es zu Euren gesammelten Stichpunkten? <p>Aufgabe 2:</p> <p>Stellt Euch folgendes Situation vor. Eine von der Bundesregierung einberufene Arbeitsgruppe soll das Arbeitszeitgesetz überarbeiten und einen Bericht zu den Arbeitszeitregelungen in Betrieben verfassen.</p> <p>Bildet vier Untergruppen und befasst Euch mit je einem Arbeitsbereich zum Thema 1) Überstunden; 2) Pausen, 3) Nachtarbeit und 4) Feiertagsbeschäftigung.</p> <ul style="list-style-type: none"> Erarbeitet für Eure Gruppe eine kurze Zusammenfassung anhand der Quellen M2 und M3. Vergleicht die rechtlichen Regelungen mit Euren Erfahrungen im Betrieb. Wann gibt es davon Abweichungen, wie sind diese einzuschätzen? Welche Regelungen der Rechtsdurchsetzung können bei Nichteinhaltung genutzt werden? Welche neuen Regelungen würdet ihr einführen, damit die Betriebe die Arbeitszeiten im Sinnes des Gesundheitsschutzes besser berücksichtigen? Erarbeitet zu Euren Ergebnissen ein übersichtliches Plakat <p>Stellt Euch vor, alle Untergruppen treffen sich in Berlin zur abschließenden Sitzung der Arbeitsgruppe. Jede Gruppe stellt die Ergebnisse anhand des Plakates vor. In der anschließenden Plenumsdiskussion wird besprochen, welche Regelungen empfohlen werden, um die Arbeitszeitregelungen besser durchzusetzen.</p> <p>Verfasst im Anschluss in Tandemarbeit einen Bericht, wie die Neuregelung der Arbeitszeit gestaltet werden könnte, um Arbeitnehmer:innen und Auszubildende zukünftig besser zu schützen.</p>

Themenfeld	Dauer: 30 min	
Arbeitsleben B	Thema:	Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?
B3		
Auswertung/Übertrag	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Leitfrage: Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?		
Keywords:	Voll- und Teilzeitarbeit, Normalarbeitsverhältnis, Arbeitszeitgesetz	
Gegenstand der Auseinandersetzung		
<p>Das Arbeitszeitgesetz ist eines der ältesten Arbeitsschutzgesetze. Die Sicherstellung von Belastungsgrenzen und Zeiten für Erholung ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Gesundheit von Arbeitnehmer:innen geschützt wird. Meilensteine in der langen Tradition der Auseinandersetzungen um die Regulierung der Arbeitszeit waren etwa die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche und des arbeitsfreien Samstags in den 1960er-Jahren und später die teilweise Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Entwicklung folgte dem Leitbild eines männlichen Facharbeiters in stabiler, unbefristeter und tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigung im traditionellen Normalarbeitsverhältnis (NAV) mit Kernarbeitszeiten zwischen 9 und 17 Uhr. Die Kehrseite davon erwies sich spätestens bei Ehe und Familiengründung in einer klaren Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, mit dem männlichen Allein- oder Hauptverdiener im Mittelpunkt und der stark auf Familie und Haushalt orientierten Frau an seiner Seite, allenfalls als Zuverdienerin und ohne entlohnte Sorgearbeit.</p> <p>Im Zusammenhang mit umfangreichen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen hat sich seit den 1990er-Jahren die Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung umgekehrt, das Normalarbeitsverhältnis hat zugleich an Bedeutung verloren. In vielen Bereichen sind (wieder) Arbeitszeiten an oder gar über der 40-Stunden-Grenze zur Regel geworden. Die Frauenerwerbstätigkeit hat erheblich zugenommen, jedoch überwiegend in den Bereichen Teilzeit und Minijobs. Leiharbeit und Befristungen werden intensiver als Flexibilisierungsinstrumente genutzt. Die Erreichbarkeit außerhalb der eigentlichen Arbeitszeiten wird vielfach erwartet und oft nicht vergütet. In Bremen arbeiten gut fünf Prozent der Beschäftigten auf Abruf.</p>		

Quellen
M4: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Kammer_kompakt/AKB-2024-KK-Koordinatender-Arbeit_Arbeitszeit_web.pdf
Aufgaben
<p>Wunsch und Wirklichkeit: Arbeitszeiten im Land Bremen. Brauchen wir ein neues Verständnis von Vollzeitarbeit?</p> <p>Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer:innen im Land Bremen ist mit ihrer Arbeitszeit unzufrieden. Jede/-r zweite Vollzeitbeschäftigte möchte gern Stunden reduzieren. Was steckt dahinter und warum können nur die Wenigsten ihren Wunsch realisieren?</p> <p>Eine Befragung der Arbeitnehmerkammer klärt auf, wie Arbeitnehmer:innen in Bremen ihre Arbeitszeitsituation einschätzen (Quelle M4).</p>
<p>Aufgabe 1:</p> <p>Die Lerngruppe wird in drei gleichgroße Gruppen aufgeteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Gruppe: Vollzeitbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnis M4 S. 1-2 2) Gruppe: Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung M4 S. 2-4 3) Gruppe: Arbeitszeit- und Arbeitsverdichtung M4 S. 4-5 <p>Die Gruppen analysieren ihren jeweiligen Textabschnitt und beschreiben mit eigenen Worten dessen Inhalt und visualisieren ihn in einer ein- bis zweiseitigen Präsentation. Die Ergebnisse werden in 5-minütigen Kurzvorträgen im Plenum vorgestellt. Diskutiert anschließend Eure eigenen Erfahrungen. Wie schätzt ihr die Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeiten in Eurem Ausbildungsbetrieb ein?</p>
<p>Aufgabe 2:</p> <p>Stellt Euch nun eine ideale Arbeitswelt vor: Wie würdet ihr Eure Arbeitszeit gestalten wollen? Jede/r für sich erstellt eine Mindmap mit den notwendigen (betrieblichen) Rahmenbedingungen, um diesen Wunsch zu realisieren.</p>
<p>Aufgabe 3:</p> <p>Die Gruppen analysieren nun den letzten Abschnitt (M4, S. 6). Darin werden neue Arbeitszeitmodelle gefordert, um Arbeitnehmer:innen aber auch Betriebe fit für die Zukunft zu machen. Entwickelt in Eurer Gruppe ein neues Arbeitszeitmodell, das die Idee einer lebenszeitbasierten Arbeitszeit aufgreift und gleichzeitig bestehende Arbeitnehmer:innenrechte berücksichtigt. Visualisiert Euren Vorschlag auf einem Plakat. In einem anschließenden Galeriewalk stellt jede Gruppe ihr Konzept vor. Diskutiert anschließend die Vorschläge unter folgenden Fragestellungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Welchen konkreten Vorschlag hat die Gruppe? 2) Was ist aus Eurer Sicht gut an dem Entwurf? Welche Aspekte könnten problematisch sein? (z.B. im Hinblick auf rechtliche Grundlagen) 3) Welche politischen Rahmenbedingungen müssten geschaffen werden, um den Vorschlag umzusetzen?

Arbeitsleben C

Mitbestimmen oder nur dabei sein?

Themenfeld	Dauer:	
Arbeitsleben C	Thema:	Mitbestimmen oder nur dabei sein?
C1 Einstieg		
Leitfrage: Welche Aufgaben haben Gewerkschaften und wie ist der Interessenausgleich von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen (gesetzlich) organisiert?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage, die derzeitigen Arbeitswelten mitsamt ihren Institutionen, Kulturen und Praktiken als historisch gewachsen beschreiben und als politisch veränderbar herauszuarbeiten.
Keywords: Mitbestimmung, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Tarifverträge, Jugend- und Auszubildendenvertretung, Gründung eines Betriebsrates		
Gegenstand der Auseinandersetzung Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ schließen sich Arbeitnehmer:innen in Gewerkschaften zusammen. Dadurch können sie ihre Interessen gemeinsam vertreten und einen Gegenpol zu den Arbeitgeber:innen bilden. Die Gewerkschaften schließen mit den Arbeitgeber:innen oder mit ihren Verbänden Tarifverträge ab. Darin werden Löhne, Arbeitszeiten, Urlaub und Arbeitsbedingungen festgelegt. Das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten (Koalitionsfreiheit), und das Recht von Gewerkschaften, Tarifverträge auszuhandeln (Kollektivverhandlungen), gehören zu den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. In Deutschland ist das im Tarifvertragsgesetz geregelt. Rund sechs Millionen Arbeitnehmer:innen sind im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisiert. Der DGB vereint als Dachverband acht einzelne Gewerkschaften, darunter die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) oder die IG Metall (IGM). Er vertritt die Gewerkschaftsbewegung gegenüber der deutschen Politik und bei internationalen Institutionen wie der EU oder der UNO. Oft arbeiten Gewerkschaftsmitglieder auch in Betriebsräten mit und lassen sich dabei von ihrer Gewerkschaft beraten. In Deutschland haben Mitarbeiter:innen in einem Betrieb mit mindestens fünf Beschäftigten das Recht, einen Betriebsrat zu gründen. Dieses Recht zur betrieblichen Mitbestimmung steht im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Dort ist auch geregelt, wie die Wahl zum Betriebsrat abläuft und welche Rechte er hat. Die Arbeitgeber:innen müssen den Betriebsrat über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens und ihre Planungen regelmäßig informieren. An einigen Stellen kann der Betriebsrat auch mitentscheiden, unter anderem bei Arbeitszeiten, Urlaubsregelungen, Einstellungen oder Entlassungen. Für junge oder auszubildende Mitarbeiter:innen im Betrieb gibt es die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Diese nimmt an Betriebsrats- und Personalratssitzungen teil, um dort speziell die Interessen der jungen Arbeitnehmer:innen einzubringen.		

Quellen
M1: www.boeckler.de/de/erklairfilm-betriebliche-mitbestimmung-59198.htm M2: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Betriebsrat/Grafiken/AKB_Grafik_Betriebsraete-Umfrage_Themen_2021.jpg M3: www.arbeitnehmerkammer.de/betriebs-personalraete/gremienarbeit/betriebsratsgruendung.html
Aufgaben
Aufgabe 1: Ruft die Quelle M1 auf. In dem dreiminütigen Film wird erklärt: Was heißt betriebliche Mitbestimmung? Wie wird man Betriebsrat? Und was ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)? In einem Unterrichtsgespräch werden folgende Fragen besprochen: <ul style="list-style-type: none"> - Wie ist das Video gestaltet? Findet Ihr es ansprechend und informativ? - Worum geht es in dem Video genau? - Kennt Ihr Betriebs- und Personalräte oder Gewerkschaftsmitglieder aus Eurem näheren Umfeld? - Optional: Hat Euer Ausbildungsbetrieb einen Betriebsrat und eine Auszubildendenvertretung (JAV)? Inwieweit seid ihr an der Arbeit der JAV vertraut bzw. interessiert. - Mit welchen Themen beschäftigt sich der Betriebsrat genau? Bezieht hierzu die Quelle M2 ein.
Sicherung der Ergebnisse am Whiteboard.
Aufgabe 2: Recherchiert im Internet zu den konkreten Aufgaben eines Betriebs- bzw. Personalrates und welche konkreten Schritte unternommen werden müssen, um einen Betriebsrat zu gründen. Fertigt in Zweiertteams eine Mindmap dazu an.
Aufgabe 3: Stell Dir folgendes Szenario vor: Dein Betrieb möchte verhindern, dass Du mit Deinen Kolleg:innen einen Betriebs- bzw. Personalrat gründest. Recherchiere die Rechtslage (u.a. Quelle M3). Welche Möglichkeiten habe ich als Arbeitnehmer:in? Entwickelt eine Checkliste für Arbeitnehmer:innen, die sich über die Rechtslage bei einer Betriebsratsgründung informieren wollen.

Themenfeld		Dauer: 90 min
Arbeitsleben C	Thema:	Mitbestimmen oder nur dabei sein?
C2 Erarbeitung		
Leitfrage: Politik meets Betrieb: Wie kann betriebliche Mitbestimmung die Demokratie stärken?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage, die derzeitigen Arbeitswelten mitsamt ihren Institutionen, Kulturen und Praktiken als historisch gewachsen beschreiben und als politisch veränderbar herauszuarbeiten.
Keywords:	Mitbestimmung, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Demokratisierung der Arbeitswelt, Demokratisierung der Gesellschaft	
Gegenstand der Auseinandersetzung Kann betriebliche Mitbestimmung einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft leisten? Mit dieser Frage setzt sich die Sozialwissenschaftlerin Martina Zandonella am Foresight-Institut in Wien auseinander. In einem Gespräch mit der Arbeitnehmerkammer erklärt sie die Zusammenhänge zwischen Wahlbeteiligung und Politik für Besserverdienende und geht der Frage nach, ob Betriebsräte überhaupt wissen, wie wichtig ihre Arbeit für die Demokratie ist. Die Forschungsergebnisse bestätigen dabei, dass jegliche Form von Mitbestimmung insgesamt dazu beiträgt die Demokratie zu stärken und extremistischen Tendenzen vorzubeugen. Mitbestimmung ist dabei als umfassender Begriff definiert und umfasst Mitbestimmung in der Schule über die Nachbarschaft und den Betrieb bis hin zu parlamentarischen Gremien. Doch nicht alle profitieren im gleichen Maße von diesen Demokratisierungstendenzen. Auch in unserer demokratisch organisierten Gesellschaft gibt es Gruppen, die nicht an Mitbestimmung teilhaben können.		

Quellen
M1: www.arbeitnehmerkammer.de/service/magazin-der-arbeitnehmerkammer/bam/ausgabe-juli/august-2024/o-interview-martina-zandonella-betriebsraete-staerken-die-demokratie.html M2: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen/Veranstaltungsdokumentation/Downloads/Demokratische_Dividende_Jirjahn.pdf M3: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen/Veranstaltungsdokumentation/Downloads/Vortrag_Thomas_Schwarzer_ANK_Bremens_Bevölkerung_mit_wenig_Geld.pdf
Aufgaben
Aufgabe1: Lest das Interview mit Frau Zandorella aufmerksam durch und macht Euch Notizen zu den zentralen Aussagen (Quelle M1). Besprecht anschließend in Partnerarbeit die Inhalte aus dem Interview. Habt Ihr in Eurem Umfeld ähnliche Erfahrungen gesammelt?
Aufgabe 2: Die Präsentation von Frau Zandorella (Quelle M2 und M3) untermauert die Aussagen mit Fakten und ihren Forschungsergebnissen. Bearbeitet die Fragen 1-5 in Kleingruppen und notiert die wichtigsten Fakten.
<ol style="list-style-type: none"> 1. Erkläre die Spillover Theorie mit eigenen Worten. 2. Finde eigene Beispiele für einen Spillover Effekt. 3. Erkläre folgende Phänomene mit eigenen Worten <ul style="list-style-type: none"> - Mitbestimmung fördert die Selbstwirksamkeit - Mitbestimmung entwickelt politische Fähigkeiten - Mitbestimmung fördert die Aufmerksamkeit für politische Themenstellungen - Mitbestimmung fördert Solidarität 4. Erkläre den Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Demokratie. 5. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass Mitbestimmung im Betrieb präventiv gegen undemokratische Parteien wirken kann und bestimmte Parteien umfassender von diesen Demokratisierungstendenzen profitieren als andere. Erklärt dieses Phänomen anhand der Quellen M2 und M3.
Aufgabe 3: Diskutiert weitere Beispiel aus Eurem Alltag: inwieweit kann Mitbestimmung in Schule, Betrieb und Gesellschaft Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern? Sichert die Ergebnisse auf dem Whiteboard.

C. Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen

Die folgende Tabelle wurde in Anlehnung an die Vorlage der Universität Bremen erstellt:

`https://www.uni-bremen.de/zpa/formulare` führt zu:

`https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.uni-bremen.de%2Ffileadmin%2Fuser_upload%2Fsites%2Fzpa%2Fpdf%2Fallgemein%2FDokumentation_Nutzung_KI_-_AI_Use_Documentation.docx&wdOrigin=BROWSELINK`

beide 29.06.2025

Tabelle 1: Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen – Documentation of the Use of AI-based Applications and Tools

	KI-basiertes Hilfsmittel AI-based Tool	Einsatzform Purpose	Betroffene Teile der Arbeit Aspect of the Work Affected	Beschreibung der Eingabe (Prompt) Prompt (Entry)	Bemerkung Comment
1	GitHub Copilot (Chat) in Visual Studio Code Inline Chat & Chat on Secondary Sidebar mostly with GPT-4.1 as LLM	Fragen zu L ^A T _E X Code, keine inhaltlichen Fragen	alle, insbesondere z. B. der Code zur Form dieser Tabelle oder Fragen zum Darstellen von eingebunden PDF-Seiten im Inhaltsverzeichnis	z. B. „ia there \vfill in latex?“, „what does \arraybackslash in tabularx do?“, „what can the parameter in lines 14 or 27 change?“ oder „how do I make several entries to the toc like I treid in lines 26 to 62?“ „welches paket in latex für mehrseitige tabellen?“ etc.	Es werden nicht alle Prompts aufgeführt. Es wurde ausschließlich für den Code Hintergrund benutzt und nie für den Inhalt. Das Meiste wurde dann ohnehin doch wieder über Suchmaschinen und dann Foren und Anleitungen lesen erledigt. Häufig eben erst im Anschluss an das initiale Ausprobieren von KI
2	Visual Studio Code Autovervollständigung	Codevervollständigung und Autovervollständigung von einzelnen Worten, ähnlich dem Tippen auf Smartphones	alle	keine Prompts. Bei der Eingabe „Effiz“ wird dann z. B. „Effizienz“ vorgeschlagen und nach Druck auf Enter ausgeschrieben	Die Grenze von maschinellern Lernen und Skripts oder überhaupt Software Hilfsmitteln ist fließend. Auch wenn schon länger existierende Autovervollständigungen für einzelne Worte keinen KI-Boom und derartige gesellschaftliche Diskurse ausgelöst hat, wie es die LLM derzeit hervorrufen.

Continued on next page

Tabelle 1: Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen – Documentation of the Use of AI-based Applications and Tools (Continued)

3	ChatGPT.com	Erstellen einer Graphik	Abb. 5 auf S. 50	<p>„Bitte plote die vier Funktionen unten in einer Abbildung. Beschrifte die x-Achse in hundert Schritten. Mach keine Überschrift. Nenne die x-Achse anzurechnendes Einkommen in €. Nenne die y-Achse Absetzungsbetrag in €</p> <p>$f(x) = x$ Df = $0 < x < 100$ (1)</p> <p>$f(x) = 0, 2x + 80$ Df = $100 < x < 520$ (2)</p> <p>$f(x) = 0, 3x + 28$ Df = $520 < x < 1000$ (3)</p> <p>$f(x) = 0, 1x + 228$ Df = $1000 < x < 1200$ (4)“</p>	<p>Danach wurde mit weiteren Prompts das Aussehen der Grafik noch weiter verfeinert. Weil ich mir kein ChatGPT Plus oder Pro leisten kann, wurden mir keine Grafiken mehr ausgegeben. Also wurde Python installiert, der generierte Code kopiert und Visual Studio Code eingefügt, um eine Grafik mit gleichmäßiger Skalierung auf dem eigenen Rechner zu erstellen.</p>
---	-------------	-------------------------	------------------	---	--

A) Eigenständigkeitserklärung / Declaration of Authorship

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Teile meiner Arbeit, die wortwörtlich oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen sind, wurden unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht. Gleiches gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen sowie für Quellen aus dem Internet, dazu zählen auch KI-basierte Anwendungen oder Werkzeuge. Die Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch nicht als Prüfungsleistung eingereicht.

I hereby affirm that I have written the present work independently and have used no sources or aids other than those indicated. All parts of my work that have been taken from other works, either verbatim or in terms of meaning, have been marked as such, indicating the source. The same applies to drawings, sketches, pictorial representations and sources from the Internet, including AI-based applications or tools. The work has not yet been submitted in the same or a similar form as a final examination paper.

Ich habe KI-basierte Anwendungen und/oder Werkzeuge genutzt und diese im Anhang "Nutzung KI basierte Anwendungen" dokumentiert.

I have used AI-based applications and/or tools and documented them in the appendix "Use of AI-based applications".

B) Einverständniserklärung zur elektronischen Überprüfung der Arbeit auf Plagiate Declaration of consent for electronic checking of the work for plagiarism

Eingereichte Arbeiten können nach § 18 des Allgemeinen Teil der Bachelor- bzw. der Masterprüfungsordnungen der Universität Bremen mit qualifizierter Software auf Plagiatsvorwürfe untersucht werden.

Zum Zweck der Überprüfung auf Plagiate erfolgt das Hochladen auf den Server der von der Universität Bremen aktuell genutzten Plagiatssoftware.

Submitted papers can be checked for plagiarism using qualified software in accordance with § 18 of the General Section of the Bachelor's or Master's Degree Examination Regulations of the University of Bremen. For the purpose of checking for plagiarism, the upload to the server is done using the plagiarism software currently used by the University of Bremen.

Ich bin damit einverstanden, dass die von mir vorgelegte und verfasste Arbeit zum oben genannten Zweck dauerhaft auf dem externen Server der aktuell von der Universität Bremen genutzten Plagiatssoftware, in einer institutionseigenen Bibliothek (Zugriff nur durch die Universität Bremen), gespeichert wird.

I agree that the work I have submitted and written will be stored permanently on the external server of the plagiarism software currently used by the University of Bremen, in a library belonging to the institution [accessed only by the University of Bremen] for the above-mentioned purpose.

Ich bin nicht damit einverstanden, dass die von mir vorgelegte und verfasste Arbeit zum o.g. Zweck dauerhaft auf dem externen Server der aktuell von der Universität Bremen genutzten Plagiatssoftware, in einer institutionseigenen Bibliothek (Zugriff nur durch die Universität Bremen), gespeichert wird.

I do not consent to the work I submitted and wrote being permanently stored on the external server of the plagiarism software currently used by the University of Bremen, in a library belonging to the institution [accessed only by the University of Bremen] for the above-mentioned purpose.

Das Einverständnis der dauerhaften Speicherung des Textes ist freiwillig. Die Einwilligung kann jederzeit durch Erklärung gegenüber der Universität Bremen, mit Wirkung für die Zukunft, widerrufen werden. Weitere Informationen zur Überprüfung von schriftlichen Arbeiten durch die Plagiatsoftware sind im Nutzungs- und Datenschutzkonzept enthalten. Diese finden Sie auf der Internetseite der Universität Bremen.

Consent to the permanent storage of the text is voluntary. Consent can be withdrawn at any time by making a declaration to this effect to the University of Bremen, with effect for the future. Further information on the checking of written work using plagiarism software can be found in the data protection and usage concept. This can be found on the University of Bremen website.

Mit meiner Unterschrift versichere ich, dass ich die obenstehenden Erklärungen gelesen und verstanden habe und bestätige die Richtigkeit der gemachten Angaben.

With my signature, I confirm that I have read and understood the above explanations and confirm the accuracy of the information provided.

Datum [Date]

Unterschrift [Signature]